

Österreich hofft auf deutsche Unterstützung bei Verschärfung der Asylpolitik

SPIEGEL ONLINE

19. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; EU-Außengrenze

Length: 340 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Ein schärferer Grenzschutz und Asylzentren bereits in Drittstaaten werden in der EU seit Jahren diskutiert, vor allem Wien drängt darauf. Innenminister Karner fordert nun mehr Unterstützung aus Berlin.

Body

Seit Jahren ringt die Europäische Union um eine gemeinsame Asylpolitik, viele Länder fordern einen härteren Grenzschutz. Nun zeigen sich führende Ampelpolitiker dafür offen – was in Österreich wohlwollend aufgenommen wird. »Ich begrüße ausdrücklich, dass in Deutschland bei Migrationsfragen ein Umdenken stattfindet«, sagte Österreichs Innenminister Gerhard Karner der »Welt«. Vor allem begrüße er, dass die Ampelkoalition auch prüfe, ob es Asylzentren und Asylverfahren in sicheren Drittstaaten geben solle. Österreich fordere das schon lange. »Ich baue darauf, dass Deutschland Österreich beim Thema Asylzentren in sicheren Drittstaaten unterstützen wird«, sagte der ÖVP-Politiker weiter.

Hoffen auf »europäische Asylbremse«

Der konservative Politiker forderte neben mehr legaler Einwanderung nach Europa künftig auch einen deutlich restriktiveren Kurs in der EU-Migrationspolitik: »Aber wir brauchen auf der anderen Seite endlich auch eine europäische Asylbremse, die Missbrauch verhindert.« Dazu gehöre auch »eine pauschale Zurückweisungen von Migranten«, die keine Chance auf Asyl hätten.

Beim Ratstreffen der EU-Innenminister am 8. Juni geht es um die seit Jahren strittige Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Vor allem Staaten an den EU-Außengrenzen wie Italien und Staaten wie Deutschland, die das Ziel vieler Asylbewerber sind, haben mit Blick auf die Europawahlen im kommenden Jahr großes Interesse daran, dazu bald eine Einigung zu erzielen.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) will sich nach Abstimmung mit den Koalitionspartnern unter anderem dafür einsetzen, dass Asylsuchende künftig an den Außengrenzen verlässlicher als bisher registriert und identifiziert werden. Zu den auf EU-Ebene diskutierten Vorschlägen gehört auch, dass diejenigen, die keine Aussicht auf Schutz als Flüchtling oder wegen politischer Verfolgung haben, die EU nach einer Prüfung direkt wieder verlassen müssen. Die Prüfung soll maximal einige Wochen dauern. Die anderen Schutzsuchenden sollen dann innerhalb der EU verteilt werden.

Österreich hofft auf deutsche Unterstützung bei Verschärfung der Asylpolitik

mrc/dpa

Graphic

dpa - Österreichs Innenminister Gerhard Karner (ÖVP): Auf deutsche Hilfe bauen

Load-Date: May 19, 2023

End of Document

Nehammer drängt auf stärkeren EU-Grenzschutz und droht mit Blockade

SPIEGEL ONLINE

08. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Vor EU-Gipfel in Brüssel

Length: 371 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Beim Gipfel in Brüssel wollen die EU-Staats- und Regierungschefs Geschlossenheit zeigen. Doch Österreichs Kanzler Nehammer könnte den Plan durchkreuzen.

Body

Österreichs Kanzler Karl Nehammer (ÖVP) pocht erneut auf ein strikteres Vorgehen gegen **Migration** ins Gebiet der EU. Vor dem am Donnerstag beginnenden zweitägigen EU-Gipfel in Brüssel brachte Nehammer nun in der Zeitung »Welt« ein Veto der Abschlusserklärung ins Spiel, sollte es keine konkreten Vereinbarungen zu **Migrationsfragen** geben.

»Leere Worthülsen werden nicht ausreichen«, sagte Nehammer demnach. Mehrere EU-Staaten hätten deshalb im Vorfeld des am Donnerstag beginnenden zweitägigen Gipfels in Brüssel ein gemeinsames Schreiben mit ihren Forderungen verfasst, darunter sind laut Nehammer Dänemark, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Griechenland und der Slowakei.

Nehammer will »klares und deutliches Bekenntnis zur Verstärkung des Außengrenzschutzes«

»Es braucht endlich ein klares und deutliches Bekenntnis zur Verstärkung des Außengrenzschutzes und zum Einsatz entsprechender finanzieller Mittel aus dem EU-Budget dafür«, forderte der Österreicher. Es müssten »konkrete Schritte« erfolgen. Sollte dies ausbleiben, dann werde Österreich die Abschlusserklärung des EU-Gipfels »nicht mittragen können«, sagte der konservative Regierungschef.

In dem Schreiben heißt es den Angaben zufolge unter anderem: »Unserer Ansicht nach ist das gegenwärtige Asylsystem zerrüttet und es profitieren davon vor allem die zynischen Menschenschmuggler, die aus dem Unglück von Frauen, Männern und Kindern einen Vorteil ziehen.« Die acht Staats- und Regierungschefs fordern »schnellstmöglich Fortschritte beim gesamten EU-Migrations- und Asylpakt und eine Revision des Schengen-Grenzcodes und eine Einigung auf Gesetzesvorhaben, die die Situation bei der Migration adressieren.«

Die Migration in die EU war im vergangenen Jahr nach einem auch die Corona-Pandemie bedingten Einbruch wieder angestiegen. In Österreich war 2022 die Marke von 100.000 Asylanträgen überschritten worden. Flüchtlinge aus der Ukraine nicht mitgezählt.

Nehammer drängt auf stärkeren EU-Grenzschutz und droht mit Blockade

Wien hatte mit Verweis auf die verstärkten Migrationsbewegungen zuletzt bereits den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Schengenraum blockiert und damit für Verstimmungen gesorgt. Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) hatte den Schritt im Dezember damit begründet, dass »Schengen derzeit nicht funktioniert«.

fek/AFP

Load-Date: February 8, 2023

End of Document

SPD-Länder nehmen Bund bei Flüchtlingskosten in die Pflicht

SPIEGEL ONLINE

10. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Vor Treffen der Ministerpräsidenten

Length: 990 words

Byline: Florian Gathmann

Highlight: Unterbringung, Arbeitserlaubnis, Geld vom Staat: Die Asyldebatte ist beim Treffen der Ministerpräsidenten zentral. In einem Entwurf stecken die SPD-Länder ihre Positionen ab. Ein Konflikt mit dem Bund ist vorgezeichnet.

Body

Wenn sich ab Mittwoch die Bundesländer zu ihrer Jahreskonferenz treffen, dürfte ein Thema die Agenda beherrschen: die Asylpolitik. Länder und Kommunen gleichermaßen signalisieren seit Monaten, dass sie bei der Aufnahme, Unterbringung und Integration von Geflüchteten an ihre Grenzen stoßen, auch finanziell.

Vor ihrem Treffen formulieren die Länder nach SPIEGEL-Informationen Forderungen an den Bund. Sie betreffen Änderungen zu den Arbeitsregeln für Geflüchtete, das Grenzregime und vor allem eine Neuverteilung der finanziellen Lasten. Das geht aus einem Entwurf für die Beschlussvorlage zu dem Treffen hervor. Er liegt dem SPIEGEL vor und stammt von den SPD-regierten Ländern.

Das Papier stellt einen Vorschlag dar, über den diskutiert werden soll. Ein mit den anderen Ländern geeintes Dokument gab es bis Dienstagabend nicht. Es ist von Änderungen bei den weiteren Beratungen mit den unionsregierten Ländern auszugehen.

Die Länder rechnen mit höherer Zahl an Geflüchteten

In dem Papier werden die Kosten der Asylpolitik für Länder und Kommunen auf insgesamt rund 23,3 Milliarden Euro in diesem Jahr beziffert. Der Bund übernehme insgesamt 3,75 Milliarden und wolle seinen Beitrag ab kommendem Jahr auf künftig 1,25 Milliarden senken.

Diese Zahl basiert auf der Annahme, dass 250.000 Menschen ankommen. Doch vermutlich werden es mehr sein, die Länder rechnen mit über 300.000 zusätzlich zu insgesamt mehr als einer Million Menschen aus der Ukraine.

Deshalb, heißt es in dem Papier, sei ein Betrag von 1,25 Milliarden Euro nicht auskömmlich, »um die Geflüchteten angemessen unterbringen, versorgen und integrieren zu können«. Der Bund müsse sich nicht nur bei neuen Asylsuchenden, sondern auch bei Menschen mit Zweitanträgen und abgelehnten Asylbewerbern an den Kosten beteiligen – und zwar mit mindestens 10.500 Euro pro Person: Zusätzlich zu einem Sockelbetrag von 5000 Euro

SPD-Länder nehmen Bund bei Flüchtlingskosten in die Pflicht

sollen jeden Monat 1000 Euro fließen, bis die Behörden über den Asylantrag entschieden haben; bei Ablehnung noch einen Monat länger.

Die Länder wollen auch ändern, wann und unter welchen Bedingungen Geflüchtete arbeiten können. »Der beste Weg für mehr Akzeptanz und schnellere Integration liegt in der zügigen Arbeitsaufnahme«, heißt es in dem Papier. Es sei angesichts des Arbeitskräftemangels »nicht länger hinnehmbar, dass viele Geflüchtete nicht in Arbeit und Beschäftigung gebracht werden können«.

Daraus leiten die Länder mehrere Vorschläge ab:

Die bestehenden Regelungen zur Arbeitsaufnahme müssten so umsetzbar gemacht werden, dass arbeitsfähigen Geflüchteten spätestens nach dem Umzug aus der Erstaufnahmeeinrichtung in die Kommunen eine geeignete Arbeitsgelegenheit zugewiesen werden könne. Konkret sollen Kommunen Geflüchtete für gemeinnützige Arbeit heranziehen können.

Ein »Spurwechsel« in den Arbeitsmarkt soll nach festen Regeln möglich und eine Alternative sein.

Unternehmen, die Geflüchtete beschäftigen, sollen verstärkt bei der Integration unterstützt werden. »Das Warten auf Sprach- und Integrationskurse oder langwierige Berufsanerkennungsverfahren darf nicht weiter Grund für die verzögerte Integration in den Arbeitsmarkt sein«, heißt es in dem Papier.

Derzeit dürfen anerkannte Geflüchtete eine Beschäftigung annehmen. Grundsätzlich gibt es allerdings in den ersten drei Monaten nach Ankunft in Deutschland ein Beschäftigungsverbot. Wenn das Asylverfahren nach neun Monaten nicht abgeschlossen ist, darf ein Asylbewerber in Deutschland arbeiten. Asylbewerber mit minderjährigen Kindern dürfen bereits nach sechs Monaten eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Wenn sie frühzeitig nicht mehr verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, können sie nach drei Monaten eine Beschäftigungserlaubnis erhalten. Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten allerdings dürfen während des Verfahrens nicht arbeiten.

Abgelehnten, aber geduldeten Asylbewerbern kann nach sechs Monaten eine Beschäftigungserlaubnis erteilt werden, wenn sie zum Wohnen in der Aufnahmeeinrichtung verpflichtet sind ansonsten nach drei Monaten.

»Integrationsleistungen können nicht mehr angemessen erbracht werden. Die Aufnahmebereitschaft vor Ort droht weitgehend verloren zu gehen.«

Politischen Zündstoff dürften auch die Vorschläge der Länder zur Steuerung der Geflüchtetenzahlen und der Rückführung abgelehnter Asylbewerber bieten. Der Bund habe schon wichtige Schritte unternommen, heißt es in dem Papier. Zugleich fordern sie ihn auf, beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) mehr Kapazitäten zu schaffen »sowie die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Rückführung« zu intensivieren: »Die bislang getroffenen Maßnahmen sind noch nicht ausreichend, um eine Begrenzung der irregulären Migration und Verbesserung der Rückführungssituation zu erreichen.«

Konkret fordern sie etwa, ein System für Bezahlkarten schnellstmöglich zu prüfen und zu klären, wie sich eine bundesweite Einführung umsetzen ließe. Die Idee dahinter ist, dass die Möglichkeit, Geld in die Heimat zu überweisen, reduziert wird, wenn mit Bezahlkarten nur Naturalien zu erhalten sind. »Ziel muss es sein, durch eine deutliche Reduzierung unmittelbarer Bargeldleistungen für Asylbewerbende Fehlanreize für irreguläre Migration nach Deutschland zu reduzieren und damit auch die Arbeit der Schlepperbanden zu erschweren.«

Den Vorschlägen vorangestellt ist eine Bestandsaufnahme der Länder, die sich dramatisch liest. Zusätzlicher Wohnraum stehe kaum noch zur Verfügung. »Auch Integrationsleistungen können nicht mehr angemessen erbracht werden. Die Aufnahmebereitschaft vor Ort droht weitgehend verloren zu gehen.« Vielfach wachse das Gefühl einer Überforderung. Und: Es gebe mittlerweile eine weitgehende politische Übereinstimmung, »dass die Zahl der Aufzunehmenden deutlich gesenkt werden muss«.

Als Beispiel für die Misere wird genannt, dass es nicht genug Personal gebe, um minderjährige Geflüchtete zu betreuen. Zudem sei die Versorgung mit Kita- und Schulplätzen eine Herausforderung.

SPD-Länder nehmen Bund bei Flüchtlingskosten in die Pflicht

cte/flo/stw/ulz

Load-Date: October 10, 2023

End of Document

Migrationsbeauftragter begrüßt Lindners Überweisungsvorschlag

SPIEGEL ONLINE

07. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Verbot von Transfer staatlicher Geldzahlungen

Length: 375 words

Byline: Christoph Schult

Highlight: Soll der Staat Überweisungen von Sozialleistungen durch Asylbewerber in ihre Heimatländer blockieren? Joachim Stamp, Migrationsbeauftragter der Bundesregierung und FDP-Mann, stellt sich hinter den Vorstoß des Finanzministers.

Body

Asylbewerber sollen staatliche Geldzahlungen nicht mehr in ihre Heimatländer überweisen können: Das hat Bundesfinanzminister Christian Lindner(FDP) vorgeschlagen, um die Zahl der Asylgesuche zu senken. Die Idee findet bei Lindners Parteikollege Joachim Stamp Anklang, dem Migrationsbeauftragten der Bundesregierung. »Christian Lindners Vorschlag ist sehr gut und würde auch unser Ziel unterstreichen, irreguläre Migration zu reduzieren und reguläre auszubauen«, sagte Stamp dem SPIEGEL.

Lindner hatte zuerst in einem Interview mit t-onlinegefordert, Deutschland müsse »die Attraktivität unseres Sozialstaats reduzieren«. Geldüberweisung Geflüchteter könnten auch »eine Finanzierungsquelle der Schlepperkriminalität sein«. Lindner sagte, er lasse seine Fachleute prüfen, »wie wir blockieren können, dass von Sozialleistungen Geld in Herkunftsländer überwiesen wird«.

Offen ist allerdings, ob sich der Vorschlag praktisch und juristisch überhaupt realisieren ließe. Auf die Frage, ob er das technisch und juristisch für umsetzbar halte, sagte der FDP-Vorsitzende: »Ich möchte dafür Wege finden.«

Stamp sagte dem SPIEGEL zu dem Vorschlag Lindners, bei erheblicher Reduktion der Rücküberweisungen »würde das Interesse der Herkunftsländer noch stärker steigen, dass nur nach Deutschland kommt, wer auch regulär beschäftigt ist. Denn nur die wären dann auch praktisch in der Lage, ihr Herkunftsland finanziell zu unterstützen.« Ähnlich hatte sich Stamp jüngst in einem SPIEGEL-Interviewgeäußert: »Wenn keine Rücküberweisungen an Angehörige in den Heimatländern mehr möglich wären, entfielen ein Anreiz für Migration.«

Am Donnerstag warb Lindner auch in der Schlussphase des Landtagswahlkampfs in Hessen für diese Position. Es gebe Indizien, dass möglicherweise mit deutschem Steuergeld »die Schlepperkriminalität finanziert wird«, sagte der FDP-Chef bei einem Auftritt der hessischen Liberalen in Frankfurt. Er werde deshalb »in meinem Amt als Finanzminister alle Möglichkeiten ausschöpfen, die Überweisungen von Geld, das Asylbewerber hier erhalten, zur Unterstützung, ins Ausland zu blockieren«.

Migrationsbeauftragter begrüßt Lindners Überweisungsvorschlag

Stamp soll als Sonderbevollmächtigter der Bundesregierung mit Fluchtherkunftsländern Migrationsabkommen verhandeln. Bislang hat er kein solches Abkommen geschlossen.

Load-Date: October 7, 2023

End of Document

Litauens Verfassungsgericht kippt verschärfte Einreiseregeln für Migranten

SPIEGEL ONLINE

07. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Nach Klage eines Irakers

Length: 346 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Als Reaktion auf gestiegene Flüchtlingszahlen aus Belarus schränkte Litauens Parlament die Freizügigkeit von Migranten drastisch ein. Dem höchsten Gericht des Landes zufolge ging die Regierung dabei zu weit.

Body

Litauens Regierung hat mit Gesetzesänderungen, die drastische Grundrechtseingriffe für Migranten bedeuteten, gegen die Verfassung verstoßen. Wie das höchste Gericht des Landes urteilte, gingen mehrere Regeländerungen aus dem Jahr 2021 zu weit.

Das Parlament hatte die Änderungen im Juli 2021 als Reaktion auf massiv gestiegene Einreisezahlen von Migranten über die belarussische Grenze beschlossen. Wer irregulär aus Belaruskommend die Grenze des baltischen EU- und Nato-Landes passierte, konnte seitdem für bis zu sechs Monate in Gewahrsam genommen werden. Für abgelehnte Asylsuchende wurden zudem die Einspruchsrechte eingeschränkt. Mit den rigiden Gesetzen sollten Migranten von der Einreise abgeschreckt werden.

Das Verfassungsgericht argumentierte nun, dass der Gesetzgeber angesichts der damals stark steigenden Zahl unerlaubt Einreisender das Recht hätte, die Inhaftierung von Migranten gesetzlich zu regeln. Doch habe er die Rechte Einzelner mehr eingeschränkt als es zur Erreichung seiner Ziele notwendig gewesen sei, hieß es.

Iraker hatte sich beschwert

Die Entscheidung folgte auf eine Beschwerde eines irakischen Staatsbürgers, der gegen seinen sechsmonatigen Gewahrsam gerichtlich vorgegangen war. Auch Menschenrechtsorganisationen kritisierten die Gesetzesänderungen.

Litauen hat eine fast 680 Kilometer lange Grenze zu Belarus, die Teil der EU-Außengrenze ist. Im Spätsommer und Herbst 2021 eskalierte die Situation dort: Tausende Menschen versuchten, illegal in die EU zu gelangen. Die Europäische Union beschuldigt den belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko, in organisierter Form Migranten aus Krisenregionen an die EU-Außengrenze gebracht zu haben.

Die Regierung in Vilnius reagierte darauf mit einem verstärkten Schutz der Grenze und dem Bau eines Grenzzauns. Seit August 2021 weist der litauische Grenzschutz die Migranten zurück, die davor angekommenen

Litauens Verfassungsgericht kippt verschärfte Einreiseregeln für Migranten

Personen waren in Auffanglager gebracht worden. Die meisten sind inzwischen nicht mehr in den Lagern sie haben inzwischen das Land verlassen, wurden abgeschoben oder können sich frei bewegen.

fek/dpa

Graphic

REUTERS - Geflüchtete in einem Lager in Kaziti kis (Foto aus dem Jahr 2021)

Load-Date: June 7, 2023

End of Document

Sunak verteidigt britischen Abschiebe-Deal mit Ruanda

SPIEGEL ONLINE

07. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Geplantes Gesetz

Length: 339 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Großbritannien will irregulär eingereiste Asylsuchende nach Ruanda fliegen ungeachtet ihrer Herkunft. Für die Migrationspolitik erhält Premier Rishi Sunak viel Kritik. Nun lobt er sich selbst für seine Härte.

Body

Der Asylkurs ist auf der Insel extrem umstritten doch der britische Premierminister Rishi Sunak hat sich nun selbst für seine bisher »schärfste Gesetzgebung gegen illegale Migration« gelobt. Mit der nun geplanten Gesetzgebung würden alle Gründe blockiert, die Flüge von Migrantinnen und Migranten nach Ruanda bisher verhindert hätten, teilte Sunak auf einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz mit. Der Termin galt vor allem als Verteidigung gegen seine Kritikerinnen und Kritiker.

Derer gibt es dieser Tage reichlich: Die britische Regierung will Asylsuchende, die irregulär ins Land einreisen, ohne Rücksicht auf ihre Herkunft umgehend nach Ruanda abschieben. Sie sollen dort um Asyl bitten, eine Rückkehr nach Großbritannien ist ihnen verwehrt.

»Ich werde nicht zulassen, dass ein ausländisches Gericht diese Flüge blockiert«

Das Oberste Gericht in London hatte das Vorhaben auch mit Verweis auf rechtsstaatliche Defizite in Ruanda gestoppt. Mit einem neuen Gesetz will die Regierung die Bedenken umgehen. Das ostafrikanische Land soll zum sicheren Drittstaat erklärt werden. Sunak will auch ein britisches Menschenrechtsgesetz für nicht anwendbar erklären.

»Wir werden Flüge in die Luft bekommen«, sagte Sunak. Er drohte indirekt damit, im Zweifel aus der Europäischen Menschenrechtskonvention auszusteigen. »Ich werde nicht zulassen, dass ein ausländisches Gericht diese Flüge blockiert«, sagte Sunak. Wenn das Gericht in Straßburg sich einmische, werde er das Nötige tun, um diese Flüge zu ermöglichen.

Einigen Hardlinern seiner Konservativen Partei gehen die Pläne nicht weit genug. Ex-Innenministerin Suella Braverman spricht sich etwa für einen Austritt aus der Europäischen Menschenrechtskonvention aus, um Klagen vor internationalen Gerichten zu verhindern. Am Mittwoch war auch der für Migration zuständige Staatsminister Robert Jenrick zurückgetreten, der eigentlich als Vertrauter Sunaks gilt. Sunak argumentierte dagegen, wäre die Regierung noch weiter gegangen, hätte das die ganze Abmachung mit Ruanda gefährdet.

Sunak verteidigt britischen Abschiebe-Deal mit Ruanda

mrc/dpa

Load-Date: December 7, 2023

End of Document

Spahn appelliert an Scholz, in der Migrationspolitik ohne Grüne abzustimmen

SPIEGEL ONLINE

02. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Diskussion über Fraktionszwang

Length: 391 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Die Ampel will stärker abschieben, Grünenchefin Lang schwört ihre Partei bereits auf einen härteren Asylkurs ein. CDU-Vize Spahn glaubt der Sache jedoch nicht und drängt nun auf einen Weg vorbei an den Grünen.

Body

Unionsfraktionsvize Jens Spahn hält die Grünen für wenig vertrauenswürdig mit Blick auf den angekündigten härteren Asylkurs der Ampelregierung. In einem Gespräch mit der Funke Mediengruppe hat der frühere Gesundheitsminister daher Bundeskanzler Olaf Scholz aufgefordert, bei einzelnen Abstimmungen über die Migrationspolitik im Bundestag den Fraktionszwang aufzuheben.

Die Begrenzung der Migration lasse sich nur erreichen, wenn auch Gesetze im Bundestag und in der EU geändert würden, so Spahn. »Die Grünen müssten da noch einen weiten Weg gehen. Deswegen sagen wir ja: Herr Bundeskanzler, im Zweifel muss es in diesen Fragen ohne die Grünen gehen.« Der Kanzler könne einzelne Abstimmungen freigeben. »So wie zu Beginn dieser Wahlperiode bei der Impfpflicht, als Olaf Scholz keine Mehrheit in der eigenen Koalition hatte.«

Der Argwohn kommt nicht von ungefähr, vor allem der linke Flügel der Grünen stemmt sich gegen eine Verschärfung der Migrationspolitik. Zugleich steht jedoch eine Mehrheit der Grünen hinter der Ampel. Erst am Mittwoch hatten Grünenchefin Ricarda Lang und Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann zudem in einem gemeinsamen Appell eine härtere Gangart bei Abschiebungen und schnelleren Asylverfahren begründet.

Spahn verlangt Leistungskürzung

Spahn selbst sprach sich im Interview für drastische Leistungskürzungen für Asylbewerber aus. »Wir müssen bei der Höhe der Sozialleistungen unterscheiden in drei Gruppen: Diejenigen, die das Land verlassen müssen, diejenigen, die vorläufigen Schutz genießen, und diejenigen, die ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht haben.« Nur die dritte Gruppe solle die regulären Sozialleistungen bekommen. Zur Umsetzung müsse notfalls die Verfassung geändert werden, forderte Spahn. Nach aktueller Rechtslage würden selbst ausreisepflichtige Ausländer gleichgestellt mit Bürgergeld-Empfängern. »Wenn sich die Welt verändert, muss man aber auch die Regeln anpassen. Unser Grundrecht auf Asyl war nicht auf die heutige Form der irregulären Massenmigration ausgelegt.«

Spahn appelliert an Scholz, in der Migrationspolitik ohne Grüne abzustimmen

CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann forderte die Ampel unterdessen auf, das Gesetz zur geplanten Reform des Staatsbürgerschaftsrechts zu stoppen. »Ein solches Gesetz löst gerade in der aktuellen politischen Lage kein einziges Problem, sondern schafft nur neue. Das Gesetz muss gestoppt werden«, sagte er der »Bild«-Zeitung.

mrc/dpa

Load-Date: November 2, 2023

End of Document

»Der Bund muss begrenzen und steuern«

SPIEGEL ONLINE

29. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Landrat nach Protesten gegen Flüchtlingsunterkunft in Mecklenburg-Vorpommern

Length: 521 words

Byline: Sven Scharf

Highlight: CDU-Politiker Tino Schomann appelliert in einem Interview an die Regierung, die Kommunen beim Umgang mit Geflüchteten nicht allein zu lassen. Die Regierung müsse »die Abschiebeoffensive endlich starten«.

Body

Nach den tumultartigen Protesten gegen den Bau einer Flüchtlingsunterkunft in Grevesmühlen im Kreis Nordwestmecklenburg hat der dortige Landrat die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert. »Der Bund muss endlich die Lage der Kommunen erkennen«, sagte der CDU-Politiker Tino Schomann in den ARD-»Tagesthemen« mit Blick auf die Situation bei der Flüchtlingsunterbringung.

»Der Bund muss begrenzen und steuern, muss die illegale Migration stoppen und muss die Abschiebeoffensive endlich starten, um auch Kapazitäten freierwerden zu lassen«, sagte Schomann. Und weiter: »Wir laufen in eine Situation, die die Gesellschaft nicht mehr verstehen kann«, warnte Schomann. Er forderte: »Wir brauchen die Ressourcen, und wir brauchen die Möglichkeiten, um das umzusetzen.«

Am Donnerstagabend hatten 700 Menschen während einer außerordentlichen Kreistagssitzung in Grevesmühlen gegen den geplanten Bau demonstriert. Einige versuchten, sich Zugang zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu verschaffen. 120 Polizeibeamte schirmten die Sitzung ab. Der Kreistag stimmte dort dem Bau der Containerunterkunft im Dorf Upahl zu.

»Ich höre immer nur: nein, nein, nein«

400 Menschen unterzubringen in einer Gemeinde, wo 1600 Bürgerinnen und Bürger wohnten »das ist ein Verhältnis, was nicht passt«, räumte Schomann ein. »Aber die Lage ist so brisant, weil wir keine Unterkunftskapazitäten haben und schon Sporthallen belegt haben seit November (...).« Er bekomme keine Grundstücke angeboten »ich höre immer nur: nein, nein, nein«.

Mecklenburg-Vorpommerns CDU-Chef Franz-Robert Liskow mahnte eine spürbare Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland an. »Bund und Land wälzen die immer weiter ansteigende Zahl an Migrantinnen und Migranten auf die Kommunen ab, die mit mangelnden Unterbringungskapazitäten an die Grenze der Belastungsfähigkeit gebracht werden«, sagte er am Samstag bei einer Versammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CDU Mecklenburg-Vorpommern. Die Ampelregierung müsse endlich umsteuern.

»Der Bund muss begrenzen und steuern«

Die Landesvorsitzenden der Linken in Mecklenburg-Vorpommern, Vanessa Müller und Peter Ritter, warnten indes vor einseitigen Zuweisungen von Verantwortlichkeiten oder gar dem erneuten Ruf nach Abwehrmaßnahmen gegenüber Menschen auf der Flucht. Ziel aller politisch Verantwortlichen der verschiedenen Ebenen müsse es sein, den Herausforderungen der Aufnahme von Flüchtlingen und den Erwartungen der aufnehmenden Kommunen gemeinsam gerecht zu werden. Es sei notwendig, der Hetze von Rechtsextremen und Reichsbürgern gegenüber Asylsuchenden entschieden entgegenzutreten.

Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, hatte jüngst gewarnt, viele Kommunen seien bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Vertriebenen »längst an ihrer Leistungsgrenze«. In Deutschland hatten im vergangenen Jahr so viele Menschen Asyl beantragt wie seit 2016 nicht mehr. 217.774 Menschen stellten erstmalig in Deutschland ein solches Schutzersuchen, knapp 47 Prozent mehr als im Jahr davor. Zudem fanden 2022 rund eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in Deutschland Aufnahme, die keinen Asylantrag stellen mussten.

svs/dpa

Graphic

dpa - Polizisten im Einsatz bei einer Versammlung in Grevesmühlen (Mecklenburg-Vorpommern) gegen die Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft (am 26. Januar)

Load-Date: January 29, 2023

End of Document

Israels Premier will Randalierer ausweisen

SPIEGEL ONLINE

03. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Gewalt bei Eritrea-Festival

Length: 574 words

Byline: Tobias Großekemper

Highlight: Gegner der eritreischen Regierung protestierten in Tel Aviv gegen ein Eritrea-Festival und es kam zu einer Straßenschlacht mit mehr als 150 Verletzten. Israels Ministerpräsident fordert harte Schritte.

Body

Nach schweren Zusammenstößen zwischen Israels Polizei und Migranten aus Eritrea hat Regierungschef Benjamin Netanyahu sich für eine Abschiebung von Randalierern ausgesprochen. Bei einer Straßenschlacht in Tel Aviv waren am Samstag nach Medienberichten mehr als 150 Menschen verletzt worden, etwa ein Drittel davon Polizisten. Mit den Ausschreitungen sei »eine rote Linie überschritten« worden, sagte Netanyahu am Sonntag beim Treffen mit einem Ministerausschuss, der sich auch grundlegender mit dem Umgang mit Migranten ohne Aufenthaltsgenehmigung befassen soll.

Auslöser der Unruhen war ein Eritrea-Festival, das in der Botschaft des ostafrikanischen Landes in Tel Aviv stattfinden sollte. Kritiker sahen die Veranstaltung als Propaganda an. Seit 1993 regiert Präsident Isaias Afewerki das Land in einer Einparteiendiktatur, Meinungs- und Pressefreiheit sind stark eingeschränkt. Zudem herrscht ein strenges Wehrdienst- und Zwangsarbeitssystem, vor dem viele Eritreer ins Ausland fliehen.

Hunderte Eritreer protestierten nach Medienberichten vor der Botschaft ihres Landes in Tel Aviv gegen die dortige Regierung und durchbrachen dabei auch Absperrungen der Polizei. Nach jüngsten Polizeiangaben wurden bei den Zusammenstößen 52 Demonstranten festgenommen. Sie hätten Schlagstöcke, Tränengas und Elektroschocker bei sich gehabt. Die Demonstranten schlugen auch Scheiben von Polizei- und anderen Autos sowie Fenster umliegender Geschäfte ein. Die Polizei teilte mit, Sicherheitskräfte hätten sich in Lebensgefahr gesehen und deshalb mit scharfer Munition geschossen. Dabei seien mehrere Demonstranten verletzt worden. Ein Krankenhaus teilte mit, Ärzte der Klinik hätten zwölf Menschen wegen schwerer Kopfverletzungen behandelt.

Die Demonstranten hatten die Polizei nach Medienberichten zuvor gebeten, die Veranstaltung abzusagen, und andernfalls vor Gewalt gewarnt. Auch in Deutschland, Schweden und Norwegen war es zuletzt wegen Eritrea-Festivals zu Ausschreitungen gekommen.

Netanyahu sagte: »Randale, Blutvergießen das ist eine Zügellosigkeit, die wir nicht akzeptieren können.« Er forderte »starke Schritte gegen die Randalierer, einschließlich einer sofortigen Ausweisung derer, die beteiligt waren«. Er beauftragte den Ausschuss darüber hinaus, einen umfassenden Plan zur Ausweisung aller »illegalen Eindringlinge« aus Israel vorzubereiten.

Israels Premier will Randalierer ausweisen

Die Zahl der Migranten aus Eritrea in Israel wird auf 18.000 geschätzt. Viele afrikanische Migranten leben in ärmlichen Vierteln im Süden Tel Avivs, es kommt immer wieder zu Spannungen mit israelischen Einwohnern. Asylanträge werden nur in Ausnahmefällen gebilligt.

Sperranlage an der Grenze zu Ägypten gebaut

Netanyahu hatte 2018 einen Umsiedlungsplan für Tausende afrikanische Migranten mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR aufgekündigt. Er bekräftigte am Sonntag, es sei ein »schlechter Plan« gewesen, der »zur Einbürgerung von 16.000 illegalen Migranten geführt« hätte. Der Regierungschef sagte, dies habe »einen riesigen Anreiz für Hunderttausende, wenn nicht Millionen Afrikaner geschaffen«, nach Israel zu kommen.

Mit dem Bau einer Sperranlage an der Grenze zu Ägypten vor einigen Jahren sei der Zustrom von Flüchtlingen aus Afrika gestoppt worden. Diese hätten »eine echte Bedrohung für die Zukunft Israels als jüdischer und demokratischer Staat dargestellt«. Es gebe noch mehrere Zehntausend Afrikaner in Israel, die zuvor gekommen seien. Rund 12.000 seien bereits freiwillig ausgereist.

tgk/dpa

Graphic

AFP or licensors - Israelische Sicherheitskräfte am Samstag in Tel Aviv

Load-Date: September 3, 2023

Kommunen fordern härteres Regime an deutschen Grenzen

SPIEGEL ONLINE

09. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Streitthema Flüchtlingspolitik

Length: 458 words

Byline: Wolf Wiedmann-Schmidt

Highlight: In einem internen Bericht schlagen Vertreter von Kommunen und Ländern nach SPIEGEL-Informationen weitreichende Schritte zur Begrenzung der Migration vor. Im Extremfall soll an den Grenzen die Einreise verweigert werden.

Body

Die Kommunen und mehrere Bundesländer drängen auf einen deutlich restriktiveren Kurs in der Flüchtlingspolitik. Das geht aus einem internen Bericht hervor, den Arbeitsgruppen von Bund, Ländern und Kommunen erstellt haben. Die Einsetzung der AGs war im Frühjahr nach einem weitgehend ergebnislosen Flüchtlingsgipfel bei Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) beschlossen worden.

In dem Papier, das dem SPIEGEL vorliegt, schlagen einige Mitglieder der Arbeitsgruppe nun Maßnahmen vor, die weit über das hinaus gehen, was die Ampelregierung bislang mitzutragen bereit ist.

»Binnengrenzkontrollen verbunden mit Einreiseverweigerungen«

»Nahezu alle Länder sowie die kommunalen Spitzenverbände sind sich darin einig, dass es eines unverzüglichen und umfassenden Maßnahmenpakets zur nachhaltigen Begrenzung irregulärer Migration bedarf«, heißt es in dem 18-seitigen Bericht. An den EU-Außengrenzen müssten »kurzfristig wirksame Grenzschutzmaßnahmen« ergriffen werden, so die Forderung.

Sollte dies nicht fruchten, müsse die Einführung von »Binnengrenzkontrollen verbunden mit Einreiseverweigerungen« geprüft werden. Über ähnliche Maßnahmen hatte es in der Regierungszeit Angela Merkels jahrelang Streit gegeben, beinahe wäre die Union von CDU und CSU daran zerbrochen.

Laut dem internen Papier fordern Vertreter von Ländern und Kommunen zudem, dass die Liste der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten erweitert wird. Und zwar nicht nur um Georgien und Moldau, wie es das Bundesinnenministerium plant. Sie soll demnach auch Marokko, Algerien und Tunesien umfassen. Dadurch sollen Asylverfahren von Antragsstellern aus diesen Ländern beschleunigt werden. Sowohl Bundestag als auch Bundesrat müssten allerdings einer Ausweitung der Liste zustimmen.

Spezialisierte Bundespolizei-Einheit soll bei Abschiebungen helfen

Kommunen fordern härteres Regime an deutschen Grenzen

Auch die Rückführung abgelehnter Asylbewerber soll forciert werden, verlangen Kommunen und Bundesländer. Der Bund solle dafür »sämtliche ihm rechtlich, wirtschaftlich und diplomatisch zur Verfügung stehenden Mittel schnellstmöglich und konsequent« einsetzen, heißt es in dem Bericht. Zu den Vorschlägen in den internen Arbeitsgruppen zählte unter anderem die Idee, eine spezialisierte Bundespolizei-Einheit zu schaffen, die den Ländern beim Vollzug der Abschiebungen helfen soll.

Bei einem Flüchtlingsgipfel am Mittwoch im Kanzleramt soll über das weitere Vorgehen bei der Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland beraten werden. Zwischen Bund und Ländern ist dabei vor allem die Finanzierung umstritten (mehr dazu lesen Sie hier). Kommunen und Bundesländer fordern vom Bund mehr Geld für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen. Die Regierung sieht hierfür wenig Spielraum und verweist auf Milliardensummen, die der Bund bereits aufbringe.

wow

Graphic

IMAGO/Revierfoto - Grenzkontrolle an der deutsch-österreichischen Grenze (Ende Dezember 2022)

Load-Date: May 9, 2023

End of Document

Erst internieren dann nach Ruanda abschieben

SPIEGEL ONLINE

27. April 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Londons neuer Umgang mit irregulären Migranten

Length: 836 words

Byline: Holger Dambeck

Highlight: Die konservative britische Regierung verschärft Gesetze, um irreguläre Einwanderer abzuschrecken. Gegner des Vorhabens sind empört. Bricht London internationales Recht?

Body

Schon die Wortwahl finden Kritiker zu drastisch: »Illegal Migration Bill« Gesetzentwurf zur illegalen Migration heißt das Projekt, mit dem die britische Regierung irreguläre Einreisen verhindern will. Wer dennoch ins Land kommt, soll umgehend zur persona non grata erklärt werden, einen Anspruch auf Asyl soll es nicht geben. Dabei ist erst einmal unerheblich, ob es sich um Flüchtlinge etwa aus Syrien handelt oder um Menschen aus einem als sicher geltenden Herkunftsland auf der Suche nach Arbeit.

Geht es nach Premierminister Rishi Sunak und Innenministerin Suella Braverman sollen alle Menschen, die auf kleinen Booten über den Ärmelkanal das britische Ufer erreichen, umgehend interniert und bald darauf nach Ruanda abgeschoben werden. Legale Wege ins Königreich gibt es für Migranten so gut wie nicht. Am Mittwoch stimmte das Unterhaus mit einer Mehrheit von 59 Abgeordneten in dritter Lesung für den Gesetzentwurf. Bevor das Gesetz in Kraft treten kann, muss es noch die Zustimmung des Oberhauses bekommen.

Konflikt mit Europäischem Gerichtshof

Die Stimmung ist aufgeheizt. Vor allem dem lautstarken rechten Flügel der regierenden Tory-Partei gehen die geplanten Maßnahmen noch nicht weit genug. In ihrem Visier: die Richter des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in Luxemburg. Die hatten einen ersten Abschiebeflug nach Ruanda in letzter Minute gestoppt. Notfalls solle Großbritannien doch einfach die Menschenrechtskonvention verlassen, fordern die Tory-Hardliner. Um sie zu besänftigen, baute die Regierung weitere Bestimmungen ein, die einen gerichtlichen Abschiebestopp erschweren sollen.

Die Kritiker des Gesetzentwurfs hingegen, darunter die Vereinten Nationen, verurteilen den Schritt als Verletzung internationaler Verpflichtungen. Unter der Uno-Flüchtlingskonvention, die auch für Großbritannien gilt, hat jeder Verfolgte das Recht, in einem sicheren Land seiner Wahl Asyl zu beantragen - unabhängig davon, wie er dort hingelangt ist. Bis zu 15.000 alleinreisende Minderjährige könnten in den kommenden drei Jahren von den britischen Behörden unter dem neuen Gesetz festgesetzt werden, schätzen die Organisationen Refugee Council und Barnardo's.

Erst internieren dann nach Ruanda abschieben

Premier Sunak ficht das nicht an. Seine Regierung behauptet, nur mit scharfen Gesetzen ließe sich die irreguläre Zuwanderung von Innenministerin Braverman einst als »Invasion« bezeichnet nicht aufhalten. Mittlerweile ist sogar ein Lastkahn vor der südenglischen Küste angemietet, der Hunderte Menschen beherbergen soll.

45.000 Migranten im Jahr 2022

Denn Großbritannien hat ein Platzproblem. Bisher kommen Migranten vor allem in Hotels unter, das kostet nach Regierungsangaben mehr als sechs Millionen Pfund pro Tag. Auffanglager gibt es nicht. Bis zum EU-Austritt hatte das Land mit unerwünschter Einwanderung wenig zu tun. Entsprechend sind keine Kapazitäten vorhanden. Doch seit dem Brexit gibt es kein Rücknahmeabkommen mehr mit der EU.

Gut 45.000 waren es, die im vergangenen Jahr über den Ärmelkanal nach Großbritannien kamen und damit deutlich weniger als etwa Deutschland aufnimmt. Doch für die Konservativen sind die vergleichsweise hohen Zahlen ein heikles Thema: Sie hatten versprochen, dass Großbritannien mit dem Brexit die Kontrolle über die eigenen Grenzen wiedererlangen werde. Seither gelten für EU-Bürger strenge Einwanderungsregeln. Doch nun überqueren Tausende Nicht-EU-Bürger die wässrige Grenze. Sie fühlen sich von laxen Arbeitsvorschriften angelockt, die Sprache ist den meisten bekannt, viele haben schon Freunde und Verwandte im Land.

Wer fortan irregulär einreist, soll nach Ruanda geschickt werden und sich dort niederlassen, wenn einem Asylantrag in dem afrikanischen Land stattgegeben wird. In Ruanda sind alle Vorbereitungen getroffen. Bereits im Sommer 2022 sagte Regierungssprecherin Yolande Makolo, das Land biete rechtliche Unterstützung und Übersetzungsdienste sowie angemessene Unterkünfte.

»Wir sind gegen diese Art von Abkommen«

In der ruandischen Gesellschaft wird über das Thema kaum gesprochen aus Angst vor Repressalien der autoritären Regierung. Präsident Paul Kagameführt das Land seit mehr als 20 Jahren. Eine Opposition duldet er nur begrenzt. Einer der wenigen, die offen Kritik an dem Projekt üben, ist Oppositionspolitiker Frank Habineza: »Wir sind gegen diese Art von Abkommen«, sagte er. »Wenn Menschen zu euch kommen, kümmert euch um sie. Wir haben alle die Uno-Konvention unterschrieben.«

Ruanda sei sicher, heißt es von der britischen Regierung. Sie will das Asylgesetz rasch vom Tisch haben. Denn bis zur Wahl 2024 möchte sie weitere umstrittene Vorhaben durchbringen. So will Sunak einigen Beschäftigten in systemrelevanten Branchen wie dem Gesundheitsdienst oder der Feuerwehr das Streikrecht absprechen. In einem anderen Gesetzentwurf soll das Demonstrationsrecht verschärft werden, um Großproteste etwa von Klimaschützern zu verhindern. Für einige Kritiker sind solche Maßnahmen nur die Spitze des Eisbergs. Die Tories, so sagen sie, würden die britische Demokratie aushöhlen.

hda/dpa

Graphic

AFP or licensors - Migranten auf Boot im Ärmelkanal auf dem Weg zu englischen Küste

dpa - Ärmelkanal: Migranten auf dem Weg zu englischem Hafen

Load-Date: April 26, 2023

Neuer Streit in der Ampel über Bezahlkarten für Asylbewerber

SPIEGEL ONLINE

17. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; »Staatspolitische Verantwortungslosigkeit«

Length: 322 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: Grünenpolitiker Julian Pahlke greift FDP-Mann Joachim Stamp an: Mit Debatten über Bezahlkarten für Asylbewerber lenke der Migrationsbeauftragte von den eigentlichen Problemen ab und relativiere die Menschenwürde.

Body

Der Grünenpolitiker Julian Pahlke hat dem Migrationsbeauftragten der Ampelkoalition »staatspolitische Verantwortungslosigkeit« vorgeworfen. Dem SPIEGEL sagte er, er erwarte von einem Sonderbeauftragten wie Joachim Stamp(FDP), »Ergebnisse im Sinne des Koalitionsvertrags und nicht parteipolitische Debatten zu führen«.

Stamp hatte unter anderem die Überlegung der Ministerpräsidentenkonferenz zur Einführung einer bundesweit einheitlichen Bezahlkarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber im Zuge eines neuen Migrationspaketes begrüßt.

Mit der Bezahlkarte würden Asylbewerber die ihnen zustehenden Leistungen nicht mehr bar, sondern per Chipkarte erhalten. Damit soll dann ein Geldtransfer in die Heimatstaaten nicht mehr möglich sein. »Das würde auch meine Arbeit erleichtern, weil die Herkunftsländer dann eher bereit wären, Ausreisepflichtige zurückzunehmen«, sagte der FDP-Politiker Stamp der »Neuen Osnabrücker Zeitung«. Neben den Ländern dringt auch die Union auf die bundesweit einheitlich geregelte Bezahlkarte. Stamps Partei, die FDP, ist ebenfalls dafür.

Pahlke sieht die Debatte über die Bezahlkarten jedoch kritisch: »Das Bundesverfassungsgericht hat 2012 geurteilt, dass die Menschenwürde migrationspolitisch nicht zu relativieren ist. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts auf die Weise infrage zu stellen, ist staatspolitische Verantwortungslosigkeit.« Derartige Vorschläge würden demnach vom eigentlichen Problem ablenken: »Die fehlende Finanzierung der Kommunen für die Aufnahme und Versorgung Flüchtender ist die drängendste Frage, um tatsächlich Verbesserungen zu erreichen. Das FDP-geführte Finanzministerium steht in der Verantwortung, darauf schnelle Antworten zu liefern. Auch die Arbeitserlaubnis muss ab dem ersten Tag erteilt werden, denn Arbeit ist der größte Integrationsfaktor.«

Durch die Einführung von Bezahlkarten würden sich außerdem nicht weniger Menschen auf die Flucht begeben, so Pahlke weiter.

czl/slü

Neuer Streit in der Ampel über Bezahlkarten für Asylbewerber

Load-Date: October 17, 2023

End of Document

Ungarn und Polen blockieren Erklärung zur Migration

SPIEGEL ONLINE

06. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Europagipfel in Granada

Length: 447 words

Byline: Anna Ehlebracht

Highlight: Der Streit über die geplante EU-Asylreform geht weiter. Warschau und Budapest stellen sich quer. Polens Ministerpräsident Morawiecki betonte, er habe keine Angst, dem »Diktat aus Brüssel und Berlin« zu trotzen.

Body

Polen und Ungarn haben beim Europagipfel im spanischen Granada eine geplante Erklärung zur Migrationspolitik und anderen strategisch wichtigen Themen blockiert. Das sagten mehrere EU-Diplomaten der Nachrichtenagentur dpa. Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki kündigte beim Kurznachrichtendienst X (früher Twitter) an: »Ich habe beschlossen, gegen den Teil über die Migration mein Veto einzulegen.«

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán kündigte weiteren Widerstand gegen Pläne für eine EU-Asylreform an, die eine Pflicht zur Solidarität mit besonders stark von Migration betroffenen Staaten vorsieht. Aus seiner Sicht gebe es keinerlei Chance mehr auf Kompromisse und Vereinbarungen, nachdem Ungarn und Polen »rechtlich vergewaltigt« worden seien.

Orbán spielte darauf an, dass wichtige Entscheidungen für die geplante Reform des europäischen Asylsystems jüngst gegen den Willen von Ungarn und Polen per Mehrheitsentscheidung getroffen wurden. Die beiden Länder sind ungeachtet anderslautender juristischer Analysen der Meinung, dass dies nur im Konsens, also ohne Gegenstimmen, hätte geschehen können.

Sie verweisen dabei auf EU-Gipfel-Erklärungen in den Jahren 2016, 2018 und 2019. So heißt es in einem Text der Staats- und Regierungschefs aus dem Juni 2019: »Es muss ein Konsens für eine Reform der Dublin-Verordnung auf der Grundlage eines ausgewogenen Verhältnisses von Verantwortung und Solidarität gefunden werden.« Ungarn und Polen interpretieren dies so, dass in der gesamten Asylpolitik nur noch mit Konsens entschieden werden soll.

Keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Reformprozess

Sie wehren sich insbesondere dagegen, dass den Plänen zufolge stark belasteten Staaten wie Italien und Griechenland künftig ein Teil der Asylsuchenden abgenommen werden soll. Länder, die keine Geflüchteten aufnehmen wollen, würden zu Ausgleichszahlungen gezwungen werden.

Ungarn und Polen blockieren Erklärung zur Migration

Die Blockade der geplanten gemeinsamen Erklärung zur Migration hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf den laufenden Prozess für eine europäische Asylreform. Denkbar ist allerdings, dass Polen und Ungarn die derzeit laufenden Verhandlungen über eine Revision des langfristigen EU-Haushalts nutzen, um weiteren Druck beim Thema Asylreform zu machen. Bei diesem Thema ist Einstimmigkeit erforderlich, und die Revision soll auch eine Fortsetzung der Finanzhilfen für die Ukraineermöglichen.

Der polnische Ministerpräsident Morawiecki hatte am Rande des Gipfels zum Asylstreit betont, er habe keine Angst, sich dem »Diktat aus Brüssel und Berlin« zu widersetzen. Erst in dieser Woche hatten sich die EU-Staaten auf die sogenannte Krisenverordnung geeinigt, wonach das Asylsystem deutlich verschärft werden soll.

aeH/dpa

Load-Date: October 6, 2023

End of Document

Warum der Streit zwischen Bund und Ländern eskalieren könnte

SPIEGEL ONLINE

10. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt

Length: 1243 words

Byline: Sabrina Knoll

Highlight: Vor dem Flüchtlingsgipfel wirkt die Chance auf einen Kompromiss klein. Länder und Kommunen verlangen mehr Geld, der Bund lehnt ab. Doch auch innerhalb der Regierung herrscht Dissens. Was Sie zu dem Treffen wissen müssen.

Body

Angesichts steigender Geflüchteten- und Asylbewerberzahlen sehen sich viele Kommunen am Rande der Belastbarkeit. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und die Länderspitzen beraten am Nachmittag über die Finanzierung von Unterbringung, Versorgung und Integration. Eine Lösung ist dringend notwendig, aber nicht in Sicht.

Worum geht es bei dem Treffen? Wie verlaufen die Konfliktlinien? Antworten auf die wichtigsten Fragen.

Wie viele Schutzsuchende kamen zuletzt nach Deutschland?

In den ersten vier Monaten des Jahres wurden in Deutschland laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) 101.981 Erstanträge auf Asyl gestellt. Das sind doppelt so viele wie im Vor-Corona-Jahr 2019 und auch eine drastische Steigerung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Würde sich diese Entwicklung fortsetzen, wären dieses Jahr mehr als 300.000 Asylanträge möglich nach 218.000 Erstanträgen 2022. Diese Menschen müssen in den Kommunen untergebracht und versorgt werden neben den mehr als eine Million Ukraine-Geflüchteten. Diese allerdings müssen kein Asylverfahren durchlaufen, sondern bekommen automatisch einen vorübergehenden Schutz.

Welche Forderungen gibt es aus den Ländern?

Die 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gehen über die Parteigrenzen hinweg geeint in Gespräche mit dem Bund. Sie fordern:

eine vollständige Kostenerstattung für Unterkunft und Heizung für Geflüchtete

eine monatliche Pro-Kopf-Pauschale, wie es sie bis vor einiger Zeit noch gab, deren Abschaffung die Länder aber mitgetragen hatten: 670 Euro hatte der Bund pro Asylbewerber und Monat zur Verfügung gestellt. Einen konkreten

Warum der Streit zwischen Bund und Ländern eskalieren könnte

Betrag für eine neue Pauschale nennen sie nicht. Aus einem Papier der Finanzministerkonferenz geht jedoch hervor, dass die Länder wegen gestiegener Kosten nun monatlich 1000 Euro fordern.

stärkere Beteiligung an den Kosten für Integration sowie für minderjähriger Geflüchtete

»Es bedarf eines Finanzierungsmodells, das sich verändernden Flüchtlingszahlen anpasst«, heißt es im Länderpapier. Die vom Bund für 2023 zugesagten 1,5 Milliarden Euro für Geflüchtete aus der Ukraine sowie 1,25 Milliarden Euro für Schutzsuchende aus anderen Staaten bei Weiterzahlung lediglich des letzteren Postens ab 2024 würden den steigenden Flüchtlingszahlen nicht gerecht, hieß es in einer am Montagabend an das Kanzleramt übermittelten Beratungsgrundlage.

Neben der Finanzierungsfrage nennen die Länder in dem Papier weitere flüchtlingspolitische Maßnahmen wie die Kooperation auf EU-Ebene und mit Herkunftsländern, Grenzkontrollen, eine bessere Verteilung und Registrierung, die Beschleunigung und Digitalisierung der Asylverfahren sowie konsequente Rückführungen.

Am Dienstag wurde nach Beratungen zwischen dem Kanzleramt und den Staatskanzleichefs ein neuer Beschlussentwurf bekannt, der dem SPIEGEL vorliegt. Die Finanzierungsfragen aber bleiben ungeklärt.

Wo steht der Bund in der Geldfrage?

Der Bund lehnt die Rückkehr zu Pro-Kopf-Pauschalen ab und will auch darüber hinaus keine wesentliche Erhöhung der Hilfen zusagen. Bei den Geldern für Asylbewerber und Geflüchtete beruft das Kanzleramt sich darauf, dass der Bund die Länder und Kommunen in Milliardenhöhe unterstütze und auch bundeseigene Liegenschaften zur Unterbringung bereitstelle.

Demnach gibt der Bund 2023 voraussichtlich 15,6 Milliarden Euro für Flüchtlingshilfen aus, die die Länder entlasten. Dies umfasse nicht nur den Betrag, den die Länder nennen, sondern darüber hinaus die Ausgaben für die Sozialleistungen für anerkannte Flüchtlinge sowie für die gut eine Million Ukraine-Geflüchteten, die direkt Bürgergeld vom Bund erhalten können und kein Asyl beantragen müssen.

In der Bundesregierung herrscht Verärgerung: Demnach stellen die Länder nur immer höhere finanzielle Forderungen, ohne ihren Aufgaben wie der Digitalisierung der Ausländerbehörden nachzukommen. Wie die Länder das Geld unter den Kommunen verteilen, wird im Kanzleramt ebenfalls kritisch gesehen.

Welche Rolle spielen die Kommunen?

Städte, Gemeinden und Landkreise sind konkret mit der Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen vor Ort befasst, sitzen aber am Nachmittag beim Gipfel im Kanzleramt nicht mit am Tisch. Viele Kommunen klagen, sie seien an die Grenze der Belastbarkeit angelangt. Landkreistagspräsident Reinhard Sager erklärte, es fehlten jährlich zwei Milliarden Euro für die Unterkunftskosten anerkannter Flüchtlinge.

In einem internen Bericht, den Arbeitsgruppen von Bund, Ländern und Kommunen nach einem weitgehend erfolglosen Flüchtlingsgipfel im Februar erstellt haben, drängen diese nach SPIEGEL-Informationen auf einen deutlich restriktiveren Kurs in der Flüchtlingspolitik. Im Extremfall soll an den Binnengrenzen die Einreise verweigert werden. Auch die Rückführung abgelehnter Asylbewerberinnen und -bewerber soll forciert werden.

Laut dem internen Papier fordern Vertreter von Ländern und Kommunen zudem, dass die Liste der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten erweitert wird. Und zwar nicht nur um Georgien und Moldau, wie es das Bundesinnenministerium plant. Demnach sollen auch bei Asylantragstellern aus Marokko, Algerien und Tunesien die Verfahren beschleunigt werden.

Was ist die Haltung der Bundesregierung?

Wie auf die Herausforderungen steigender Asylbewerberzahlen reagiert werden soll, ist auch innerhalb der Ampel umstritten. Die FDP, die im Bund mit Christian Lindner den Finanzminister stellt, stemmt sich dagegen, mehr Geld vom Bund bereitzustellen.

Warum der Streit zwischen Bund und Ländern eskalieren könnte

Grünen-Chefin Ricarda Lang unterstützt die Länder bei ihren Appellen nach mehr Hilfen. SPD-Chefin Saskia Esken reagierte prompt: »Kritik aus der Ampel an der Regierung empfinde ich als einen Widerspruch an sich.« Natürlich gebe es unterschiedliche Auffassungen in der Koalition, sagt Esken: »Aber die Bundesregierung geht mit einer Haltung in diese Debatte.«

Was sagt die Union?

CDU und CSU sind an 9 der 16 Landesregierungen beteiligt und damit beim Gipfel vertreten. Unionsfraktionschef Friedrich Merz sagte: »Wir sollten auf die Hilferufe der Kommunen hören.« Geflüchtete gut zu integrieren habe auch etwas mit der Anzahl von Menschen zu tun, »die hier bei uns leben«. Merz nimmt Kanzler Olaf Scholz in die Pflicht, die »Migration nach Deutschland nachhaltig zu steuern«.

Was schlägt der Bund vor?

Die Regierung will den Ländern durch Verfahrenserleichterungen helfen, um Asylverfahren zu beschleunigen. Derzeit dauert es laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) im Schnitt 6,5 Monate bis zu einer Asyl-Entscheidung. Allerdings ist dann auch eine Klage möglich, deshalb können Verfahren auch deutlich länger dauern.

Der Bund schlägt zudem zentrale »Ankunftseinrichtungen« für Asylbewerberinnen und -bewerber vor, aus denen direkt Abschiebungen erfolgen könnten. Darüber hinaus soll der Verstoß gegen Einreise- und Aufenthaltsverbote als eigenständiger Haftgrund für die Abschiebehaft festgelegt und der Ausreisegewahrsam von zehn auf 28 Tage verlängert werden. Mit wichtigen Herkunftsländern will der Bund Gespräche führen, um die Kooperation bei der Rücknahme ihrer Staatsangehörigen zu verbessern.

Wie sind die Einigungschancen?

Vorschläge des Bundes zur Verfahrensbeschleunigung und schnelleren Abschiebungen werden auch Unterstützung bei den Ländern finden, helfen aber wohl nur mittel- bis langfristig. Auf deutlich mehr Geld können Länder und Kommunen aktuell wohl kaum hoffen. Nicht nur in der Finanzfrage liegen die Positionen vor dem Treffen weit auseinander.

Lesen Sie hier mehr dazu: Warum am Mittwoch ein Eklat droht

sak/dpa/AFP

Graphic

dpa - Geflüchtete aus der Ukraine im Messebahnhof Laatzen: Eine Million reisten seit Kriegsbeginn in Deutschland ein

Load-Date: May 10, 2023

Innenministerin Faeser will Flüchtlingszahlen stärker begrenzen

SPIEGEL ONLINE

05. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Schärfere Asylpolitik

Length: 515 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Innenministerin Faeser will die Überprüfung von Schutzsuchenden an die EU-Außengrenzen verlagern, auch der Bau von »hohen Zäunen und Mauern« gehört für sie dazu. Ähnliche Töne kommen auch von FDP-Chef Lindner.

Body

Mitte kommender Woche soll im Kanzleramt der Zuzug und Umgang mit Schutzsuchenden diskutiert werden. Nun haben sich vor Beginn des Flüchtlingsgipfels Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) jeweils für einen verschärften Kurs in der EU-Asylpolitik ausgesprochen.

Faeser plädierte im »Handelsblatt« dafür, die europäische Migrationspolitik stärker auf eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen auszurichten. Lindner sprach sich in den Sendern RTL und n-tv dafür aus, die EU-Außengrenzen notfalls auch mit Zäunen zu schützen.

»Wir werden für eine verlässliche Identifizierung, Registrierung und Überprüfung von Menschen bereits an den EU-Außengrenzen sorgen«, sagte Faeser dem »Handelsblatt«. Dass sich die EU-Staaten bereits auf die dafür notwendige Screening-Verordnung verständigt hätten, sei »ein wichtiger Durchbruch« gewesen.

»Jetzt verhandeln wir über Verfahren an den EU-Außengrenzen, um dort binnen kurzer Fristen über den Schutz von Menschen mit geringer Aussicht auf Asyl in der EU zu entscheiden«, sagte Faeser. »Dann können abgelehnte Asylbewerber schnell bereits von den EU-Außengrenzen aus zurückgeführt werden.« Die SPD-Politikerin hält außerdem verstärkte Grenzkontrollen für »notwendig«, weil der Schutz der EU-Außengrenzen noch »nicht hinreichend« funktioniere.

»Hohe Zäune und Mauern«

»Ich glaube, dass, um Kontrolle herzustellen, auch der physische Schutz der Außengrenze in Betracht gezogen werden muss«, sagte FDP-Chef Lindner am Donnerstag in einer Talkrunde von RTL und n-tv. Er benutzte auf Nachfrage auch das Wort Zaun, betonte aber: »Ich bin dafür, wenn zugleich die Möglichkeit humanitärer und qualifizierter Einwanderung rechtlich erleichtert wird.« Faeser hatte im März bereits gesagt, dass zur europäischen Asylpolitik »zu einem Teil« auch »hohe Zäune und Mauern« an den Außengrenzen gehörten.

Innenministerin Faeser will Flüchtlingszahlen stärker begrenzen

Grenzzäune gibt es schon in einer Reihe von EU-Staaten an der EU-Außengrenze. So etwa an der griechisch-türkischen und der bulgarisch-türkischen Grenze. Die EU-Staats- und Regierungschefs hatten sich bei ihrem Gipfel im Februar auf einen Ausbau der »Infrastruktur« an den Außengrenzen geeinigt. Ob das neue Zäune und Mauern bedeutet, wie sie unter anderem auch Österreich fordert, blieb aber offen.

Zu dem am kommenden Mittwoch geplanten Bund-Länder-Treffen im Kanzleramt, bei dem es vor allem um die Finanzierung der Flüchtlingskosten gehen soll, äußerte sich Faeser unterdessen nicht konkret. Sie räumte aber ein, dass die aktuelle Flüchtlingssituation den Gemeinden »sehr viel« abverlange. »Bund, Länder und Kommunen handeln eng abgestimmt«, versicherte die Ministerin. Eine Entlastung der Kommunen soll nach Faesers Vorstellung vor allem dadurch gelingen, dass die Migration »viel stärker« gesteuert und geordnet werde, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen sei.

Erst am Morgen hatte sich Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow(Linke) ebenfalls in die Asyldebatte eingemischt. Um Kommunen bei der Verwaltung von Asylverfahren zu entlasten, schlug er eine pauschale Anerkennung von Geflüchteten nach drei Jahren vor.

mrc/AFP

Graphic

dpa - Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD): »Überprüfung von Menschen bereits an den EU-Außengrenzen«

Load-Date: May 5, 2023

End of Document

Einsatzkräfte bergen 59 Todesopfer

SPIEGEL ONLINE

26. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Bootsunglück vor Süditalien

Length: 544 words

Byline: Matthias Kaufmann

Highlight: »Kalabrien ist in Trauer nach dieser schrecklichen Tragödie«: Vor der italienischen Küste ist ein Boot mit Flüchtlingen gesunken, die Zahl der Todesopfer steigt. Einzelne Schiffbrüchige konnten sich an Land retten.

Body

Bei einem Bootsunglück vor der italienischen Küste sind am Sonntag fast 60 Flüchtlinge ums Leben gekommen, unter ihnen auch ein erst wenige Monate altes Baby. Wie der Bürgermeister der süditalienischen Stadt Crotone, Vincenzo Voce, im Sender Sky TG-24 sagte, wurden bis Sonntagnachmittag 59 Todesopfer geborgen. In früheren Berichten war von 43 Opfern die Rede gewesen.

Das überladene Boot war am frühen Sonntagmorgen nicht weit von Crotone in der süditalienischen Region Kalabrien bei heftigem Seegang auseinandergebrochen, wie italienische Medien berichten. Während die italienische Küstenwache von rund 120 Menschen an Bord ausging, sprachen Rettungskräfte von mehr als 200 Menschen. 80 Menschen überlebten nach Angaben der Küstenwache das Unglück, einige von ihnen schwammen selbst an die Küste.

Bilder der italienischen Polizei zeigen am Strand angeschwemmte Holztrümmer. Rettungskräfte sind darauf ebenso zu sehen wie Überlebende, die darauf warten, in ein Flüchtlingszentrum gebracht zu werden.

»Dutzende von Menschen sind ertrunken, darunter auch Kinder. Viele Vermisste. Kalabrien ist in Trauer nach dieser schrecklichen Tragödie«, sagte der Gouverneur der Region, Roberto Occhiuto. Nach Angaben von Italiens Präsident Sergio Mattarella kamen viele der Migranten aus Afghanistan und dem Iran.

Italiens rechtsgerichtete Ministerpräsidentin Giorgia Meloni äußerte angesichts der Todesfälle ihren »tiefen Schmerz«. Es sei »kriminell, ein kaum 20 Meter langes Boot mit 200 Menschen an Bord und einer schlechten Wettervorhersage in See stechen zu lassen«. Ihre Regierung setze sich dafür ein, Abfahrten und damit »diese Art von Tragödien zu verhindern«. Meloni sagte, dies erfordere die »größtmögliche« Zusammenarbeit der Staaten, aus denen Flüchtlinge nach Italien kommen.

Umstrittenes Gesetz für Rettungsschiffe

Einsatzkräfte bergen 59 Todesopfer

Erst vor wenigen Tagen hatte das italienische Parlament ein umstrittenes Gesetz der Regierung zum Umgang mit Flüchtlingen im Mittelmeerverabschiedet. Es zwingt Rettungsschiffe dazu, pro Einsatz nur eine Bergungsaktion auszuführen. Nach Einschätzung der Kritiker wird dies das Risiko von Todesfällen im Mittelmeer deutlich erhöhen.

Die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen teilte mit, im Mittelmeer kämen »unaufhörlich Menschen durch ein Vakuum an Rettungskapazitäten« ums Leben. Es sei »inhuman, inakzeptabel und unverständlich, dass wir immer wieder Zeugen von diesen vermeidbaren Tragödien werden«, sagte der Migrationsexperte von Ärzte ohne Grenzen in Italien, Sergio Di Dato.

Von der Leyen fordert Reform des Asylrechts

Meloni hatte im Oktober die Amtsgeschäfte in Rom übernommen. Ihre rechtsgerichtete Regierung hatte im Wahlkampf angekündigt, die Ankünfte von Flüchtlingen in Italien zu stoppen. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen schrieb bei Twitter von einer »Tragödie«, die sie »zutiefst traurig« mache. Sie forderte stärkere Bemühungen für eine Reform des EU-Asylrechts. Papst Franziskus drückte seinen »Schmerz« aus. Er bete für die Flüchtlinge.

Italien ist wegen seiner geografischen Lage besonders häufig ein Ziel von Migranten, die von Nordafrika nach Europagelangen wollen. Nach Angaben des italienischen Innenministeriums sind seit Anfang des Jahres rund 14.000 Flüchtlinge in Italien angekommen. Im Vorjahreszeitraum waren es etwa 5300.

mamk/AFP

Graphic

IMAGO/ZUMA Wire - Strand bei Cutro: Trümmer des Unglücksbootes

Load-Date: February 26, 2023

End of Document

Was über das Bootsunglück bisher bekannt ist

SPIEGEL ONLINE

16. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Flüchtlingskatastrophe vor Griechenland

Length: 1690 words

Byline: Malte Göbel

Highlight: Ein völlig überfülltes Fischerboot mit bis zu 700 Geflüchteten an Bord kenterte vor Griechenland. Nun wird diskutiert, wer für die Katastrophe verantwortlich ist. Der Überblick.

Body

Ein Schiff mit bis zu 700 Flüchtlingen an Bord ist vor Griechenland gesunken, bisher wurden 78 Tote geborgen, 104 Menschen konnten gerettet werden, Hunderte gelten noch als vermisst. Die Wahrscheinlichkeit, noch Überlebende zu finden, ist gering.

Wer trägt Verantwortung für das Unglück?

Das lässt sich nicht einfach beantworten. Am Donnerstag hat die Polizei neun mutmaßliche Schleuser festgenommen. Sie befinden sich aktuell in Kalamata in Polizeigewahrsam. Dabei handelt es sich nach Angaben der Küstenwache um Ägypter im Alter zwischen 20 und 40 Jahren. Ihnen werden fahrlässige Tötung, Menschenhandel und die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Nach Angaben der Hafenbehörde war unter den neun Festgenommenen ägyptischer Nationalität auch der Kapitän des gekenterten Bootes.

Unterdessen sind auch Vorwürfe gegen die Küstenwache laut geworden. Schon am Dienstag hatten italienische Behörden eigenen Angaben zufolge die griechischen Nachbarn über ein voll besetztes Fischerboot im griechischen Such- und Rettungsbereich informiert. Die griechische Küstenwache sagt, sowohl sie als auch vorbeifahrende Frachter hätten per Funk wiederholt Hilfe angeboten. Der Kapitän habe den Angaben zufolge jedoch abgelehnt und angegeben, nach Italien weiterreisen zu wollen.

Alarm Phone, eine Initiative, die Rufe von in Not geratenen Migrantenschiffen entgegennimmt, teilte indes am Donnerstag mit, man habe Kontakt zu Menschen gehabt, die sich ihrer Meinung nach auf demselben Schiff befunden und verzweifelt um Hilfe gebeten hätten. Die Passagiere hätten zudem beobachtet, wie der Kapitän das Schiff auf einem Beiboot verlassen hatte, bevor es kenterte.

Auch die niederländische Europaabgeordnete Tineke Strik macht der Küstenwache via Twitter Vorwürfe. Diese habe das Schiff stundenlang beobachtet und dann nur untätig zugesehen, als es sank. »Es gibt keine Entschuldigung dafür, dass man die Pflicht, Leben zu retten, verletzt«, schrieb sie. Die Europäische Kommission müsse gegen Griechenland vorgehen.

Was über das Bootsunglück bisher bekannt ist

Der griechische Politiker und frühere Abgeordnete des Europäischen Parlaments Kriton Arsenis hat in einem am Donnerstag via Twitter verbreiteten Interview noch schwerere Anschuldigungen erhoben: So habe die Küstenwache das Flüchtlingsboot ins Schlepptau genommen, dabei sei dieses gekentert. Arsenis beruft sich auf Aussagen von Überlebenden.

Die griechische Zeitung »Kathimerini« berichtet unter Berufung auf Mitarbeiter der griechischen Hafenbehörde, dass es tatsächlich den Versuch gegeben habe, das Flüchtlingsschiff abzuschleppen. Dieser sei aber am Widerstand von Menschen an Bord gescheitert. Diese hätten nicht nach Griechenland geschleppt werden wollen, sondern wollten demnach den Kurs Richtung Italien fortsetzen.

Von offizieller Seite gibt es für keine der Aussagen eine Bestätigung.

Wie läuft die Diskussion in Griechenland?

In Griechenland streitet man darüber, wer für das Unglück verantwortlich ist. »Es ist ein Verbrechen, wo sind die Schuldigen?«, titelte etwa die linke Zeitung »Efimerida ton Syntakton« am Freitag. Politiker vor allem linker Parteien sehen die konservative Regierung der vergangenen vier Jahre in der Verantwortung. Aufgrund von ihr eingeführten strengen Kontrollen auf dem Meer wählten Schleuser nun gefährlichere, längere Routen an Griechenland vorbei direkt nach Italien, lautet der Vorwurf.

Die aktuelle Interimsregierung aus Beamten und Akademikern ordnete eine dreitägige Staatstrauer an. In einem Streitgespräch mit dem früheren Ministerpräsidenten Alexis Tsipras hatte der Interimsminister für Bürgerschutz, Evangelos Tournas, erklärt: Ein Eingreifen in internationalen Gewässern sei nicht möglich, wenn der Kapitän des Bootes dies ablehne. Hilfe sei der Besatzung mehrfach angeboten, diese aber wiederholt ausgeschlagen worden.

In vielen Städten Griechenlands kam es zu Protesten gegen die griechische und die europäische Flüchtlingspolitik. In der Hauptstadt Athen ließen Protestierende vor dem Parlament kleine Heißluftballons steigen. Es kam zu kleinen Scharmützeln mit der Polizei, die Tränengas auf Demonstrierende schoss.

Was ist geschehen?

Ein mit schätzungsweise 500 bis 700 Menschen besetzter Fischkutter ist in der Nacht zum Mittwoch rund 50 Seemeilen südwestlich der Halbinsel Peloponnes in internationalen Gewässern gesunken. Zuvor soll an Bord eine Massenpanik ausgebrochen sein, die das übervolle Schiff zum Kentern brachte. Seither wurden 78 Todesopfer geborgen. Die Behörden vermuten, dass das Boot sehr schnell sank. Deshalb sei es den Menschen unter Deck vermutlich nicht gelungen, sich ins Freie zu retten. Die Opferzahl dürfte in die Hunderte gehen.

Die Unglücksstelle liegt 47 Seemeilen (rund 87 Kilometer) südwestlich der Stadt Pylos. Die Stelle befindet sich in internationalen Gewässern, aber innerhalb der Zone, in der Griechenland für Seenotrettung zuständig ist.

Wie kam es zu dem Unglück?

Darüber gibt es keine gesicherte Information. Da das Wetter verhältnismäßig ruhig gewesen sei, vermutet die Küstenwache eine Panik an Bord als Ursache des Unglücks. Womöglich sei dem Boot zuvor der Treibstoff ausgegangen, oder es habe einen Motorschaden erlitten.

Ab Dienstagmittag habe man mit dem Schiff Kontakt gehabt, heißt es von griechischen Behörden. Zuvor sei das Lagezentrum von der italienischen Seenotleitstelle über die Existenz des Schiffs informiert worden. Via Telefon habe das Schiff Unterstützung abgelehnt. Ein Boot der Küstenwache brachte Lebensmittel zu dem Schiff. Man habe das Schiff weiter beobachtet und plötzlich abrupte Bewegungen wahrgenommen. Dann sei der Kutter gekentert und schnell gesunken.

Wie war die Situation an Bord?

Bilder der Küstenwache zeigen wenige Stunden vor dem Untergang ein völlig überfülltes Boot. Allein an Deck drängen sich bis zu 200 Menschen, die meisten ohne Rettungswesten. Auszumachen sind zudem ein

Was über das Bootsunglück bisher bekannt ist

Zwischendeck und der Rumpf. Dort sollen sich die übrigen Passagiere, darunter nach Angaben der Überlebenden schwangere Frauen und viele Kinder, aufgehalten haben. Beim schnellen Sinken des Bootes hätten sie keine Chance gehabt, sich nach draußen zu retten.

Schiffe der Küstenwache und Kriegsmarine brachten die Leichen von 78 Menschen zum südgriechischen Hafen von Kalamata. Die Toten würden nach Athen überführt, berichtet der Staatssender ERT. Dort sollen DNA-Proben genommen werden, um die Menschen zu identifizieren.

Kann man das gesunkene Boot heben?

Der Unglücksort befindet sich in der Region der tiefsten Stelle des Mittelmeers, dem bis zu 5267 Meter tiefen Calypso Tief. Eine Bergung des Wracks ist deshalb kaum wahrscheinlich. Experten halten einen solchen Versuch für sehr aufwendig und teuer.

Wie geht es für die Überlebenden weiter?

Nach offiziellen Angaben konnten 104 Menschen gerettet und in den Hafen von Kalamata gebracht werden: 47 Syrer, 43 Ägypter, zwölf Pakistaner und zwei Palästinenser. Alle Geretteten sind Männer, berichtet die Nachrichtenagentur AFP. 26 von ihnen hätten im Krankenhaus hauptsächlich wegen Unterkühlung behandelt werden müssen, hieß es weiter. Am Freitag begannen die Behörden, die Überlebenden in ein Auffanglager nördlich von Athen zu bringen, wo die Migranten registriert werden und Asylanträge stellen können.

»Die Überlebenden befinden sich in einer sehr schwierigen Situation. Im Moment stehen sie unter Schock«, sagte Erasmia Roumana, Leiterin einer Delegation des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR), nachdem sie die Geretteten getroffen hat. »Sie wollen sich mit ihren Familien in Verbindung setzen, um ihnen zu sagen, dass es ihnen gut geht, und sie fragen ständig nach den Vermissten. Viele haben Freunde und Verwandte, die nicht auffindbar sind.«

Wie gefährlich ist das Mittelmeer?

Laut UNHCR ist die Reise von Libyen oder Tunesien über das zentrale Mittelmeer nach Europa die tödlichste Migrationsroute der Welt. Seit Jahresbeginn galten bereits vor dem Unglück 1039 Menschen als vermisst. Die Zahl dürfte aber weit höher liegen, da einige Schiffsunglücke wohl nie registriert wurden. Seit 2014 sind nach Unangaben mehr als 20.000 Menschen auf dem Mittelmeer gestorben. Im April 2015 verloren mehr als tausend Geflüchtete vor der libyschen Küste ihr Leben.

Die Vereinten Nationen mahnten nach dem Unglück erneut die Sicherheit von Fluchtrouten an. »Dies ist ein weiteres Beispiel für die Notwendigkeit, dass die Mitgliedstaaten zusammenkommen und geordnete, sichere Wege für Menschen schaffen, die zur Flucht gezwungen sind«, sagte Sprecher Stéphane Dujarric am Mittwoch in New York. In diesen Prozess müssten »Herkunftsländer, Transitländer und Bestimmungsländer« eingebunden sein.

Wie sieht die griechische Migrationspolitik aus?

Griechenland hat die Kontrollen seiner Gewässer in den vergangenen Jahren massiv verschärft. Auch deshalb wählen Schleuser zunehmend gefährliche, lange Routen südlich an Griechenland vorbei direkt nach Italien, um von dort ihre Reise nach West- und Nordeuropa leichter fortsetzen zu können. Die meisten Migrantinnen und Migranten kommen jedoch aus der Türkei. Sie erreichen Griechenland entweder über die nahe gelegenen ostgriechischen Inseln oder überqueren den Fluss Evros, der entlang der Landgrenze verläuft.

Die Zahl der Überfahrten ist in den vergangenen Jahren stark zurückgegangen, da Griechenland nicht nur die Seepatrouillen verstärkt, sondern auch einen Grenzzaun entlang des Evros errichtet hat. Doch das Land sieht sich immer wieder mit Vorwürfen konfrontiert, es schicke Geflüchtete über die Grenze zurück in die Türkei und hindere sie so illegal daran, Asyl zu beantragen. Athen hat dies wiederholt bestritten.

Wo steht die EU in Migrationsfragen?

Was über das Bootsunglück bisher bekannt ist

Erst in der vergangenen Woche hatten sich die Innenminister der EU-Staaten nach langen Verhandlungen darauf verständigt, dass die Asylverfahren in der EU wegen der Probleme mit illegaler Migration deutlich verschärft werden sollten. Unter anderem ist nun ein härterer Umgang mit Migranten ohne Bleibeperspektive vorgesehen.

Auch sollen Asylverfahren in Zukunft an den Außengrenzen der EU also unter anderem in Griechenland abgewickelt werden. Die Einigung muss noch vom EU-Parlament bestätigt werden. Lesen Sie hier mehr dazu: Europa schottet sich ab

Mit Material der Agenturen

Graphic

AFP or licensors - Überfülltes Flüchtlingsboot vor Griechenland (Bild der Küstenwache)

dpa - Nächtliches Bild des später gesunkenen Schiffs, undatierte Aufnahme der Küstenwache

Copyright 2023 The Associated Press. All rights reserved - Protest gegen die griechische Flüchtlingspolitik (in Athen)

Load-Date: June 16, 2023

Neues Gesetz beschleunigt Asylverfahren offenbar nur geringfügig

SPIEGEL ONLINE

06. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Überlastete Justiz

Length: 310 words

Byline: Sarah Vojta

Highlight: Bis über Asylklagen entschieden ist, vergehen in Deutschland im Schnitt zwei Jahre trotz des Versuchs, mehr Tempo zu machen. Zwischen den Bundesländern gibt es drastische Unterschiede bei der Verfahrensdauer.

Body

Das Gesetz zur Beschleunigung von Asylgerichtsverfahren hat bislang offenbar nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung der Situation geführt. Klagen Asylsuchende gegen einen negativen Bescheid, benötigen Gerichte im Schnitt 21,8 Monate, um das Verfahren abzuschließen. Das geht aus einer Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hervor, in der die durchschnittliche Verfahrensdauer bei Gericht für die ersten sieben Monate dieses Jahres erfasst ist. Das Gesetz ist seit Anfang des Jahres in Kraft.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern sind erheblich: Brandenburger Verwaltungsgerichte benötigten 39,9 Monate bis zum erstinstanzlichen Urteil, während diese Verfahren in Rheinland-Pfalz bereits nach 4,7 Monaten abgeschlossen waren. Gehen die Asylsuchenden anschließend in Berufung oder Revision, können bis zur endgültigen Entscheidung weitere Jahre vergehen. Spitzenreiter ist hier Bremen, wo es im Fall einer Berufung noch einmal 47,4 Monate dauert, ehe auch in dieser Instanz ein Urteil fällt – also knapp vier Jahre.

Grund sind überlastete Verwaltungsgerichte, denen die Bundesregierung mit dem Gesetz zur Beschleunigung der Asylverfahren unter die Arme greifen wollte. In den vergangenen Jahren war die durchschnittliche Verfahrensdauer der Asylklageverfahren durchgängig gestiegen. Im von der Statistik erfassten Zeitraum lag die Verfahrensdauer jedoch nur rund vier Monate unter dem Durchschnittswert des Vorjahrs. Insgesamt waren Ende Juli 121.646 Asylverfahren vor Gericht anhängig.

Im laufenden Jahr haben bis Ende August laut BAMF 220.116 Menschen einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg von mehr als 77 Prozent. Die meisten Antragsteller stammten aus Syrien, gefolgt von Afghanistan und der Türkei. Etwas mehr als die Hälfte erhielt einen positiven Asylbescheid.

sv

Load-Date: October 6, 2023

Neues Gesetz beschleunigt Asylverfahren offenbar nur geringfügig

End of Document

Innenministerin Faeser erwartet weniger neue Geflüchtete in Deutschland

SPIEGEL ONLINE

10. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Verschärfte Asylregeln

Length: 347 words

Byline: Ansgar Siemens

Highlight: Zum ersten Mal soll es Asylverfahren an den EU-Außengrenzen geben, damit die Länder entlastet werden. Die deutsche Innenministerin verteidigt die Reform und geht von messbaren Folgen aus.

Body

Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat die geplante Reform der EU-Asylregeln verteidigt und sinkende Flüchtlingszahlen für Deutschland vorausgesagt. »Dies ist ein nie zuvor erreichter Kompromiss«, sagte die SPD-Politikerin der »Bild am Sonntag«. »Wir kontrollieren die Außengrenzen, damit die Grenzen innerhalb Europas offen bleiben können.«

Es sei klar, dass man auch weiterhin Menschen schütze, »die aus furchtbaren Kriegen, vor Folter und Mord zu uns fliehen«. Aber diese Verantwortung verteile sich künftig »auf mehr Schultern«.

Kompromiss im Asylstreit

Die EU-Innenminister hatten am Donnerstagabend einem Kompromiss zur Beendigung des jahrelangen Asylstreits zugestimmt. Er sieht erstmals Asylverfahren an den EU-Außengrenzen vor, außerdem eine Verteilung von Migranten auf die EU-Staaten. Wenn Länder sich dann weigern, Menschen aufzunehmen, sollen sie ein Zwangsgeld in Höhe von 20.000 Euro pro Migranten in einen Fonds einzahlen, der von Brüssel verwaltet wird.

Geplant ist ein deutlich härterer Umgang mit Menschen aus Ländern, die als relativ sicher gelten. Sie sollen künftig nach einem Grenzübertritt in streng kontrollierten Aufnahmeeinrichtungen untergebracht werden.

Zu einer europäischen Lösung habe es keine Alternative gegeben, erklärte Faeser. »Nicht zu handeln, würde bedeuten, das Elend an den Außengrenzen und das Sterben auf dem Mittelmeer weiter zuzulassen.«

Die Ministerin wies auf die Verstärkung der Bundespolizei an den Grenzen zu Tschechien und Polen hin: »Bis die neuen Regeln greifen, handeln wir zusätzlich national. Wir haben die Maßnahmen im Grenzschutz deutlich verstärkt, um unerlaubte Einreisen zu unterbinden.«

Kontrollen an deutschen Grenzen lehnte Faeser ab. »Schlagbäume wieder hochziehen, würde uns um Jahrzehnte zurückwerfen.« Außerdem würde es »unserer Wirtschaft, den vielen Pendlern und Familien dies- und jenseits der Grenzen zu unseren Nachbarstaaten massiv schaden«.

Innenministerin Faeser erwartet weniger neue Geflüchtete in Deutschland

Die CDU-Innenminister Armin Schuster (Sachsen) und Peter Beuth (Hessen) hatten zuvor zeitlich befristete Kontrollen je nach Lage auch an EU-Binnengrenzen gefordert.

sms/dpa/AFP

Graphic

EPA - Innenministerin Faeser verteidigt Asyl-Kompromiss

Load-Date: June 10, 2023

End of Document

Großteil der Asylbewerber kommt unregistriert nach Deutschland

SPIEGEL ONLINE

12. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; BAMF-Auswertung

Length: 219 words

Byline: Simon Book

Highlight: Beim illegalen EU-Eintritt sollen Einwanderer in einer zentralen Datenbank erfasst werden zwei Drittel derjenigen, die in Deutschland Asyl wollen, sind aber unregistriert. Bayerns Innenminister kritisiert die Nachbarstaaten.

Body

Der Großteil der Menschen, die 2022 in Deutschland erstmals einen Asylantraggestellt haben, sind zuvor unerkannt in die EU eingereist. Dies geht aus einer Auswertung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg hervor.

Wie die Behörde der »Welt am Sonntag« mitteilte, gab es im vergangenen Jahr bei 151 277 Asylersanträgen bei zwei Dritteln (rund 101 000) keinen Eurodac-Treffer. In der europäischen Datenbank werden in der Regel die Fingerabdrücke von Asylbewerbern ab 14 Jahren bei einem illegalen Grenzübertritt an den EU-Außengrenzen erfasst. Dadurch soll verhindert werden, dass Menschen in mehreren Ländern einen Asylantrag stellen. In rund 35 000 Fällen haben Antragssteller laut BAMF dennoch bereits in einem anderen EU-Land einen Asylantrag gestellt.

Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU)äußerte angesichts dieser Zahlen Kritik an den EU-Mitgliedsländern. Die Ein- und Durchreiseländer der EU vernachlässigten sträflich ihre Pflicht, Daten von Migranten ohne Visum zu erfassen, sagte der CSU-Politiker der Zeitung.

Dass immer mehr Menschen unkontrolliert in die EU kämen, sei auch ein zunehmendes Sicherheitsrisiko. »Ohne Registrierung und Überstellungsmöglichkeit für Deutschland wird man früher oder später wieder über nationale Grenzschutzmaßnahmen reden müssen.«

sbo/dpa

Graphic

REUTERS - BAMF-Gebäude in Berlin

Großteil der Asylbewerber kommt unregistriert nach Deutschland

Load-Date: February 12, 2023

End of Document

Mehr als 8000 Geflüchtete erreichen Kanaren innerhalb von nur zwei Wochen

SPIEGEL ONLINE

16. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Migration nach Europa

Length: 376 words

Byline: Steffen Lüdke

Highlight: Es ist eine der tödlichsten Migrationsrouten der Welt: Seit Wochen steuern vermehrt Flüchtlingsboote die Kanaren an. Besonders im Fokus steht eine kleine Insel mit rund 11.000 Einwohnern.

Body

Auf den Kanaren kommen zurzeit viele Flüchtlingsboote an, die an den Küsten Westafrikas ablegen. Mindestens 8561 Migranten haben in den vergangenen zwei Wochen die Kanarischen Inseln erreicht, wie aus Daten des spanischen Innenministeriums vom Montag hervorgeht. Dies entspricht mehr als einem Drittel der diesjährigen Gesamtzahl der Ankünfte.

Zwischen dem 1. Januar und dem 15. Oktober sind auf den kanarischen Inseln insgesamt 23.537 Migranten angekommen, 80 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Besonders im Fokus steht die kleine Insel El Hierro mit rund 11.000 Einwohnern. Die meisten Migranten werden jedoch innerhalb von wenigen Stunden oder Tagen auf größere Inseln und von dort später aufs Festland gebracht.

Die sieben Inseln im Atlantik sind zum Hauptziel für Migranten aus dem Senegal und anderen afrikanischen Ländern geworden, die Spanien zu erreichen versuchen. Andere Geflüchtete probieren, über das Mittelmeer auf das spanische Festland zu gelangen. Milderes Wetter und ein ruhigeres Meer im September, Oktober und manchmal auch im November führen in der Regel zu einem Anstieg der Migrantenankünfte.

Die Route vom Westen Afrikas auf die Kanaren ist eine der tödlichsten Migrationsrouten der Welt. Die Migranten legen Hunderte Kilometer zurück, oft verfehlen sie die Inseln und sterben auf See.

Einer der Hauptgründe für den Anstieg der irregulären Migration ist die politische und wirtschaftliche Instabilität im Senegal. Unter den Ankommenden sind viele Fischer, der wichtige Wirtschaftszweig steckt in der Krise. Zudem hat die Regierung den Oppositionsführer, der gerade jungen Menschen Hoffnung auf eine bessere Zukunft gemacht hatte, ins Gefängnis gesteckt. Die EU-Grenzschutzbehörde Frontex nennt die Zustände im Land einen »Push-Faktor«, der die Menschen dazu bringe, auf die Boote zu steigen und das Land zu verlassen.

Spanien hat die Aufnahmekapazitäten auf den Kanaren in den vergangenen Jahren stark ausgebaut. Die Regierung zeigt sich angesichts der steigenden Zahlen dennoch besorgt. Ohne die Hilfe der EU könne die Situation

Mehr als 8000 Geflüchtete erreichen Kanaren innerhalb von nur zwei Wochen

nicht bewältigt werden, heißt es in Madrid. Spaniens Innenminister Fernando Grande-Marlaska teilte mit, dass das Land zwei zusätzliche Flugzeuge zur Überwachung der Migrationsrouten einsetzen werde.

slü/Reuters

Load-Date: October 16, 2023

End of Document

Spitzengrüne sprechen sich für strengere Migrationspolitik aus

SPIEGEL ONLINE

01. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Ricarda Lang und Winfried Kretschmann

Length: 317 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Die Ampel will den Zuzug Flüchtender reduzieren, viele Grüne stemmen sich noch dagegen. Doch nun argumentieren Parteichefin Lang und Ministerpräsident Kretschmann für »Steuerung und Rückführung«.

Body

Im Grundsatzprogramm der Grünen gelten Abschiebungen als »das letzte Mittel«, viele hadern mit dem neuen scharfen **Asylkurs** der Ampel. Doch nun haben sich auch die Spitzengrünen Ricarda Lang und Winfried Kretschmann für härtere Maßnahmen ausgesprochen – sie schreiben von einem »neuen demokratischen Grundkonsens« in der **Migrationspolitik**.

»Wenn die Kapazitäten wie jetzt an ihre Grenzen stoßen, müssen auch die Zahlen sinken«, schreiben die Parteivorsitzende und der baden-württembergische Ministerpräsident in einem gemeinsamen Gastbeitrag für den »Tagesspiegel«.

»Es geht um Menschen. Die Menschlichkeit darf uns deshalb nicht abhandenkommen«, heißt es in dem Text. Zugleich könne es »Humanität dauerhaft nur in der Ordnung geben«. »Steuerung und Rückführung gehören zur Realität eines Einwanderungslandes wie Deutschland dazu.« Zugleich warnten sie vor der »Versuchung, mit Scheinlösungen und Symbolpolitik eine schnelle Schlagzeile zu machen«. »Das Gebot der Stunde ist es, uns in der breiten demokratischen Mitte aufeinander zuzubewegen und offen zu sein für pragmatische Lösungen.«

Hoffen auf europäische Lösung

Wenige Tage vor dem Treffen von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mit den Länder-Regierungschefs zur Migrationspolitik am kommenden Montag plädieren Lang und Kretschmann für eine »Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen«. Konkret bekräftigen sie die Grünenforderung nach mehr Unterstützung für die Kommunen bei der Versorgung von Geflüchteten und fordern eine »verlässliche und strukturelle Finanzierung durch den Bund«.

Zudem pochen sie auf ein »wirksames gemeinsames europäisches Asylsystem« – die laufenden Reformverhandlungen hierzu müssten jetzt schnell abgeschlossen werden – und schnellere Asylverfahren. Da Rückführungen von Menschen ohne Bleiberecht häufig an fehlender Kooperationsbereitschaft der Herkunftsländer scheiterten, brauche es tragfähige Migrationsabkommen.

Spitzen Grüne sprechen sich für strengere Migrationspolitik aus

Load-Date: November 1, 2023

End of Document

Union legt 26-Punkte-Papier zur Migration vor

SPIEGEL ONLINE

13. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Treffen im Kanzleramt

Length: 530 words

Byline: Martin Knobbe

Highlight: Beim **Migrationsgipfel** in Berlin hat CDU-Chef Merz Olaf Scholz ein umfangreiches Forderungspaket überreicht. Einige Vorschläge dürften in der Ampel auf harten Widerstand stoßen. Der Kanzler nahm das Papier »zur Kenntnis«.

Body

Oppositionsführer Friedrich Merz hat Kanzler Olaf Scholz am Freitagabend ein Papier der CDU/CSU-Fraktion mit 26 Maßnahmen zur Begrenzung der illegalen **Migration** überreicht, unterteilt in nationale und europäische Maßnahmen. Die Vorschläge liegen dem SPIEGEL vor.

In dem Papier ist nicht mehr von einer Obergrenze die Rede, dennoch wird »ein gemeinsames Verständnis« eingefordert, »dass Deutschland mit Blick auf die Integrations- Infrastruktur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine Asylzuwanderung bis maximal 200.000 Personen pro Jahr verträgt«. Zudem wird die Ausweitung »lageangepasster« stationärer Grenzkontrollen etwa an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz gefordert. Mit der Schweiz allerdings hat die Bundesregierung bereits eine Vereinbarung, die gemeinsame Kontrollen deutscher und schweizerischer Beamten auf dem Boden der Schweiz erlaubt.

Die Union fordert auch Maßnahmen, die mit der Ampelkoalition vor allem mit den Grünen derzeit sicher nicht zu machen wären. Etwa die Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten, wie es sie zeitweise 2018 schon einmal gab. Oder den Stopp freiwilliger Bundesaufnahmeprogramme, etwa für Afghanistan. Auch die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten lehnte die Ampel bislang ab. Gerade in Algerien sei die Menschenrechtslage zu problematisch, hatte der Parteichef der Grünen, Omid Nouripour, kürzlich gesagt.

Auf europäischer Ebene erwartet die Union laut dem Papier mehr Engagement des Bundeskanzlers. Er solle sich für eine »Revitalisierung des EU-Türkei-Abkommens und zum Abschluss eines entsprechenden EU-Tunesien Abkommens« einsetzen, wobei davon auszugehen ist, dass daran im Kanzleramt bereits intensiv gearbeitet wird. Olaf Scholz solle sich aber auch in einer »persönlichen Initiative« gegenüber der EU-Kommission dafür einsetzen, dass »EU-Mittel für den Schutz der EU-Außengrenzen und für die Errichtung von Infrastruktur zum Grenzschutz freigegeben werden«, wird in dem Papier gefordert. Wie es aus Teilnehmerkreisen am Abend hieß, habe der Bundeskanzler die Vorschläge der Opposition »zur Kenntnis genommen«.

Union legt 26-Punkte-Papier zur Migration vor

An einem mehr als zweistündigen Gespräch über das Migrationsproblem im Kanzleramt hatte neben Oppositionsführer Merz (CDU) auch die Ministerpräsidenten Boris Rhein(CDU) und Stephan Weil(SPD) teilgenommen. Das Gespräch sei »sehr konstruktiv« gewesen und habe »in einer sehr guten Atmosphäre stattgefunden«, sagte der hessische Regierungschef Rhein, der derzeit Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz ist. Sein Stellvertreter, der Niedersachsen Weil, sagte, nach der Einigung der Länder bei der Ministerpräsidentenkonferenz in Frankfurt müssten nun auch Regierung und Opposition im Bund zusammenfinden. Hier sei er zuversichtlich. »Es ergibt erkennbar die Bereitschaft dazu.«

Entscheidungen sollen nun bei der Ministerpräsidentenkonferenz am 6. November fallen, an der auch der Kanzler teilnehmen wird. Bis dahin müssten sich die Ampel und die Union einigen, sagten Rhein und Weil. Dann solle es auch Beschlüsse zur umstrittenen Finanzierung der Flüchtlingsaufnahme geben, die im Kanzleramt erst einmal ausgeklammert wurde.

kno/kev/dpa

Load-Date: October 13, 2023

End of Document

Hilfsorganisation berichtet von mindestens 14 toten Migranten bei Bootsunglück

SPIEGEL ONLINE

29. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Havarie vor Marokko

Length: 299 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Zwischen Marokko und den Kanarischen Inseln ist offenbar erneut ein Flüchtlingsboot in Seenot geraten. Mehrere Menschen sind laut einer spanischen NGO bereits tot, nun läuft eine Rettungsaktion.

Body

Die Überfahrt von der marokkanischen Küste auf die Kanarischen Inseln ist vergleichsweise kurz aber gefährlich. Nun sind beim Versuch des Übersetzens in die EU erneut mehrere Menschen ums Leben gekommen.

Wie die spanische Hilfsorganisation Caminando Fronteras (Grenzgänger) mitteilte, war vor der Küste Marokkos ein Schlauchboot in Seenot geraten, es halte sich nur noch knapp über der Wasseroberfläche. Mindestens 14 Menschen seien gestorben. Insgesamt seien mehr als 58 Menschen an Bord gewesen, die Überlebenden würden sich an das Boot klammern.

Wie spanische Medien unter Berufung auf die spanische Seenotrettung berichteten, läuft inzwischen von Marokko aus ein Rettungseinsatz. Caminando Fronteras kritisierte, dass die Rettungsaktion zu spät eingeleitet worden sei und Marokko und Spanien oft tatenlos blieben, weil sie einander die Verantwortung zuschöben, sagte sie dem staatlichen spanischen Radiosender RNE. Die Darstellung lässt sich nicht unabhängig überprüfen.

Die Kanaren erleben seit Anfang Oktober eine starke Zunahme der Ankünfte von Booten mit irregulären Migranten. Nach Angaben des spanischen Innenministeriums wurde 2023 ein Anstieg um etwa 80 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum registriert. Nach Angaben des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNHCR wurden dieses Jahr bis zum 24. Dezember mehr als 38.000 Migranten aus Afrika gezählt.

Die Zeitung »El Día« berichtete, dass allein am Donnerstag 37 Migranten gerettet und auf die Insel Gran Canaria gebracht worden seien. Zudem sei vor der Insel El Hierro ein weiteres Boot mit 130 Migranten entdeckt worden.

Nach Informationen von Caminando Fronteras starben in den ersten sechs Monaten des Jahres mindestens 778 Migranten bei dem Versuch, auf der gefährlichen Route von Westafrika über den Atlantik zu den Kanaren zu gelangen.

fek/dpa

Hilfsorganisation berichtet von mindestens 14 toten Migranten bei Bootsunglück

Load-Date: December 29, 2023

End of Document

Mehr als 10.000 Migranten haben 2023 den Ärmelkanal überquert

SPIEGEL ONLINE

18. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Ziel Großbritannien

Length: 558 words

Byline: Julia Stanek

Highlight: Großbritanniens Maßnahmen zur Abschreckung von Migranten zeigen wenig Wirkung: Allein im Juni haben Tausende Menschen versucht, die britische Küste von Frankreich aus per Boot zu erreichen.

Body

Auf dem Papier sind es blanke Ziffern, doch dahinter stecken verzweifelte Menschen, die alles riskieren in der Hoffnung auf ein besseres Leben: Mehr als 10.000 Geflüchtete und Migranten haben seit Jahresbeginn in kleinen Booten den Ärmelkanal von Frankreich in Richtung Großbritannien überquert. Das geht aus am Sonntag veröffentlichten Zahlen des britischen Innenministeriums hervor, wie die britische Nachrichtenagentur PA meldet.

Bisher liegt die Zahl der Migranten, die auf diesem Weg ins Vereinigte Königreich gelangten, noch unter dem Wert des Vorjahrs für Mitte Juni. Am 17. Juni 2022 hatten bereits mehr als 11.000 Menschen die gefährliche Reise gemacht.

Nach PA-Angaben nehmen die Zahlen jedoch seit einigen Tagen zu – wohl auch aufgrund besserer Wetterbedingungen. Zwischen dem 10. und dem 17. Juni haben den Zählungen nach insgesamt mehr als 2500 Menschen die britische Küste erreicht. Allein am Samstag wurden demnach sieben Boote mit durchschnittlich 53 Insassen gezählt. Im Gesamtjahr 2022 kamen mehr als 45.000 Menschen über die Meeresenge zwischen Frankreich und England – so viele wie nie zuvor.

Der Kampf gegen die illegale Einwanderung ist einer der Schwerpunkte der konservativen Regierung in London. Sie versucht, die Migranten mit allen Mitteln abzuhalten. Im vergangenen Jahr hatte Großbritannien etwa ein Gesetz verabschiedet, mit dem Asylbewerber ins ostafrikanische Ruanda geschickt werden sollten. Derzeit ist das Vorhaben jedoch von der britischen Justiz blockiert. Ein neues, international kritisiertes Gesetzesvorhaben sieht vor, über den Ärmelkanal ankommende Migranten davon abzuhalten, Asyl zu beantragen. Doch auch mit ihrer verschärften Migrationspolitik hat die britische Regierung bisher Probleme, die Einreisewilligen abzuschrecken.

»Es gibt viel zu wenige sichere, legale Routen«

Dies spiegelt sich auch in den nun veröffentlichten hohen Zahlen von Bootsmigranten, die es von Frankreich aus über den Ärmelkanal nach Großbritannien schaffen wollen. »Die europäischen Länder, darunter auch Großbritannien, haben es immer wieder versäumt, ein humanes, kohärentes und wirksames Konzept zur

Mehr als 10.000 Migranten haben 2023 den Ärmelkanal überquert

Bewältigung der Herausforderungen zu entwickeln, die sich aus der irregulären Migration ergeben«, so kommentierte die britische Sonntagszeitung »The Observer« die Migrationspolitik der europäischen Staaten.

»Nach dem Zustrom von 2015/16 schloss die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel ein einzigartiges Abkommen mit der Türkei, um die Flüchtlingsströme einzudämmen.« Ein darauffolgendes Abkommen mit Libyen habe weder Missbräuche in Internierungslagern noch neue Überfahrten verhindert. Brüssel erörtere nun Zahlungen an Tunesien. Und: »Großbritannien hat eine Vereinbarung mit Ruanda getroffen, die gegen internationales Recht verstößt.«

Insgesamt, so das Fazit des Kommentars, scheiterten die Bemühungen, diese gefährlichen Fahrten im Mittelmeer und im Ärmelkanal zu unterbinden. »Die Zahl der Überfahrten und der Todesfälle ist in diesem Jahr gestiegen. Es gibt viel zu wenige sichere, legale Routen. Und es mangelt an internationaler Koordinierung.«

Zuletzt war vor der Küste Griechenlands zu sehen, was all das für Folgen haben kann: Seit dem Untergang eines Fischkutters am Mittwochmorgen werden mehrere Hundert Menschen vermisst, die Internationale Organisation für Migration (IOM) rechnet mit bis zu 500 Toten.

jus/dpa/AFP

Graphic

AFP or licensors - Gefährliche Reise über den Ärmelkanal (im April 2023): Im vergangenen Jahr kamen mehr als 45.000 Menschen über die Meeresenge zwischen Frankreich und England so viele wie nie zuvor

Load-Date: June 18, 2023

End of Document

USA wollen Migrationszentren in Kolumbien und Guatemala eröffnen

SPIEGEL ONLINE

27. April 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Einwanderungspolitik

Length: 588 words

Byline: Nicola Abé

Highlight: Um einen starken Andrang an der US-Grenze zu verhindern, stellt die Biden-Regierung neue Maßnahmen im Kampf gegen illegale Einwanderer vor. Die pandemiebedingten Einschränkungen für Migranten enden am 11. Mai.

Body

Die USA eröffnen im Kampf gegen die illegale Einwanderung Migrationszentren in Kolumbien und Guatemala. In den sogenannten Regionalen Bearbeitungszentren sollen Menschen, die in die USA wollen, mit Einwanderungsspezialisten sprechen und Einreiseanträge stellen können, wie das US-Außenministerium am Donnerstag mitteilte. Damit sollten die »irreguläre Migration« begrenzt und »sichere, geordnete, humane und legale Wege« in die USA geschaffen werden.

Zugleich sollen die Maßnahmen gegen illegale Grenzübertritte verschärft werden, wie das Außenministerium in Washington weiter mitteilte. Geplant ist unter anderem ein härteres Vorgehen gegen Menschenhändler. Wer beim Versuch erwischt wird, illegal die Grenze zwischen Mexiko und den USA zu überqueren, wird nach der Abschiebung mit einer fünfjährigen Einreisesperre belegt.

Mit diesem Katalog an Maßnahmen soll der erwartete Andrang an der Grenze zwischen Mexiko und den USA abgeschwächt werden, denn die pandemiebedingten Einschränkungen für Migrantinnen und Migranten sollen am 11. Mai aufgehoben werden. Die Biden-Regierung hatte in der Vergangenheit bereits mehrfach gewarnt, dass das Ende der Restriktionen nicht bedeute, dass Menschen dann in die USA kommen könnten. Nun will sie verhindern, dass sich Tausende auf den oft gefährlichen Weg machen.

Die Flüchtlings- und Einwanderungspolitik ist eines der umstrittensten innenpolitischen Themen in den USA. Jahr für Jahr versuchen Hunderttausende Menschen aus Süd- und Mittelamerika, über Mexiko in die USA zu gelangen. US-Präsident Joe Biden hatte sein Amt mit dem Versprechen angetreten, eine Abkehr von der harten Politik seines Vorgängers Donald Trump einzuleiten. Doch Organisationen, die sich für Menschenrechte von Geflüchteten einsetzen, kritisierten das weiterhin strikte Vorgehen an der Grenze.

Allerdings stellt die Ankunft von zahlreichen Migrantinnen und Migranten aus Ländern wie Guatemala, Honduras, El Salvador und Venezuela die US-Behörden in den Gebieten an der Grenze zu Mexiko vor riesige Herausforderungen. Die oppositionellen Republikaner sprechen von einer Grenzkrise und werfen Präsident Biden vor, unkontrolliert Menschen ins Land zu lassen und damit den USA zu schaden.

USA wollen Migrationszentren in Kolumbien und Guatemala eröffnen

In den vergangenen Jahren hatten die USA unter Verweis auf die Coronapandemie eine strikte Grenzpolitik durchgesetzt. Eine im März 2020 unter Trump eingesetzte und als Title 42 bekannte Regelung schrieb vor, dass an der Grenze zu Mexiko aufgegriffene Migrantinnen und Migranten umgehend abgewiesen werden. Unter Titel 42 können die Grenzbeamten Menschen binnen weniger Stunden abschieben, ohne dass diese auch nur einen Asylantrag stellen können. Seit März 2020 wurden in mehr als 2,8 Millionen Fällen Menschen unter Titel 42 aus den USA abgeschoben.

Die Biden-Administration versucht nun eine Art Mittelweg zu gehen. Wenn allerdings nun eine hohe Anzahl an Geflüchteten zur Grenze drängt, dürfte das schwierig werden ob die geplanten Migrationszentren den Andrang wirklich verringern können, bleibt abzuwarten.

Sie sollen vorerst in Kolumbien und Guatemala stationiert sein, allerdings sollen weitere Standorte in anderen Ländern folgen. Es ist vorgesehen, dass sie von Internationalen Organisationen verwaltet werden. Die Migrantinnen und Migranten sollen sich an diese Zentren wenden, anstatt ihren Weg in Richtung US-Grenze zu beginnen oder fortzusetzen. Sie können telefonisch einen Termin vereinbaren. Es soll über Asyl informiert werden, aber auch über andere Möglichkeiten der Einwanderung in die USA und in andere Länder.

abe

Graphic

REUTERS - Migrantinnen und Migranten nach der Überquerung des Grenzflusses Rio Bravo in Ciudad Juarez

REUTERS - Eine geflüchtete Familie überquert den Rio Bravo in Ciudad Juarez an der Grenze zu den USA

Load-Date: April 27, 2023

Was Merz noch verschweigt

SPIEGEL ONLINE

29. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Asylbewerber beim Zahnarzt

Length: 286 words

Byline: Stefan Kuzmany

Highlight: Warum die Aufregung über die Kritik von Friedrich Merz (CDU) an einer ungerechten Besserstellung von Asylbewerbern? In Wahrheit ist doch alles noch viel schlimmer.

Body

Mit überzogener Empörung reagieren politische Gegner auf die jüngste Klartext-Ansage von Friedrich Merz. In einer Talksendung von »Welt TV« hatte der CDU-Chef eine ungerechte Besserstellung von Asyl-suchenden kritisiert: »Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen. Und die deutschen Bürger nebendran kriegen keine Termine.« Jetzt wird dem rechtschaffenen Politiker Populismus unterstellt. Seine eigene Partei schnitt den Satz zwischenzeitlich sogar aus einem CDU-Video.

Warum die Aufregung? Merz Fehler war lediglich, nicht die ganze Wahrheit ausgesprochen zu haben. Die ist noch viel schlimmer.

Die Migranten schnappen den Einheimischen nicht nur Zahnarzttermine weg, sondern beanspruchen wertvolle Plätze in Asylbewerberheimen und in den Schlangen vor Ausländerämtern. Mit ihren ausufernden Telefonaten in die Heimat blockieren sie wichtige Fernleitungen, mit jeder Mail, die sie verschicken, saugen sie deutsches Datenvolumen weg. Sie verbrauchen deutsches Grundwasser, deutsche Atemluft und deutsches Toilettenpapier. Mit ihren rühr-seligen Kriegs-, Armuts- und Verfolgungs-erzählungen machen sich die Flüchtlinge in den Medien interessant und verdrängen etwa die Probleme deutscher Privatflieger aus dem öffentlichen Diskurs.

Warum wird darüber nicht berichtet? Und weshalb hat eigentlich noch niemand genau überprüft, woran es wirklich liegt, dass so viele Flüchtlingsboote im Mittelmeer untergehen? Es ist zwar noch nicht bewiesen, aber vielleicht liegt es am Gewicht der Goldbarren, die sie unter Deck gebunkert haben. Darum müsste sich Merz mal kümmern!

Es gibt wahrlich Probleme mit Asylbewerbern. Zum Glück wird Friedrich Merz sie alle lösen, wenn er endlich mit der AfD an die Regierung kommt.

Graphic

Was Merz noch verschweigt

EPA

Load-Date: September 29, 2023

End of Document

London zieht Kabinettsmitglied für Asyl-Abstimmung von Klimagipfel ab

SPIEGEL ONLINE

12. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Sorge vor Niederlage

Length: 362 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: Das britische Parlament stimmt am Abend über das umstrittene Asylgesetz ab, aber Premier Rishi Sunak fehlt der Rückhalt in seiner Partei. Um sich Stimmen zu sichern, hat er nun den Klima-Staatssekretär von der COP28 abbeordert.

Body

Um eine drohende Niederlage bei der Abstimmung zum Asylgesetz an diesem Abend im Parlament zu vermeiden, hat die britische Regierung den Chef ihrer Delegation bei der Weltklimakonferenz in deren heißer Abschlussphase abberufen. Klima-Staatssekretär Graham Stuart habe die COP28 in Dubai verlassen, um an der Abstimmung über den Gesetzentwurf zum Ruanda-Asylpakt am Abend teilzunehmen, meldete die britische Nachrichtenagentur PA unter Berufung auf den Regierungssitz 10 Downing Street. Stuart werde aber anschließend zur Klimakonferenz zurückkehren, hieß es demnach.

Das Parlament in London begann am Nachmittag mit der Debatte zur zweiten Lesung eines von der Regierung eilig vorgelegten Gesetzentwurfs. Premierminister Rishi Sunak will mit dem Gesetz seinen vom Obersten Gericht für rechtswidrig erklärten Asylpakt mit Ruanda retten. Doch ihm fehlt es an Rückhalt in seiner eigenen Partei.

Tories und Labourpartei kritisieren Sunak

Um Migranten abzuschrecken, will London irregulär eingereiste Ankömmlinge künftig ohne Prüfung ihres Asylantrags und ungeachtet ihrer Herkunft nach Ruanda schicken. Sie sollen stattdessen dort um Schutz ersuchen eine Rückkehr nach Großbritannien ist nicht vorgesehen. Die Regierung in London will nun Ruanda per Gesetz zum sicheren Drittland erklären. Der britische Supreme Court hatte jedoch Bedenken wegen des ruandischen Asylverfahrens geltend gemacht. Damit Betroffene nicht vor britischen Gerichten klagen können, werden britische Menschenrechte in dem neuen Gesetz ausdrücklich ausgeschlossen.

Sunak hat einen Stopp der irregulären Migration zum zentralen Anliegen seiner Regierung gemacht, doch sowohl aus der eigenen Partei als auch aus der Opposition hagelt es Kritik an seiner Politik.

Dem rechten Tory-Flügel ging der Entwurf nicht weit genug. Er fordert den Ausstieg aus der Europäischen Menschenrechtskonvention, damit Asylsuchende auch nicht mehr vor internationalen Gerichten klagen können. Erst vergangene Woche ist daher der Staatsminister für Migration, Robert Jenrick, von seinem Posten zurückgetreten.

London zieht Kabinettsmitglied für Asyl-Abstimmung von Klimagipfel ab

Die Oppositionspartei Labour hingegen kritisiert die Ruanda-Pläne als Symbolpolitik, die an den Ursachen vorbeigehe.

czl/dpa

Load-Date: December 13, 2023

End of Document

Britisches Parlament stimmt für umstrittenes Abschiebengesetz

SPIEGEL ONLINE

12. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Migrationspolitik

Length: 420 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: Bis zuletzt kämpfte Premier Rishi Sunak um die Stimmen der Tory-Fraktion für sein Asylgesetz. Es sieht Abschiebungen nach Ruanda vor. Nun hat das britische Unterhaus das Vorhaben abgesegnet im zweiten Anlauf.

Body

Im Streit über den britischen Asylpakt mit Ruanda hat sich Premierminister Rishi Sunak mit seinem Plan im Parlament durchgesetzt. Die Abgeordneten stimmten in zweiter Lesung mehrheitlich für einen eilig eingebrachten Gesetzentwurf der Regierung, durch den der vom Obersten Gericht für rechtswidrig erklärte Asylpakt mit Ruanda gerettet werden soll.

Zuvor hatte es große Zweifel gegeben, ob Sunak die erforderliche Mehrheit hinter sich bringen könnte. Sowohl der rechte als auch der linke Flügel seiner Partei hatten große Vorbehalte gegen das Gesetzesvorhaben. Für den Gesetzentwurf stimmten schließlich 313 Abgeordnete, dagegen 269.

Um Migranten abzuschrecken, will London irregulär eingereiste Ankömmlinge künftig ohne Prüfung ihres Asylantrags und ungeachtet ihrer Herkunft nach Ruanda schicken. Sie sollen stattdessen dort um Schutz ersuchen. Eine Rückkehr nach Großbritannien ist nicht vorgesehen. Der britische Supreme Court hatte jedoch Bedenken wegen des ruandischen Asylverfahrens geltend gemacht und den Plan Mitte November für rechtswidrig erklärt.

Um diese Sorgen auszuräumen, will die Regierung in London nun Ruanda per Gesetz zum sicheren Drittland erklären und gleichzeitig den Rechtsweg in Großbritannien unter Berufung auf Menschenrechte ausschließen. Kritiker, auch aus seiner eigenen Partei, warfen Sunak vor, damit Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit außer Kraft zu setzen. Anderen ging der Vorstoß nicht weit genug. Sie forderten, auch den Gang vor internationale Gerichte per Gesetz auszuschließen.

Frühstück mit Parteirebellen

Noch Stunden vor der Abstimmung arbeitete Sunak daran, potenzielle Rebellen seiner Konservativen Partei umzustimmen. Der konservative Regierungschef empfing etwa 20 Mitglieder des rechten Flügels zu einem Frühstück in der Downing Street. Am Vorabend hatten etwa 40 Abgeordnete ultimativ gefordert, Sunak müsse das neue Abschiebengesetz deutlich verschärfen, was wiederum die moderateren Mitglieder ablehnen. Innenminister

Britisches Parlament stimmt für umstrittenes Abschiebengesetz

James Cleverly und Außenminister David Cameron warben in konservativen Zeitungen mit Nachdruck für das Gesetz.

Dem rechten Tory-Flügel ging der Entwurf nicht weit genug. Er fordert den Ausstieg aus der Europäischen Menschenrechtskonvention, damit Asylsuchende auch nicht mehr vor internationalen Gerichten klagen können. Erst vergangene Woche war daher der Staatsminister für Migration, Robert Jenrick, von seinem Posten zurückgetreten.

Die Oppositionspartei Labour hingegen kritisiert die Ruanda-Pläne als Symbolpolitik, die an den Ursachen vorbeigehe.

sol/czl/dpa

Load-Date: December 13, 2023

End of Document

SPD-Migrationsexperte will freiwillige Flüchtlingsaufnahme aussetzen

SPIEGEL ONLINE

24. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Hilfe für EU-Mittelmeerstaaten

Length: 367 words

Byline: Wolf Wiedmann-Schmidt

Highlight: Viele Gemeinden und Städte kommen bei der Unterbringung von **Flüchtlingen** an ihre Grenzen. Um sie zu entlasten, gibt es aus der SPD Forderungen, den EU-Solidaritätsmechanismus auszusetzen.

Body

Der SPD-**Migrationsexperte** Lars Castellucci drängt nach SPIEGEL-Informationen auf eine Entlastung der Städte und Gemeinden bei der Aufnahme von **Geflüchteten**. In einem Positionspapier schlägt der Vizevorsitzende des Innenausschusses im Bundestag ein zweistufiges Verfahren vor. Wer nicht schutzbedürftig sei, solle »gar nicht erst auf die Kommunen verteilt werden« sondern nur diejenigen, denen bereits ein Aufenthaltsrecht zugesprochen worden sei.

Gleichzeitig müssten die Asylverfahren beschleunigt und Abschiebungen von Ausländern ohne Bleiberecht forciert werden. »Die gesetzlichen Möglichkeiten müssen konsequent genutzt werden, etwa unter verstärkter Einbeziehung der Bundespolizei bei der Rückführung von Straftätern und Gefährdern«, heißt es in dem Papier.

Außerdem will Castellucci den im vergangenen Jahr eingeführten EU-Solidaritätsmechanismus aussetzen. Er soll vor allem die Mittelmeerländer entlasten. In der aktuellen Lage führe dieser »zu einer noch ungleicheren Verteilung in Europa«, heißt es in dem Papier des SPD-Politikers, und werde so ad absurdum geführt. »So nimmt etwa Deutschland, das bereits rund eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer aufgenommen hat, Geflüchtete aus Italien auf. Gemessen an der Bevölkerungszahl habe Italien aber nur eine verschwindend geringe Anzahl ukrainischer Geflüchteter aufgenommen.«

Um Städten und Gemeinden finanziell zu helfen, schlägt der SPD-Politiker vor, sie bei ihren Altschulden zu entlasten. »Der Investitionsrückstand in den Kommunen beträgt 160 Milliarden Euro«, heißt es in dem Papier. »Sie sind generell unterfinanziert.«

Innenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte Mitte Februar Vertreter der Kommunen zu einem Flüchtlingsgipfel nach Berlin eingeladen. Konkrete Ergebnisse gab es bei dem Treffen nicht. Vier Arbeitsgruppen sollen nun bis Ostern Vorschläge ausarbeiten. Über die Finanzen werden Kanzler Olaf Scholz (SPD) und die Ministerpräsidenten der Länder separat verhandeln.

SPD-Migrationsexperte will freiwillige Flüchtlingsaufnahme aussetzen

Deutschland hat im vergangenen Jahr neben einer Million Geflüchteter aus der Ukraine rund 220.000 Asylsuchende aufgenommen. Etwa die Hälfte kommt aus Syrien oder Afghanistan. Im Januar setzte sich der Trend fort: Fast 30.000 weitere Männer und Frauen beantragten Asyl.

wow

Graphic

dpa - Flüchtlingsunterkunft im hessischen Bensheim

Load-Date: February 24, 2023

End of Document

Grüne Jugend kritisiert Migrationsbeschluss der Ampel

SPIEGEL ONLINE

11. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Einigung zwischen Scholz, Habeck, Lindner

Length: 422 words

Byline: Jonas Schaible

Highlight: Die Bundesregierung will Abschiebungen erleichtern und zugleich Arbeitsbeschränkungen aufheben. Harsche Kritik kommt von der Jugendorganisation der Grünen. Die stößt sich vor allem an einem Satz aus dem Migrationsbeschluss.

Body

Die Grüne Jugend reagiert mit heftiger Kritik auf die Einigung der Koalitionsspitzen auf ein Migrationspaket. »Die Bundesregierung tritt Menschlichkeit mit Füßen. Das ist der völlig falsche Weg, um auf die Wahlerfolge der AfD zu reagieren. Die Beschlüsse strotzen nur so vor menschlicher Entrechtung«, sagte der Vorsitzende der Grünen Jugend, Timon Dzienus dem SPIEGEL.

Nach einer Einigung zwischen Kanzler Olaf Scholz(SPD), Vizekanzler Robert Habeck(Grüne) und Finanzminister Christian Lindner(FDP) bereitet das Kabinett jetzt unter anderem ein Gesetz vor, das Abschiebungen erleichtern soll. Im Gegenzug sollen es Flüchtlinge künftig leichter haben, zu arbeiten.

Asylbewerber in Sammelunterkünften sollen demnach künftig nach sechs statt nach neun Monaten eine Arbeit aufnehmen können. Für Menschen, die aus sogenannten sicheren Herkunftsländern kommen oder ihre Identität verschleiert haben, soll das demnach nicht gelten. »Geduldete« Personen sollen künftig im Regelfall eine Beschäftigungserlaubnis erhalten.

»Es ist zynisch, an Arbeitsverboten festzuhalten und gleichzeitig einen Arbeitszwang zu begrüßen«, sagte Dzienus. »Diese Vorschläge der Koalitionsspitzen dürfen so nicht umgesetzt werden. Sie sind entwürdigend und verfassungswidrig. Die Arbeitsverbote müssen weg, der Arbeitszwang darf nicht kommen!«

Dzienus bezieht sich auf einen Satz im Beschluss der Koalition: »Die Bundesregierung begrüßt die Vorschläge aus dem Länderkreis, dass Länder und Kommunen arbeitsfähigen Geflüchteten spätestens nach ihrer Zuweisung aus der Erstaufnahmeeinrichtung an die Kommunen geeignete Arbeitsgelegenheiten zuweisen und Kommunen arbeitsfähige Geflüchtete zu geförderter, gemeinnütziger (sic) Arbeiten heranziehen.«

Die Formulierung, wonach die Regierung die Vorschläge begrüße, ist vage. Sie lässt erkennen, dass daraus wohl zunächst nichts Konkretes folgen wird. Aber sie bejaht die Idee ohne Einschränkung.

Grüne Jugend kritisiert Migrationsbeschluss der Ampel

Auch in der Frage der Abschiebungen übt die Grüne Jugend Kritik. Um Abschiebungen zu erleichtern, sollen diese laut der Einigung vorab nicht mehr angekündigt werden. Die Maximaldauer von Abschiebehaft soll erhöht werden.

»Die Ausweitung der Abschiebehaft und die Einschränkung rechtsstaatlicher Prinzipien bei Abschiebungen werden den aufnehmenden Kommunen kein Stück weiterhelfen«, sagte dazu der Vorsitzende der Grünen Jugend. »Die Koalition muss endlich echte Lösungen vorlegen. Dazu gehören eine ausreichende Finanzierung von Sprach- und Integrationskursen sowie dezentrale Unterbringungen und die Versorgung von Geflüchteten.«

Graphic

picture alliance/dpa - Grüne-Jugend-Chef Dzienus: Vorschläge sind »entwürdigend und verfassungswidrig«

Load-Date: October 11, 2023

End of Document

Niederländische Regierung unter Rutte tritt zurück

SPIEGEL ONLINE

07. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Streit über Asylpolitik

Length: 329 words

Byline: Anika Freier

Highlight: Die niederländische Regierungskoalition von Ministerpräsident Rutte konnte sich nicht auf eine strengere Einwanderungspolitik einigen und ist daran zerbrochen. Nun wird wohl im November neu gewählt.

Body

Der niederländische Premier Mark Rutte hat den Rücktritt seiner Regierung erklärt. Die Unterschiede bei den vier Koalitionsparteien in der **Migrationspolitik** seien unüberbrückbar gewesen, sagte der Premier am Abend in Den Haag. Er wollte noch am selben Abend König Willem-Alexander schriftlich den Rücktritt des Kabinetts anbieten. Er bedauerte diesen Schritt, aber dies sei »eine politische Realität«. Der nächste Schritt sei die Ausrufung von Neuwahlen. Diese dürften nicht vor Mitte November stattfinden, wie die Nachrichtenagentur ANP unter Berufung auf den Wahlausschuss berichtete.

Die Vier-Parteien-Koalition von Rutte war die vierte Regierung unter seiner Führung. Der jüngste Streit ging früheren Medienberichten zufolge auf einen Vorstoß der konservativen VVD-Partei von Rutte zurück. Zwei Juniorparteien weigerten sich, Flüchtlingsfamilien die Zusammenkunft zu erschweren. Mehr dazu lesen Sie hier.

Die Asylanträge in den Niederlanden stiegen im vergangenen Jahr um ein Drittel auf über 46.000 und dürften in diesem Jahr auf mehr als 70.000 ansteigen – ein neuer Höchststand seit 2015. Dies dürfte eine deutliche Belastung für die Asyleinrichtungen des Landes darstellen. Im vergangenen Jahr waren Hunderte von Flüchtlingen monatelang gezwungen, im Freien zu schlafen, mit wenig oder gar keinem Zugang zu Trinkwasser, sanitären Einrichtungen oder Gesundheitsversorgung. Rutte hatte angekündigt, die Bedingungen in den Einrichtungen insbesondere durch die Reduzierung der Flüchtlingszahlen zu verbessern.

Die niederländische Regierung stritt seit ihrem Amtsantritt vor anderthalb Jahren über das Thema. Im vergangenen Jahr kam es zu einem Skandal, als in einem überfüllten Asylzentrum ein Baby starb und hunderte Menschen im Freien schlafen mussten. Rutes vorherige Regierung war 2021 nach einer Affäre um Kindergeldzuschläge zurückgetreten. Der 56-Jährige war seit 2010 Regierungschef und damit der am längsten amtierende Ministerpräsident der Niederlande.

ani/dpa/Reuters

Graphic

IMAGO/ANP - Mark Rutte (Bild von 2022)

Load-Date: July 7, 2023

End of Document

Auswärtiges Amt besorgt über Bericht von saudisch-jemenitischer Grenze

SPIEGEL ONLINE

21. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Mutmaßliche Tötung von Migranten

Length: 336 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: Das Auswärtige Amt hat auf Vorwürfe von Human Rights Watch reagiert, demzufolge Saudi-Arabien Hunderte Migranten an der Grenze zum Jemen erschossen haben soll. Man spreche regelmäßig miteinander »auch über Menschenrechtsfragen.«

Body

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) hat einen Bericht veröffentlicht, in dem Saudi-Arabien vorgeworfen wird, Grenzschutzbeamte hätten über die letzten Monate Hunderte äthiopische Migranten und Asylsuchende getötet.

Das Auswärtige Amt in Berlin reagierte auf den Bericht. »Wir sind sehr besorgt über die dort aufgeführten massiven Vorwürfe«, sagte eine Sprecherin des deutschen Außenministeriums. Man verfüge aber über keine eigenen Erkenntnisse zu den in dem Bericht geäußerten Vorwürfen. Die Äthiopier sollen beim Versuch, die saudisch-jemenitische Grenze zu überqueren, getötet worden sein.

Das Auswärtige Amt bemühe sich im Gespräch mit den internationalen Partnern, solche Sorgen vorzubringen, sagte die Sprecherin weiter. Über Details wollte sie der Nachrichtenagentur dpa keine Auskunft geben, ergänzte aber: »Das Auswärtige Amt spricht sehr regelmäßig mit Saudi-Arabien, auch über Menschenrechtsfragen.«

Augenzeugen berichten von Leichenbergen entlang der Migrationsroute

Laut aktuellem HRW-Bericht sollen an der saudisch-jemenitischen Grenze Hunderte Menschen aus nächster Nähe erschossen worden sein, darunter auch Kinder. In dem Bericht wurde der Zeitraum von März 2022 bis Juni 2023 untersucht. Aktuelle Untersuchungen von HRW deuteten aber darauf hin, dass die Tötungen weiterhin stattfinden.

Der Bericht beruht auf 38 Zeugeninterviews sowie Satellitenbildern und in Onlinenetzwerken veröffentlichten Aufnahmen.

Augenzeugen berichteten den HRW-Menschenrechtsaktivisten nun von Leichenbergen entlang der Migrationsroute. »Wenn die saudisch-arabischen Sicherheitsbeamten eine Gruppe (Migranten) sieht, schießen sie ununterbrochen«, sagte eine der Überlebenden den Helfern. Einschätzungen der Menschenrechtsorganisation zufolge hätten die saudisch-arabischen Beamten Hunderte »möglicherweise Tausende« Migranten in dem

Auswärtiges Amt besorgt über Bericht von saudisch-jemenitischer Grenze

Grenzgebiet getötet. Asylsuchende und Migranten sagten, die Route zwischen dem Jemen und Saudi-Arabien sei »voll von Missbrauch« und unter der Kontrolle von Menschenhändlern.

czl/dpa

Graphic

TikTok / Human Rights Watch - Die Bildschirmaufnahme eines Videos zeigt Migranten im Dezember 2022 an der Grenze zu Saudi-Arabien

Load-Date: August 21, 2023

End of Document

Tory-Regierung droht Anwälten bei Fälschung von Asylanträgen mit lebenslanger Haft

SPIEGEL ONLINE

08. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Einwanderung nach Großbritannien

Length: 306 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: London plant härtere Maßnahmen gegen Anwälte, die Migranten bei der Fälschung von Asylanträgen helfen. Kritiker fordern die Konservativen auf, sich besser um den Rückstau der Verfahren zu kümmern.

Body

Die britische Regierung will schärfer gegen Anwälte vorgehen, die Migranten bei der Fälschung von Asylanträgen helfen. Rechtsbeistände, die Migranten beraten, wie sie auf betrügerische Weise im Land bleiben, könnten wegen Unterstützung der illegalen Einwanderung zu lebenslanger Haft verurteilt werden. Das kündigten das Innenministerium und das Justizministerium in London an.

»Betrügerische Einwanderungsanwälte müssen ausgemerzt und vor Gericht gestellt werden«, sagte Innenministerin Suella Braverman. Die große Mehrheit handele integer. »Aber wir wissen, dass einige lügen, um illegalen Einwanderern dabei zu helfen, das System auszutricksen«, so die konservative Hardlinerin weiter.

Zuvor hatte die britische Zeitung »Daily Mail« berichtet, dass mehrere Anwälte einem Undercover-Reporter geholfen hätten, gegen Tausende Pfund Gebühr einen falschen Asylantrag zu stellen.

Kritik von Anwaltsverband

Kritiker warfen der Regierung hingegen populistischen Aktionismus vor. Der Branchenverband Law Society betonte, die nötigen Gesetze seien bereits in Kraft. Die Regierung solle sich eher um den »erheblichen« Rückstau bei Asylanträgen kümmern, anstatt sich auf »eine winzige Minderheit von Anwälten« zu konzentrieren.

Auch bei der kontroversen Unterbringung von Migranten auf einem Lastkahn vor der südenglischen Küste verschärft die Regierung den Ton. Nachdem sich etwa 20 Männer mit anwaltlicher Hilfe gegen den Umzug auf das dreistöckige Boot »Bibby Stockholm« gewehrt hatten, forderte das Innenministerium sie ultimativ zur Übersiedlung auf den Kahn auf, wie der Sender Sky News berichtet. Ansonsten könne ihnen staatliche Unterstützung entzogen werden, hieß es demnach vom Innenministerium. Am Montag waren die ersten 15 Asylsuchenden auf der »Bibby Stockholm« angekommen. Insgesamt sollen dort 500 Menschen untergebracht werden.

czl/dpa

Graphic

AFP - Großbritanniens Innenministerin Suella Braverman

Load-Date: August 8, 2023

End of Document

»Die Überlebenden fragen ständig nach den Vermissten«

SPIEGEL ONLINE

15. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Was über das Bootsunglück bekannt ist

Length: 1179 words

Byline: Sabrina Knoll

Highlight: Ein völlig überfülltes Fischerboot ist vor der griechischen Küste gesunken, hunderte Geflüchtete sind wohl umgekommen. Die Angaben zur Ursache und Hergang des Unglücks widersprechen sich. Der Überblick.

Body

Was ist passiert?

Bei einem schweren Bootsunglück im Mittelmeersind vermutlich Hunderte Menschen ums Leben gekommen, als ein heillos überfülltes Fischerboot am Mittwochmorgen vor der südwestlichen Küste Griechenlands kenterte und unterging. Bis zum Morgen wurden nur 104 Menschen gerettet. »Weder Überlebende noch weitere Opfer wurden in der Nacht entdeckt«, sagte ein Sprecher der griechischen Küstenwache im Rundfunk.

Wie viele Menschen waren an Bord?

Die tatsächliche Zahl der Todesopfer geben die griechischen Behörden inzwischen mit mehr als 500 an, verweisen aber auch darauf, dass es wohl nie Gewissheit geben wird. Nach Aussagen von Geretteten könnten mehr als 700 Menschen aus Syrien, Pakistan, Afghanistan und Ägypten an Bord des Kutters gewesen sein. Bilder der Küstenwache zeigen das völlig überfüllte Boot Stunden, bevor es sank. Darauf ist zu sehen, dass sich allein an Deck des Bootes bis zu 200 Menschen drängten. Die meisten trugen keine Rettungswesten. Auszumachen sind zudem ein weiteres Zwischendeck und der Rumpf. Dort sollen sich die übrigen Passagiere, darunter nach Angaben der Überlebenden schwangere Frauen und viele Kinder, aufgehalten und beim schnellen Sinken des Bootes keine Chance gehabt haben, sich nach draußen zu retten.

Schiffe der Küstenwache und Kriegsmarine brachten bis zum Morgen die Leichen von 78 Menschen zum südgriechischen Hafen von Kalamata. Die Küstenwache korrigierte am Donnerstag ihre Angaben vom Vortag, wonach es zwischenzeitlich 79 Tote waren. Die Überführung der Toten nach Athen sei angelaufen, wie der Staatssender ERT berichtete. Dort sollen DNA-Proben genommen werden, um die Menschen zu identifizieren.

Die 104 Überlebenden wurden offiziellen Angaben zufolge zunächst in Zelten im Hafen von Kalamata untergebracht und sollen am Donnerstag und Freitag in ein Flüchtlingslager nahe Athen gebracht werden. 26 von ihnen hätten im Krankenhaus hauptsächlich wegen Unterkühlung behandelt werden müssen, teilten die Behörden mit.

»Die Überlebenden fragen ständig nach den Vermissten«

»Die Überlebenden befinden sich in einer sehr schwierigen Situation. Im Moment stehen sie unter Schock«, sagte Erasmia Roumana, Leiterin einer Delegation des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR), nachdem sie die Geretteten getroffen hat. »Sie wollen sich mit ihren Familien in Verbindung setzen, um ihnen zu sagen, dass es ihnen gut geht, und sie fragen ständig nach den Vermissten. Viele haben Freunde und Verwandte, die nicht auffindbar sind.«

Wie kam es zu dem Unglück?

Darüber gibt es unterschiedliche Informationen. Nach Angaben der Geretteten war das 30 Meter lange Fischerboot von der libyschen Stadt Tobruk aus in See gestochen. Schon am Dienstag hatten italienische Behörden eigenen Angaben zufolge die griechischen Nachbarn über ein voll besetztes Fischerboot im griechischen Such- und Rettungsbereich informiert. Die griechische Küstenwache sagt, sowohl sie als auch vorbeifahrende Frachter hätten per Funk wiederholt Hilfe angeboten. Der Kapitän habe den Angaben zufolge jedoch abgelehnt und angegeben, nach Italien weiterreisen zu wollen.

Alarm Phone, eine Initiative, die Rufe von in Not geratenen Migrantenschiffen entgegennimmt, teilte indes mit, man habe Kontakt zu Menschen gehabt, die sich ihrer Meinung nach auf demselben Schiff befunden und verzweifelt um Hilfe gebeten hätten. Die Passagiere hätten zudem beobachtet, wie der Kapitän das Schiff auf einem Beiboot verlassen hatte, bevor es kenterte.

Da das Wetter verhältnismäßig ruhig gewesen sei, vermutet die Küstenwache als Ursache des Unglücks eine Panik an Bord. Man habe das Boot nach der Kontaktaufnahme weiterhin beobachtet und plötzlich abrupte Bewegungen wahrgenommen. Dann sei der Kutter gekentert und schnell gesunken. Weitere Angaben zu dieser Theorie machte die Küstenwache nicht.

Die Unglücksstelle liegt nahe der tiefsten Stelle im Mittelmeer, dem sogenannten Calypsotief, das rund fünf Kilometer bis zum Meeresboden reicht. Eine Bergung des Wracks dürfte damit so gut wie ausgeschlossen sein.

Wie gefährlich ist das Mittelmeer?

Das Unglück ist nur der jüngste Fall von Schmugglern, die Schiffe mit verzweifelten Menschen beladen, die bereit sind, ihr Leben zu riskieren, um das europäische Festland zu erreichen. Laut UNHCR ist die Reise von Libyen oder Tunesien durch das zentrale Mittelmeer nach Europa die tödlichste Migrationsroute der Welt. Neben der zentralen Mittelmeerroute wird auch die westliche Mittelmeerroute von Menschen genutzt, die von Marokko oder Algerien nach Spanien gelangen wollen. Die östliche Mittelmeerroute wird traditionell von syrischen, irakischen, afghanischen und anderen nicht-afrikanischen Migrantinnen und Migranten genutzt, die zunächst in die Türkei gelangen und dann versuchen, Griechenland oder andere europäische Ziele zu erreichen.

Griechenland hat die Kontrollen seiner Gewässer in den vergangenen Jahren massiv verschärft. Auch deshalb wählen Schleuser zunehmend gefährliche, lange Routen südlich an Griechenland vorbei direkt nach Italien, um von dort ihre Reise nach West- und Nordeuropa leichter fortsetzen zu können.

Seit Jahresbeginn galten bereits vor dem Unglück 1039 Menschen als vermisst. Die Zahl dürfte aber weit höher liegen, da einige Schiffsunglücke wohl nie registriert wurden. Seit 2014 sind nach UNO-Angaben mehr als 20.000 Menschen auf dem Mittelmeer gestorben. Im April 2015 verloren mehr als tausend Geflüchtete vor der libyschen Küste ihr Leben.

Die Vereinten Nationen mahnten nach dem Unglück erneut die Sicherheit von Fluchtrouten an. »Dies ist ein weiteres Beispiel für die Notwendigkeit, dass die Mitgliedstaaten zusammenkommen und geordnete, sichere Wege für Menschen schaffen, die zur Flucht gezwungen sind«, sagte Sprecher Stéphane Dujarric am Mittwoch in New York. In diesen Prozess müssten »Herkunftsländer, Transitländer und Bestimmungsländer« eingebunden sein.

Wie sieht die griechische Migrationspolitik aus?

Die meisten Migrantinnen und Migranten kommen aus der Türkei. Sie erreichen Griechenland entweder über die nahe gelegenen ostgriechischen Inseln oder überqueren den Fluss Mariza, der entlang der Landgrenze verläuft.

»Die Überlebenden fragen ständig nach den Vermissten«

Die Zahl der Überfahrten ist in den vergangenen Jahren stark zurückgegangen, da Griechenland nicht nur die Seepatrouillen verstärkt, sondern auch einen Grenzzaun entlang des Mariza errichtet hat. Doch das Land sieht sich immer wieder mit Vorwürfen konfrontiert, es schicke Geflüchtete über die Grenze zurück in die Türkei und hindere sie so illegal daran, Asyl zu beantragen. Athen hat dies wiederholt bestritten.

Wo steht die EU in der Frage der Migration?

Erst vergangene Woche hatten sich die Innenminister der EU-Staaten nach langen Verhandlungen darauf verständigt, dass die Asylverfahren in der EU wegen der Probleme mit illegaler Migration deutlich verschärft werden sollten. Unter anderem ist nun ein härterer Umgang mit Migranten ohne Bleibeperspektive vorgesehen. Auch sollen Asylverfahren in Zukunft an den Außengrenzen der EU also unter anderem in Griechenland abgewickelt werden. Die Einigung muss noch vom EU-Parlament bestätigt werden.

Lesen Sie hier mehr dazu: Europa schottet sich ab

sak/dpa/AP

Graphic

Hellenic Coast Guard / AP / dpa - Das völlig überfüllte Fischerboot, das später vor der Küste Südgriechenlands kenterte

Copyright 2023 The Associated Press. All rights reserved - Überlebende des Unglücks in Kalamata

dpa - Von dem Boot gerettete Menschen im griechischen Kalamata: Hunderte sind gestorben

Load-Date: June 15, 2023

Personalmangel wäre »ohne Flüchtlinge früher zutage getreten«

SPIEGEL ONLINE

02. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Chefin der Bundesagentur für Arbeit

Length: 323 words

Byline: Matthias Kaufmann

Highlight: Deutsche Firmen klagen, das sie zu wenig Personal finden. Ein Problem, dass sie ohne **Flüchtlinge** noch früher geplagt hätte, sagt die Chefin der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles.

Body

Der Zuzug einer großen Zahl von **Flüchtlingen** in den Jahren 2015 und 2016 hat nach Darstellung der Vorstandschefin der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles, zur Linderung des Personalmangels in Deutschland beigetragen. Der aktuell akute Arbeitskräftemangel der deutschen Wirtschaft wäre nach ihrer Ansicht ohne die **Flüchtlingsbewegung** deutlich früher und stärker spürbar geworden.

Das sagte die ehemalige SPD-Parteichefin am Rande eines Treffens mit Mitgliedern der SPD-Landtagsfraktion in München. »Angekündigt war er noch viel länger«, sagte Nahles.

In den Jahren 2015 und 2016 stellten mehr als eine Million Menschen aus Ländern wie Syrien und dem Irak Asylanträge in Deutschland. Im Juni 2022 waren der Statistik der Bundesagentur zufolge knapp 190.000 Menschen mit syrischer Staatsangehörigkeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Hinzu kommen mehr als 60.000 Menschen mit irakischer Staatsangehörigkeit.

Forscher des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) kamen 2020 in einer Studie zu dem Ergebnis, dass die Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt nach 2016 besser gelungen ist als bei früheren Wanderungsbewegungen. Etwa die Hälfte derjenigen, die mindestens vier Jahre in Deutschland geblieben sind, hatten auch einen Job. Defizite gab es der Untersuchung zufolge vor allem bei Frauen.

Kontroverse über Migration

Die aktuelle Migrationspolitik wird derzeit kontrovers diskutiert. Dem Arbeitskräftemangel in der Wirtschaft stehen Engpässe bei der Unterbringung und Finanzierung gegenüber. Vor allem Kommunen klagen über fehlende Quartiere für Neuankömmlinge.

Auch 2022 wurden in Deutschland 217.000 Erstanträge auf Asyl gestellt, etwa ein Drittel davon allein von Menschen aus Syrien. In dem Land tobt seit 2011 ein blutiger Bürgerkrieg. Die zweitgrößte Zahl von Anträgen kam von Menschen aus Afghanistan, gefolgt von der Türkei. Hinzu kommen rund eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine.

Personalmangel wäre »ohne Flüchtlinge früher zutage getreten«

mamk/dpa-AFX

Graphic

picture alliance/dpa - Nahles bei der Bekanntgabe der Arbeitsmarktzahlen vom Dezember

Load-Date: February 2, 2023

End of Document

Deutschland setzt freiwillige Aufnahme von Geflüchteten aus Italien aus

SPIEGEL ONLINE

13. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Streit über Migrationspolitik

Length: 555 words

Byline: Anna Ehlebracht

Highlight: Die Bundesregierung nimmt vorerst keine Migrantinnen und Migranten aus Italien mehr auf. Damit hebt sie den freiwilligen europäischen Solidaritätsmechanismus aus. Grund ist der Kurs der Regierung Meloni.

Body

Zwist zwischen Berlin und Rom: Deutschland nimmt vorerst keine Geflüchteten aus Italien mehr auf und setzt damit den freiwilligen europäischen Solidaritätsmechanismus aus. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums bestätigte einen entsprechenden Bericht der »Welt«. Grund sei demnach, dass sich die italienische Regierung weigere, Geflüchtete in Deutschland nach den Dublin-Regeln der Europäischen Union wieder zurückzunehmen.

Die Bundesregierung hat Italien den Angaben zufolge bereits Ende August über den Schritt informiert. Nach dem freiwilligen europäischen Solidaritätsmechanismus hat sich Deutschland bereit erklärt, EU-Staaten zu helfen, in denen derzeit besonders viele Migrantinnen und Migranten ankommen dazu gehört vor allem auch Italien.

Streit über »Dublin-Überstellungen«

Nach Angaben des Ministeriumssprechers leistet Deutschland dabei den größten Beitrag in der EU und hat die Aufnahme von insgesamt 3500 Menschen zugesagt. Bislang habe Deutschland über diesen Mechanismus aus anderen EU-Staaten mehr als 1700 Menschen aufgenommen, davon mehr als 1000 aus Italien. Insofern werde die Bundesregierung ihrer »humanitären Verantwortung gerecht«, hieß es.

Italien nehme allerdings »seit einiger Zeit« Menschen aus Deutschland, die nach den Dublin-Regeln zurückgeführt werden müssten, nicht mehr auf. Mit dem Verweis auf die »Dublin-Überstellungen« bezieht sich das Bundesinnenministerium auf das geltende EU-Asylrecht. Demnach sollen Asylsuchende, die unerlaubt in einen anderen Mitgliedstaat weiterziehen, in der Regel wieder in den Ersteinreisestaat zurückgebracht werden.

Dem Sprecher zufolge betrifft dies mehr als 12.400 Menschen, von denen zehn bislang nach Italien überstellt worden seien. Nach Informationen der »Welt« blockiert Italien seit einem Dreivierteljahr die Rücknahme von Schutzsuchenden vollständig.

Union sieht Beleg für verfehlte Migrationspolitik

Deutschland setzt freiwillige Aufnahme von Geflüchteten aus Italien aus

Alle EU-Staaten müssten ihren Verpflichtungen nachkommen, sagte der Sprecher. Sobald die italienische Regierung die Dublin-Regelungen wieder einhalte, könne auch der freiwillige europäische Solidaritätsmechanismus wieder aufgenommen werden.

Die Union wertete den Schritt des Ministeriums von Nancy Faeser (SPD) als Beleg für eine verfehlte Migrationspolitik der Bundesregierung. »Indem Frau Faeser die von ihr selbst ausgehandelte freiwillige Migrantenaufnahme aus Italien stoppt, muss sie letztlich ihr Scheitern eingestehen«, sagte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alexander Throm, der Nachrichtenagentur AFP.

Als Reaktion auf die Entscheidung des Außenministeriums forderte Italiens Außenminister Antonio Tajani eine europäische Lösung: »Immigration ist ein europäisches Problem. Es muss unter Beteiligung aller EU-Länder gelöst werden, und die EU-Institutionen müssen Teil der Lösung sein. Die Umsetzung der Abkommen mit den Herkunfts- und Transitländern muss beschleunigt werden«, schrieb der Forza-Italia-Politiker auf der Plattform X.

Deutlich polemischer äußerte sich der Fraktionschef in der Abgeordnetenversammlung der Partei Fratelli d'Italia von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni: »Italien kann nicht die erste Anlaufstelle und der einzige Gastgeber für eine Einwanderung sein, die inzwischen epochal ist. Entweder unternimmt Europa etwas, oder wir nehmen es selbst in die Hand«, schrieb er ebenfalls auf X.

aeh/col/AFP/Reuters

Load-Date: September 13, 2023

Verteilen Kanzler und Länder nur Arbeitsaufträge?

SPIEGEL ONLINE

09. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Streit vor Migrationsgipfel

Length: 694 words

Byline: Philipp Wittrock

Highlight: Kurz vor dem Bund-Länder-Gipfel zur Migration sind die Fronten verhärtet. Zwar gibt es einen neuen Beschlussentwurf. Doch in dem Papier bleiben entscheidende Fragen ungeklärt.

Body

Einen Tag vor dem Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt haben sich die Unterhändler von Bund und Ländern immer noch nicht darüber einigen können, ob die Bundesregierung mehr Geld zahlt oder nicht. Das geht aus einem gemeinsamen Entwurf hervor, der nach den Beratungen des Kanzleramtschefs mit den Staatskanzleichefs am Dienstag erstellt wurde. Über das Papier berichtete die Nachrichtenagentur Reuters. Auch dem SPIEGEL liegt der Entwurf vor.

Grundlage der Beratungen ist somit nun nicht mehr das Kanzleramtspapier, sondern der von den Ländern vorgelegte Entwurf, in den aber zahlreiche Positionen des Bundes aufgenommen wurden. Allerdings wurden zentrale Passagen des 16-seitigen Entwurfs als strittig gekennzeichnet – sie stehen in eckigen Klammern.

Die Länder fordern danach weiter zum einen die vollständige Erstattung der Kosten für Unterkunft und Heizung für Geflüchtete und zum anderen die Zahlung einer flüchtlingsbezogenen monatlichen Pro-Kopf-Pauschale. Zahlen werden nicht genannt. In einem Papier der Finanzministerkonferenz war am Sonntag aber eine nötige Pauschale in Höhe von rund 1000 Euro genannt worden.

Zudem soll sich der Bund an den Kosten für die Integration aller Geflüchteten und die Kosten für unbegleitete Minderjährige stärker beteiligen. Aufgenommen wurde dabei der Hinweis, dass der Bund für dieses Jahr über die nahezu vollständige Kostenübernahme für die ukrainischen Kriegsflüchtlinge und anerkannten Asylbewerber auch noch Ausgaben für Integrationsleistungen in Höhe von etwa 2,792 Milliarden Euro einkalkuliere. Zugleich betonen die Länder, dass dies noch nicht ausreiche, um die Kommunen zu entlasten.

Länder beharren auf »atmendem System«

Kanzler Olaf Scholz empfängt die 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten am Mittwoch im Kanzleramt. Diese wollen am Mittwochmorgen zunächst unter sich beraten. Der Bund argumentiert, dass er insgesamt 15,6 Milliarden Euro in diesem Jahr für Flüchtlingsbelange ausgibt, die eigentlich Zuständigkeiten der Länder und Kommunen sind. Die Länder verweisen dagegen auf die stark steigenden Asylbewerberzahlen und dauerhafte Belastungen etwa durch die ukrainischen Kriegsflüchtlinge. »Es bedarf eines Finanzierungsmodells, das der Höhe

Verteilen Kanzler und Länder nur Arbeitsaufträge?

nach angemessen ist und sich verändernden Flüchtlingszahlen anpasst (atmend System)«, heißt es deshalb in dem Papier.

In dem Entwurf wird auch eine mögliche Entwicklung der Verhandlungen am Mittwoch skizziert, nachdem es etliche Warnungen eines Scheiterns gab. Nun findet sich ein Vorschlag, dass die zuständigen Fachminister bis Ende Mai einen Umsetzungsvorschlag unterbreiten sollen. Kanzler und Länderchefs könnten demnach die zuständigen Fachministerkonferenzen bitten, »sich mit den folgenden und sonst vorliegenden Vorschlägen näher zu befassen und dem Bundeskanzler und den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bis Ende Mai einen Umsetzungsvorschlag zu unterbreiten«.

Der Bund argumentiert nicht nur, dass er ausreichend finanzielle Hilfe leiste. Er hat auch ein Finanzierungsproblem für den Haushalt 2024, weil nach Angaben von Finanzminister Christian Lindner dort noch eine Lücke von rund 20 Milliarden Euro klafft. Die von den Ländern geforderte dauerhafte stärkere Entlastung bei den Flüchtlingskosten würde das Loch ab nächstem Jahr noch vergrößern. In der Ampel-Koalition drängen aber etwa die Grünen auf stärkere Hilfen des Bundes für die Kommunen, während die FDP und Teile der SPD dies ablehnen.

Der Bund hat in dem Entwurf zahlreiche Forderungen wie eine Zusicherung der Länder verankert, dass sie etwa die Digitalisierung der Ausländerbehörden bis Ende 2023 vorantreiben und generell die Asylverfahren beschleunigen. Zudem soll die Liste der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten ständig überarbeitet und um die EU-Beitrittsaspiranten Georgien und Moldau ergänzt werden. Dies könnte die Asylverfahren für Antragsteller aus diesen Staaten verkürzen.

Auch diese Passagen sind in dem Entwurf allerdings noch mit Klammern versehen, also »strittig« gestellt. Denn die Länder pochen bisher darauf, dass sie nur einer Verständigung über andere Aspekte der Flüchtlingsthematik zustimmen werden, wenn auch die Finanzfragen geklärt sind.

phw/Reuters

Graphic

dpa - Kanzler Olaf Scholz

Load-Date: May 9, 2023

Baerbock kommentiert CDU-Plan süffisant

SPIEGEL ONLINE

18. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Debatte über Individualrecht auf Asyl

Length: 604 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: »Offensichtlich sind wir schon im Sommerloch«: Der Vorstoß von CDU-Politiker Thorsten Frei für eine neue Asylpolitik sorgt für Kritik. Helfer zeigen sich entsetzt, die SPD bangt um eine »humanitäre Errungenschaft«.

Body

Das Individualrecht auf Asyl soll wegfallen, stattdessen soll die EU jährlich über ein Kontingent 300.000 bis 400.000 Menschen aufnehmen. Mit diesen Vorschlägen drängt der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei(CDU), auf grundlegende Änderungen am Asylrecht. Bei der politischen Konkurrenz treffen die Aussagen auf heftige Kritik.

»Der Vorschlag von Thorsten Frei ist realitätsfremd und geht ins Leere, da er illegale Migration nicht stoppen wird. Institutslösung klingt geordnet, ist es aber ganz und gar nicht«, teilte der **stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Dirk Wiese**, mit. Durch Freis Ansatz mache sich »nicht ein Mensch weniger auf den Weg, der sich in einer Notlage befindet«, so Wiese. »Wir müssen endlich wirksam und nachhaltig die Fluchtursachen bekämpfen, die Menschen aus ihrer Heimat vertreiben«, sagte der SPD-Politiker.

Frei nennt aktuelle Regelungen »zutiefst inhuman«

Wiese verwies zudem auf den historischen Ursprung der derzeitigen Asylregelungen. Frei schleife »das individuelle Recht auf Asyl eine wichtige humanitäre Errungenschaft, die die Mütter und Väter des Grundgesetzes aus gutem Grund nach dem Zweiten Weltkrieg dort installiert haben«, so Wiese.

Frei hatte seinen Vorschlag, der das gesamte europäische Asylsystem infrage stellt, damit begründet, dass die derzeitige Praxis »zutiefst inhuman« sei. »Damit möglichst wenig Menschen ihr Recht in Anspruch nehmen, knüpfen wir es an die Voraussetzung eines Antrages auf europäischem Boden«, schrieb Frei in seinem »FAZ«-Gastbeitrag zum aktuellen individuellen Asylrecht. Es gelte das »Recht des Stärkeren«.

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock(Grüne) kommentierte die Pläne des CDU-Politikers süffisant. »Offensichtlich sind wir schon im Sommerloch«, sagte Baerbock am Rande ihrer Sommertour in Bonn. Kritisch hatte sich zuvor bereits ihr **Parteikollege Omid Nouripour** geäußert. »Warum es unmenschlich sein soll, dass jemand erst mal vorträgt, warum er Schutz braucht, das geht mir nicht in den Kopf«, sagte der Grünenvorsitzende in der Sendung »Frühstart« von RTL/ntv. Man müsse sich auf die Unterstützung der Kommunen bei der dauerhaften Versorgung und Integrationsarbeit konzentrieren.

Der Vorsitzende des Europaausschusses im Bundestag, **Anton Hofreiter (Grüne)**, bezeichnete Freis Pläne hingegen als »brandgefährlich«. »Bisher wurde die Forderung nach Abschaffung des Rechts auf Asyl in der Bundesrepublik nur von Rechtsextremen vertreten«, sagte er der »Augsburger Allgemeinen«.

FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Saraisagte dem Redaktionsnetzwerk Deutschland, der Vorschlag von Frei sei »unseriös«.

Pro Asyl kritisiert Unionsvorstoß zum Asylrecht scharf

Die **Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl**teilte mit, Frei lege »die Axt an den internationalen Flüchtlings- und Menschenrechtsschutz«. »Es ist bitter, dass die Union damit die Positionen der Rechtsextremen und Europafeinde übernimmt«, sagte Pro-Asyl-Sprecher Karl Kopp der Nachrichtenagentur AFP.

Frei hatte bereits in seinem Gastbeitrag eingeräumt, dass für die von ihm vorgeschlagene Reform »enorme politische Hürden« zu überwinden wären. Er schrieb: »Aber wenn wir sie nicht überwinden, führt die Überforderung unserer Gesellschaften zur Zerstörung dessen, was das Asylrecht gewähren will: ein Europa als Zufluchtsort für schutzbedürftige Menschen.«

Zuspruch erhielt Frei von seinem **Parteikollegen Jens Spahn**. Seit Jahren gelinge es nicht, irreguläre Migration zu begrenzen, schrieb Spahn auf Twitter. »Statt eines unkontrollierbaren Rechts des Stärkeren für junge Männer« müsse es »planbare Kontingente zum Beispiel für Frauen und Kinder« geben.

fek/dpa

Graphic

dpa - Außenministerin Baerbock: Spöttischer Kommentar zum CDU-Vorschlag

Load-Date: July 18, 2023

Deutschland gewährt 90 Russen Schutz

SPIEGEL ONLINE

23. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Deserteure und Kriegsdienstverweigerer

Length: 317 words

Byline: Steffen Lüdke

Highlight: Seit Russlands Überfall auf die Ukraine haben rund 3500 Russen im wehrfähigen Alter Asyl in Deutschland beantragt. Nur ein kleiner Teil bekam einen Schutzstatus. Die Linke kritisiert das und fordert humanitäre Visa.

Body

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine haben rund 3500 russische Männer im wehrfähigen Alter einen Asylantrag in Deutschland gestellt, aber nur 90 von ihnen erhielten bislang einen Schutzstatus. Das geht aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine parlamentarische Anfrage der Linkenabgeordneten Clara Büniger hervor, über die der RND berichtet.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) entschied demnach bisher über mehr als 1500 der Anträge aus Russland. Bei einem Großteil der Anträge (rund 1100) sei aufgrund der Dublin-Regelung ein anderer Mitgliedstaat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig.

Das Bundesinnenministerium erklärte in der Antwort die Entscheidungsgrundlage: »Deserteure dürften weiterhin regelmäßig internationalen Schutz erhalten. Personen, die in die Armee eingezogen werden sollen und den Dienst verweigern, erhalten internationalen Schutz, sofern die Voraussetzungen hierfür vorliegen. Dies sind insbesondere Verfolgungshandlungen in Verbindung mit einem Verfolgungsgrund. Bei dieser Personengruppe dürften diese Voraussetzungen jedoch seltener vorliegen als bei Deserteuren.«

Linke fordert humanitäre Visa für Kriegsdienstverweigerer

Linkenpolitikerin Büniger kritisierte die Entscheidungspraxis der Bundesregierung. »Die Ampel ist zwar gut darin, sich Menschenrechte auf die Fahnen zu schreiben und wohlklingende Versprechen zu machen. An der Umsetzung hapert es dann aber.« Gemessen an Hunderttausenden Russen, »die auf der Flucht sind, weil sie sich nicht an dem völkerrechtswidrigen Krieg in der Ukraine beteiligen wollen«, sei der Schutzstatus für 90 Menschen eine »grotesk niedrige Zahl«.

Büniger forderte die Bundesregierung auf, russischen Kriegsdienstverweigerern unkompliziert Schutz zu gewähren zum Beispiel durch die Vergabe von humanitären Visa, die es den Menschen erleichtern würden, einen Asylantrag zu stellen.

Deutschland gewährt 90 Russen Schutz

slü/dpa

Load-Date: September 23, 2023

End of Document

Realo-Gruppe fordert radikalen Kurswechsel in der -Flüchtlingspolitik

SPIEGEL ONLINE

17. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Vorstoß bei den Grünen

Length: 353 words

Byline: Christine Keck

Highlight: Eine Gruppe Grüner bezeichnet in einem Memorandum die bisherige **Migrationspolitik** als verfehlt und plädiert für drastische Änderungen. Mitunterzeichner ist der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer.

Body

Eine neu formierte Gruppe innerhalb der Grünen spricht sich angesichts der völlig überlasteten Kommunen für einen Kurswechsel in der **Flüchtlingspolitik** aus. Sie nennt sich »Vert Realos«, eines der prominentesten Mitglieder ist der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer.

Ihr siebenseitiges »Memorandum für eine andere Migrationspolitik in Deutschland« haben mehrere Dutzend Politikerinnen und Politiker unterzeichnet. Zu ihnen gehören der bayerische Landrat Jens Marco Scherf, die frühere Parlamentarische Staatssekretärin im Entwicklungshilfeministerium, Uschi Eid, oder Rebecca Harms, einst Fraktionsvorsitzende im EU-Parlament.

Es fehle ein »Konzept für eine gelungene Integration oder die konsequente Rückführung von Geflüchteten in ihre Heimat, sobald sich dies verantworten lässt oder sie selbst es wollen«, so heißt es dort. Vonnöten seien ein Einwanderungsgesetz für Wirtschaftsmigranten, aber auch »verpflichtende Aufenthaltszonen« für Geflüchtete sowohl an den Grenzen als auch außerhalb der Europäischen Union.

Verfasser sehen Gefahr für sozialen Frieden

Asylbewerber ohne Papiere müssten zurückgewiesen werden oder »bis zur Klärung ihrer Identität in einer staatlichen Aufnahmeeinrichtung verbleiben«. Ein Aufenthaltsrecht setze voraus, dass Geflüchtete sich »in die gesellschaftliche Ordnung« einfügten und Grundwerte wie religiöse Toleranz oder das Existenzrecht Israels akzeptierten.

Die Akzeptanz für Einwanderung sinke in Deutschland, betonen die Verfasser des Memorandums. Dieser Zustand gefährde auf Dauer den Zusammenhalt und den sozialen Frieden. Durch die »bisher verfehlt Migrationspolitik« und die Weigerung, Fehlentwicklungen offen zu debattieren, werde der »rechte Rand der Gesellschaft und der Parteien« gestärkt.

Die Vorschläge dürften innerhalb der Partei auf heftigen Widerstand stoßen, stellen sie doch in vielen Punkten eine Abkehr von jahrzehntelang gepflegten Positionen der Grünen dar. Damit rechnen offenbar auch die Initiatoren. Sie

Realo-Gruppe fordert radikalen Kurswechsel in der -Flüchtlingspolitik

sehen das Papier als »Beitrag zur Diskussion« in der Partei, damit die »Migrationspolitik in Deutschland an die tatsächlichen Erfordernisse angepasst wird«.

kek

Graphic

IMAGO/ULMER Pressebildagentur - Boris Palmer ist einer der prominentesten Unterzeichner des Memorandums

Load-Date: February 17, 2023

End of Document

»Was Herr Merz vorgetragen hat, entspricht nicht der rechtlichen Lage in Deutschland«

SPIEGEL ONLINE

29. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Scholz kritisiert Zahnärzte-Aussage

Length: 310 words

Byline: Dominik Peters

Highlight: Nun meldet sich auch der Kanzler zu Wort: Olaf Scholz kritisiert Oppositionsführer Friedrich Merz für dessen Äußerungen über Flüchtlinge. Er sagt: »Ich finde, dass man besser auf seine Worte aufpassen sollte.«

Body

Deutliche Worte Richtung Oppositionsbank: Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat die Zahnarzt-Äußerungen von CDU-Chef Friedrich Merz über Flüchtlinge kritisiert. »Was Herr Merz vorgetragen hat, entspricht nicht der rechtlichen Lage in Deutschland. Ich finde, dass man besser auf seine Worte aufpassen sollte«, sagte Scholz im »Interview der Woche« des SWR.

Merz hatte am Mittwoch in einer Talkshow gesagt, dass abgelehnte Asylbewerber beim Arzt sitzen und »sich die Zähne neu machen« lassen würden, während »die deutschen Bürger nebendran« keine Termine bekämen. Ihm waren deswegen eine Spaltung der Gesellschaft sowie das populistische Anheizen ausländerfeindlicher Stimmungen vorgeworfen worden.

Scholz machte allerdings im SWR auch deutlich, es gehe für ihn bei irregulärer Migration um einen klaren Kurs. Dazu gehöre zum Beispiel, dass diejenigen abgeschoben werden, die keinen Anspruch auf Schutz haben. »Das sind klare Sätze und wir müssen sehr klare, präzise Politik machen, damit wir unsere Gesetze auch durchsetzen können.« Dies dürfe jedoch nicht dazu führen, »mit seinen Worten ungeschickt zu sein«, fügte der Kanzler mit Blick auf Merz hinzu.

Aufgeschlossen zeigte sich Scholz für Forderungen, mehr Asylbewerbern in Deutschland die Annahme einer Arbeit zu erlauben. In vielen Fällen sei das schon möglich, »aber da geht noch mehr«. Er teile das Verständnis vieler Menschen, die sagen: »Wenn da Arbeit ist, die getan werden muss, und da ist jemand, der sie tun könnte, dann soll er das auch machen.«

Zu Forderungen nach Sachleistungen für Asylsuchende statt Geldleistungen sagte Scholz, er habe nichts dagegen, Asylbewerberinnen und -bewerber Gutscheine zu geben. Die Bundesländer könnten dies nach geltender Rechtslage machen, hätten es bislang aber nicht getan. »Es scheint so zu sein, dass die meisten finden, es ist zu bürokratisch«, sagte Scholz.

dop/AFP

»Was Herr Merz vorgetragen hat, entspricht nicht der rechtlichen Lage in Deutschland«

Graphic

IMAGO/photothek - Olaf Scholz und Friedrich Merz

Load-Date: September 29, 2023

End of Document

Britische Regierung will Wohnschiff für 500 Migranten anmieten

SPIEGEL ONLINE

04. April 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Zwist innerhalb der Tories

Length: 416 words

Byline: Sara Sievert

Highlight: Die Unterbringung von Geflüchteten in Hotels kostet laut britischer Regierung viel Geld. Jetzt präsentiert die konservative Partei einen radikalen Lösungsvorschlag und erhält Widerstand aus den eigenen Reihen.

Body

Die konservative britische Regierung will Medien zufolge etwa 500 unerwünscht eingereiste Migranten auf einer schwimmenden Unterkunft unterbringen.

Wie die Zeitungen »Times« und »Guardian« berichten, will das Innenministerium das dreistöckige Wohnschiff »Bibby Stockholm« anmieten und den Kahn vor der südenglischen Küste bei Weymouth ankern lassen. Die Kosten betragen demnach rund 20.000 Pfund (22.780 Euro) pro Tag plus Sicherheitspersonal, Verpflegung und Gesundheitsversorgung.

In den eigenen Reihen sorgt die Regierung des Premierministers Rishi Sunak damit für Ärger. Die örtlichen Vertreter der Konservativen Partei, der auch Sunak angehört, lehnen das Vorhaben ab und drohen mit Klage.

Hintergrund des Vorhabens: Die Regierung will mit aller Macht gegen unerwünschte Migranten vorgehen. Ein umstrittenes Gesetz sieht nun vor, alle Menschen, die irregulär einreisen, wochenlang zu internieren und dann nach Ruanda oder in andere Länder abzuschieben.

Das Recht auf einen Asylantrag soll ihnen verwehrt werden.

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) kritisiert das Vorhaben scharf. Kritiker werfen den Tories vor, das Problem aufzubauschen und mit demonstrativ hartem Vorgehen Wähler zurückzugewinnen zu wollen.

Wegen des Brexits hat London kein Rücknahmeabkommen mit der EU mehr. Nach Regierungsangaben kostet die Unterbringung von Migranten in Hotels täglich Millionen Pfund. Zuletzt hatte etwa der stellvertretende Premierminister Dominic Raab angekündigt, die Kosten bei der Unterbringung von Geflüchteten drücken zu wollen. »Die Idee, dass man auf einem illegalen Boot, das von Gangstern betrieben wird, in dieses Land kommen und in einem Hotel untergebracht werden kann, das wird aufhören«, so Raab laut »Guardian«.

Lokale Tory-Politiker drohen mit Klage

Britische Regierung will Wohnschiff für 500 Migranten anmieten

Der örtliche Tory-Abgeordnete Richard Drax nannte den Einsatz von Booten oder Lastkähnen »völlig und absolut ausgeschlossen«. Bestehende Probleme würden verschärft. »Wir prüfen alle legalen Mittel. Wir werden nach Möglichkeiten suchen, wie wir dies stoppen können«, sagte Drax.

Das Innenministerium hingegen teilte mit: »Der Druck auf das Asylsystem hat weiter zugenommen und macht es nötig, dass wir nach Unterkunftsmöglichkeiten suchen, die ein besseres Preis-Leistungs-Verhältnis für die Steuerzahler bieten als Hotels.«

Wie am Montag bekannt wurde, reisten im ersten Quartal 3793 Menschen irregulär aus Frankreich über den Ärmelkanal nach Großbritannien ein. Das ist etwa ein Fünftel weniger als im Vorjahreszeitraum.

ssi/dpa

Graphic

EPA - Britischer Premier Rishi Sunak

Load-Date: April 4, 2023

US-Bundesgericht stoppt neue Asylpolitik der Biden-Regierung

SPIEGEL ONLINE

25. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND

Length: 337 words

Byline: Dominik Peters

Highlight: Die sogenannte Titel-8-Regelung ist nicht rechtens zu diesem Schluss ist ein Bundesrichter in den USA gekommen. Er hat die seit Mai geltende Asylpolitik der Regierung von Präsident Joe Biden gekippt.

Body

Schlappe für Washington: In den USA hat ein Bundesgericht die seit Mai geltende Asylpolitik der Regierung von Präsident Joe Biden gekippt. Am Bundesbezirksgericht in San Francisco erklärte Richter Jon Tigar die vor zehn Wochen erlassene Regelung für rechtswidrig.

Es geht um die sogenannte Titel-8-Regelung, die seit Mai angewendet wird:

Diese sieht vor, dass Asylsuchende ihren Antrag auf einen Schutztitel in den USA in ihren Heimatländern oder in Transitländern auf dem Weg in die USA stellen müssen.

Außerdem sieht es unter anderem ein fünfjähriges Wiedereinreiseverbot vor, wenn Migrantinnen und Migranten auf irregulärem Wege versuchen, ins Land zu kommen.

Es können auch Geld- und Gefängnisstrafen verhängt werden.

Migranten dürfen der Regelung nach aber auch nicht ohne reguläres Verfahren abgeschoben werden, was während der Corona-Pandemie möglich war.

Das Urteil könnte die US-Behörden erneut dazu zwingen, die Asylanträge aller Menschen zu prüfen, die das Staatsgebiet der USA erreichen. Aber: Bundesrichter Tigar setzte sein Urteil zunächst für 14 Tage aus, um der Regierung in Washington Zeit zu geben, Berufung gegen das Urteil einzulegen. Das US-Justizministerium stellte bereits Berufung in Aussicht und kündigte zunächst an, einen längeren Aufschub für die Umsetzung des Urteils zu beantragen.

Gegen die am 16. Mai verkündeten Asylregelungen der Biden-Regierung hatten mehrere Hilfsgruppen für Migranten geklagt. Die Kläger hatten argumentiert, das Vorgehen beruhe auf der Annahme, dass die an die Grenze kommenden Grenzen eigentlich nicht asylberechtigt seien.

Die Lage an der südlichen US-Grenze ist seit Jahren angespannt. Von 2021 an waren die Zahlen der illegalen Übertritte auf US-Territorium auf bis zu 250.000 pro Monat angestiegen. Im Juni belief sich diese Zahl auf knapp

US -Bundesgericht stoppt neue Asylpolitik der Biden-Regierung

145.000 - aus Expertensicht auch wegen der Beschränkungen der Titel-8-Regelung. Das Thema Migration polarisiert in den USA, Republikanerinnen und Republikaner werfen der Biden-Regierung eine »Politik der offenen Tür« vor.

dop/dpa/AFP

Graphic

IMAGO/ZUMA Wire - Grenzer in El Paso

Load-Date: July 25, 2023

End of Document

»Sachlich und konstruktiv« Union sieht Gespräch mit Scholz positiv

SPIEGEL ONLINE

03. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Migrationspolitik

Length: 597 words

Byline: Benjamin Schulz

Highlight: In der Migrationspolitik lotet Kanzler Scholz einen Schulterschluss mit der Union aus. Dazu hat er nun mit Oppositionschef Merz und CSU-Landesgruppenchef Dobrindt im Kanzleramt gesprochen kurz vor einem Treffen mit den Länderchefs.

Body

Kaum ein Thema treibt die Menschen im Land so sehr um wie Migrations- und Flüchtlingspolitik. Kanzler Olaf Scholz (SPD) hat nun führende Oppositionsvertreter im Kanzleramt getroffen, um darüber zu beraten. Nach dem Gespräch mit Unionsfraktionschef Friedrich Merz sowie CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt hieß es aus dem Merz-Umfeld, das Gespräch mit Scholz sei sehr gut gewesen, die Atmosphäre sachlich und konstruktiv. Die Rede war von einem »intensiven Austausch« zu vielerlei Migrationsthemen.

Konkrete Ergebnisse oder Beschlüsse gab es keine. Das Gespräch sei nicht abschließend gewesen, hieß es aus dem Merz-Umfeld. Über Details sei Vertraulichkeit vereinbart worden.

Merz hatte bei einem vorherigen Treffen mit Scholz am 13. Oktober einen eigenen Forderungskatalog der Union »zur Begrenzung der illegalen Migration« präsentiert. Regierungssprecher Steffen Hebestreitsagte zur Frage, warum Scholz die Unionsvertreter überhaupt getroffen habe, es gehe bei der Migration um den gesellschaftlichen Frieden und deshalb auch darum, »dass man sich da gegenseitig hört und anhört«.

Treffen mit Länderchefs am Montag

Die Ampel braucht die Bundesländer, aber nicht die Opposition im Bundestag, um Gesetzesvorhaben durchzubringen. Scholz hatte aber betont, dass angesichts des politisch heiklen Themas Migration ein Schulterschluss von Bund, Ländern, Kommunen und oppositioneller Union wünschenswert sei.

Schon Anfang kommender Woche könnte sich zeigen, ob dieser Schulterschluss realistisch ist. Am Montag findet die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) statt. Zunächst beraten die Länderchefs allein, am Nachmittag wird dann mit Scholz und der Bundesregierung diskutiert.

Das Thema Migration wird aller Voraussicht nach das strittigste bei dem Treffen werden. Konkret geht es um die Lastenverteilung bei den Kosten der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Aus Sicht der Länder und

»Sachlich und konstruktiv« Union sieht Gespräch mit Scholz positiv

Kommunen stiehlt sich der Bund aus der Verantwortung. Aus Sicht des Bundes stellen die Länder völlig überzogene Forderungen.

Seit Monaten gibt es in der Frage keine Annäherung, damit ist eine kontroverse Debatte am Montag vorgezeichnet. In einem Entwurf für die Beschlussvorlage zum Thema Migration, der dem SPIEGEL vorliegt, heißt es bislang nur lapidar, über die Frage der finanziellen Lastenteilung bestünden unterschiedliche Auffassungen – alles Weitere solle am Montag besprochen werden.

Schon allein wegen des Themas Migration gilt eine lange Sitzung als wahrscheinlich. Und es stehen weitere Themen auf der Agenda. Bund und Länder wollen etwa mehr Tempo bei der Planung, Genehmigung und Ausführung öffentlicher und privater Projekte, etwa bei Bahn-Ausbau, Energiewende oder Mobilfunk. Scholz hatte dies unter dem Stichwort »Deutschlandtempo« in die Debatte eingebracht.

Dazu gibt es für die MPK ebenfalls einen Entwurf (mehr dazu lesen Sie hier). Aber auch hier gibt es noch strittige Punkte – zudem ist die Agenda so ambitioniert und umfangreich, dass auch sie bei detaillierter Diskussion abendfüllend wäre.

Zudem machen Verkehrspolitiker aus der Kanzlerpartei SPD Druck, weil sie das Aus für das Deutschlandticket fürchten. In einem Appell an Bund und Länder, der dem SPIEGEL vorliegt, fordern sie, »das Deutschlandticket als Erfolgsprojekt fortzusetzen«. Eine politische Entscheidung zur Finanzierung sei »dringend erforderlich«. Die MPK am Montag sei der spätest mögliche Zeitpunkt dafür – ansonsten ende das 49-Euro-Ticket am 31. Dezember. Selbst bei einer Fortführung drohe ohne weitere Zusagen ab Mai 2024 ein deutlich höherer Preis, der das Angebot unattraktiver machen würde.

fi/flo/ulz

Load-Date: November 3, 2023

Kiziltepe stellt Verteilmechanismus für Geflüchtete infrage

SPIEGEL ONLINE

31. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/GESELLSCHAFT; Berlins Integrationssenatorin

Length: 321 words

Byline: Jens Witte

Highlight: In Deutschland legt der Königsteiner Schlüssel fest, wie viele Asylbewerber ein Bundesland aufnehmen muss. Berlins zuständige Senatorin sieht Stadtstaaten dabei benachteiligt und fordert Änderungen.

Body

Angesichts gestiegener Zahlen bei Geflüchteten spricht sich Berlins Integrationssenatorin Cansel Kiziltepe für Änderungen beim Verteilungsmechanismus in Deutschland aus. »Wir brauchen eine Reform des Königsteiner Schlüssels, wir brauchen eine Sonderregel für Stadtstaaten wie Berlin«, sagte die SPD-Politikerin der Nachrichtenagentur dpa.

Zur Begründung verwies sie darauf, dass dicht besiedelte Stadtstaaten wie Berlin naturgemäß nur begrenzt Flächen für neue Flüchtlingsunterkünfte zur Verfügung hätten. Daher sei die aktuelle Regelung zur Verteilung der Menschen auf die Länder unter anderem auf Basis von deren Einwohnerzahl nicht mehr zeitgemäß. Sie sei dazu bereits im Gespräch mit Hamburg und Bremen, so Kiziltepe.

In Deutschland legt der Königsteiner Schlüssel fest, wie viele Asylbewerber ein Bundesland aufnehmen muss. Berechnet wird dies auf Basis der Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahl. Auf Berlin entfallen laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 5,2 Prozent.

Hinzu kämen nach wie vor viele Ukrainerinnen und Ukrainer, die vor dem russischen Angriffskrieg geflüchtet sind, so Kiziltepe. Viele kämen privat unter. »Und natürlich zieht es diese Menschen oft nach Berlin, weil wir hier eine hohe Willkommenskultur haben und auch bei unseren Integrationsleistungen bundesweit Vorreiter sind«, sagte Kiziltepe.

Laut Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) nahm Berlin im ersten Halbjahr etwa 16.000 Geflüchtete auf. Es handelt sich um 7473 Asylbewerber – ein Plus von mehr als 50 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum sowie um 8502 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, die einen anderen Aufenthaltsstatus haben.

Kiziltepe geht auf Basis von Prognosen davon aus, dass bis Jahresende weitere 10.000 bis 12.000 Geflüchtete nach Berlin kommen und zu deren Unterbringung auch zeltähnliche Hallen als Provisorien herangezogen werden könnten. Dies sei eine »Notvariante, die wir als zeitlich begrenzte Lösung sehen«.

wit/dpa

Graphic

dpa - Cansel Kiziltepe: »Und natürlich zieht es diese Menschen oft nach Berlin«

Load-Date: July 31, 2023

End of Document

Union drängt auf »spürbare Entlastung« Deutschlands bei Aufnahme von Geflüchteten

SPIEGEL ONLINE

15. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; EU-Asylkompromiss

Length: 366 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Schutzsuchende sollen künftig an EU-Außengrenzen abgefertigt werden. Die Union pocht nun auf den Ausbau von Unterkünften und hofft so auf weniger Zuzug nach Deutschland.

Body

Die Verschärfung des europäischen Asylsystems ist beschlossene Sache auch wenn die Ampel zuletzt um Zugeständnisse für Flüchtende mit Kindern gerungen hatte: Asylsuchende sollen künftig bereits an den EU-Außengrenzen abgefertigt werden. Noch bevor die Regelungen in Kraft treten, drängt nun die Union auf eine »nachhaltige und spürbare Entlastung Deutschlands« bei der Aufnahme von Migrantinnen und Migranten.

Das müsse oberstes Ziel der Reform sein, sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Union, Andrea Lindholz (CSU), im Bundestag. Sie hofft auf den Bau von mehr Unterbringungsplätze für Schutzsuchende an den EU-Außengrenzen. SPD-Fraktionsvize Dirk Wiesehielt dagegen und sagte, ohne das große Engagement von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hätte es in Luxemburg keine Einigung gegeben.

Die EU-Staaten hatten vor einer Woche mit einer ausreichend großen Mehrheit für umfassende Reformpläne gestimmt. Asylanträge von Migrantinnen und Migranten, die aus Herkunftsländern mit einer Anerkennungsquote von weniger als 20 Prozent stammen, sollen bereits an den EU-Außengrenzen innerhalb von zwölf Wochen geprüft werden.

In dieser Zeit will man die Schutzsuchenden verpflichten, in streng kontrollierten Aufnahmeeinrichtungen zu bleiben. Wer keine Chance auf Asyl hat, soll umgehend zurückgeschickt werden. Denkbar ist allerdings, dass das EU-Parlament noch Änderungen durchsetzt. Es hat bei der Reform ein Mitspracherecht.

Schwierige Einigung

Die Bundesregierung, vertreten durch Faeser, hatte sich in den Verhandlungen dafür eingesetzt, dass Familien mit Kindern von den sogenannten Grenzverfahren ausgenommen werden. Um die Einigung nicht zu gefährden, musste sie jedoch letztlich akzeptieren, dass dies doch möglich sein könnte.

Union drängt auf »spürbare Entlastung« Deutschlands bei Aufnahme von Geflüchteten

Die künftig härteren Regeln werden von einer erneuten Tragödie im Mittelmeer überschattet: Am Mittwoch waren vor der Küste Griechenlands Hunderte von Migrantinnen und Migranten ertrunken, als ein überbelegter Fischkutter sank, mindestens 78 Menschen kamen ums Leben, 104 wurden gerettet.

Die tatsächliche Zahl der Opfer des Bootsunglücks könnte allerdings noch deutlich höher liegen: Auf dem Kutter sollen sich mehr als 500 Menschen aufgehalten haben.

mrc/dpa

Graphic

dpa - Die CSU-Abgeordnete Andrea Lindholz im Bundestag: »Nachhaltige und spürbare Entlastung«

Load-Date: June 15, 2023

End of Document

Menschenrechtler kritisieren Einstufung von Georgien und Moldau als sichere Herkunftsländer

SPIEGEL ONLINE

30. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Pläne von Innenministerin Faeser

Length: 459 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Wer vor Gewalt flüchtet, erhält in Deutschland Asyl. Für Menschen aus »sicheren Herkunftsländern« kann das jedoch rasch enden. Pro Asyl kritisiert Ampelpläne, ausgerechnet Georgien und Moldau als sicher zu erklären.

Body

Georgien und Moldau sollen künftig als sichere Herkunftsländer gelten, das hat die Ampel auf ihrer Kabinettsklausur in Meseberg beschlossen. Wer aus den Ländern nach Deutschland flüchtet, kann leichter wieder abgeschoben werden. Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl hat die geplante Einstufung beider Länder nun scharf kritisiert.

Es gebe in beiden Ländern »keine landesweite Sicherheit und keine Sicherheit für alle Gruppen«, erklärten die Flüchtlingsaktivisten. Die Organisation verwies auf Rückschritte bei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Georgien. Dort werde »die LGBTIQ+-Community stark unter Druck gesetzt und der Staat schützt sie nicht vor gewaltsamen Übergriffen«, hieß es. Auch die Lage der Pressefreiheit sei »sehr kritisch zu bewerten«. In Moldau werde die Volksgruppe der Roma stark ausgegrenzt und diskriminiert, was als kumulative Verfolgung gewertet werden könne.

Pro Asyl verwies auch auf abtrünnige Regionen beider Länder, die von Russland kontrolliert werden. Im Fall Moldaus ist dies Transnistrien, in Georgien Abchasien und Südossetien. »Somit besteht in den Ländern keine Sicherheit im ganzen Land«, hieß es. Aber auch im von den jeweiligen Regierungen kontrollierten Kernland gebe es einen zunehmenden russischen Einfluss und vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine eine geänderte geopolitische Gefahrenlage.

»Es widerspricht der Ursprungsidee des Asylrechts«

Pro Asyl wandte sich auch generell gegen das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten. »Es widerspricht der Ursprungsidee des Asylrechts, welches eine individuelle detaillierte Prüfung zur Grundlage hat, und wird schwerwiegende Folgen für betroffene Menschen haben«, erklärte der flüchtlingspolitische Sprecher der Organisation, Tareq Alaows.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) indes rechtfertigte ihre Pläne. »Beide Staaten wollen Mitglieder der Europäischen Union werden. In beiden Staaten droht Menschen in aller Regel keine politische Verfolgung«, sagte

Menschenrechtler kritisieren Einstufung von Georgien und Moldau als sichere Herkunftsländer

Faeser den Zeitungen der Funke-Mediengruppe vom Mittwoch. Sie kündigte zudem Migrationsabkommen mit beiden Ländern an, um legale Zuwanderung zu erleichtern.

Die Bundesregierung begründet die Ausweisung als sichere Herkunftstaaten damit, dass die Anerkennungsquoten für Asylbewerberinnen und -bewerber aus Georgien und Moldau im ersten Halbjahr 2023 jeweils unter 0,1 Prozent lagen. Durch die Einstufung könnten Asylverfahren schneller bearbeitet und abgelehnte Bewerberinnen und Bewerber leichter abgeschoben werden, hieß es.

Als sichere Herkunftstaaten gelten in Deutschland bereits Ghana und Senegal, Bosnien und Herzegowina, Serbien und Nordmazedonien, Albanien, Kosovo und Montenegro. Für diese Staaten gilt eine sogenannte Regelvermutung, dass keine Verfolgungsgefahr vorliegt.

mrc/AFP

Graphic

IMAGO/TT - Prorussische Propaganda zeigt Yuri Gagarin auf einer Hauswand in Moldau: »Keine Sicherheit im ganzen Land«

Load-Date: August 30, 2023

Kabinett erlaubt Geflüchteten frühere Arbeitsaufnahme

SPIEGEL ONLINE

01. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Integration in den Arbeitsmarkt

Length: 676 words

Byline: Francesco Collini

Highlight: Mit dem Beschluss will die Bundesregierung Asylsuchenden und Geduldeten einen rascheren und leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen. Dafür werden Strafmaßnahmen gegen Schleuser verschärft.

Body

Die Bundesregierung will Asylsuchende und Geduldete schneller in den Arbeitsmarkt integrieren. Das Bundeskabinett hat nun eine Formulierungshilfe für entsprechende Änderungen im Ausländerrecht sowie in der Strafprozessordnung beschlossen. Sie sieht vor, dass Geduldeten im Regelfall eine Beschäftigungserlaubnis erteilt wird. Außerdem soll das Arbeitsverbot für Geflüchtete, die in Erstaufnahmeeinrichtungen für Alleinstehende leben, bereits nach sechs Monaten entfallen. Bisher galt das Verbot für neun Monate.

Die Ampelkoalition will auch die Stichtagsregelung für die sogenannte Beschäftigungsduldung ändern. Bisher kann diese Möglichkeit nur nutzen, wer vor dem 1. August 2018 in die Bundesrepublik gekommen ist. Künftig sollen alle, die bis Ende 2022 nach Deutschland eingereist sind, diese Chance auf eine langfristige Bleibeperspektive nutzen können. Menschen, die aus sogenannten sicheren Herkunftsländern »offensichtlich unbegründete« Asylträge gestellt oder ihre Identitätsklärung verweigert haben, sollen von den nun auf den Weg gebrachten Erleichterungen nicht profitieren können.

Geduldete sind Menschen, die zwar ausreisepflichtig sind, aber aus bestimmten Gründen nicht abgeschoben werden können. Laut Ausländerzentralregister waren Ende 2022 rund 304.000 Menschen ausreisepflichtig, davon etwa 248.000 mit einer Duldung.

Erleichterung als Hilfe für Unternehmen und Kommunen

»Arbeitgeber suchen händeringend nach Arbeitskräften, Kommunen brauchen Entlastung, und Menschen, die arbeiten, tragen etwas bei, werden Steuerzahler«, sagte der stellvertretende Grünen-Fraktionsvorsitzende, Andreas Audretsch. Während Unionsfraktionschef Friedrich Merz(CDU) und andere in der Migrationspolitik rhetorisch eskalierten, kümmere sich die Ampelkoalition um pragmatische Lösungen.

»Die beste Integrationsmaßnahme ist die Integration in den Arbeitsmarkt. Viele Menschen, die zu uns kommen, wollen arbeiten, bekommen aber keine Erlaubnis dafür«, teilte die stellvertretende SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Dagmar Schmidt mit. Den Beschluss nannte sie »ein richtiges Zeichen«. »Wir müssen alles dafür tun, dass wir Menschen schnell und nachhaltig in den Arbeitsmarkt integrieren«, fügte sie hinzu.

Härtere Strafen für Schleuser

Das Kabinett beschloss außerdem Regelungen zum automatischen Datenaustausch im Ausländer- und Sozialrecht. Damit soll beispielsweise sichergestellt werden, dass eine Ausländerbehörde darüber informiert wird, wenn jemand keine Sozialleistungen mehr bezieht. Umgekehrt soll die Stelle, die sich um die Auszahlung von existenzsichernden Leistungen kümmert, direkt von der Ausländerbehörde hören, wenn ein Ausländer fortgezogen ist. Derzeit »erhalten Leistungsbehörden Daten etwa zum Fortzug eines Ausländers nur auf Ersuchen im Einzelfall«, heißt es in dem Gesetzentwurf.

Ebenfalls verabschiedet wurde ein Vorschlag für die Verschärfung der Strafvorschriften für Schleuser. Schleuser, die das Leben von Menschen leichtfertig aufs Spiel setzen, sollen demnach künftig mit einer lebenslangen Freiheitsstrafe oder Haft von 10 bis 15 Jahren bestraft werden. Bisher liegt der Strafrahmen hier bei 3 bis 15 Jahren. »Illegale Schleusungen sind menschenverachtend und oftmals brutal und rücksichtslos gegenüber den Flüchtlingen und den kontrollierenden Polizisten«, teilte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag Dirk Wiese mit. »Viel zu viele Menschen mussten die Flucht nach Europa nicht seetüchtigen Booten und Kühl-Lkw mit ihrem Leben bezahlen. Wir sagen Schleusern den Kampf an«, fügte er hinzu.

Georgien und Moldau als »sichere Herkunftsländer«

Der Kabinettsbeschluss ist Teil eines Migrationspakets, das auch Neuregelungen für die schnellere Abschiebung abgelehnter Asylbewerber umfasst. Dieses hatte das Kabinett in der vergangenen Woche beschlossen.

Das Kabinett stimmte zudem für die Ausweitung der Liste der sogenannten sicheren Herkunftsländer auf Georgien und die Republik Moldau. Für Asylbewerber aus diesen Ländern ist wegen der niedrigen Anerkennungsquote ein beschleunigtes Verfahren vorgesehen.

col/dpa/AFP/Reuters

Load-Date: November 1, 2023

New Yorker Bürgermeister sieht »keinen Platz« für Migranten

SPIEGEL ONLINE

16. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Eric Adams

Length: 467 words

Byline: Timo Lehmann

Highlight: Er ist Demokrat, gilt aber als Kritiker von Joe Biden: Der New Yorker Bürgermeister Eric Adams hat die amerikanisch-mexikanische Grenze besucht. Dort verlangte er vom US-Präsidenten eine bessere **Flüchtlingspolitik**.

Body

Eric Adams ist an die mexikanische Grenze gereist und hat dort verkündet, New York habe »keinen Platz« für ganze Busse mit **Migrantinnen** und **Migranten**. Weiter sagte der Bürgermeister von New York während seiner Visite in der texanischen Stadt El Paso, es sei Zeit, dass die US-Regierung beim Thema **Migration** ihren Job mache. Adams, der Demokrat ist, gilt als Kritiker des ebenfalls demokratischen US-Präsidenten Joe Biden.

Dass ein New Yorker Bürgermeister an die mexikanische Grenze reist, gab es bisher noch nicht. Zuletzt hatten Staaten, die von Republikanern regiert werden, Busse mit Tausenden Migrantinnen und Migranten in Städte im Norden der USA geschickt, die von Demokraten geführt werden. Dazu gehören etwa Chicago, Washington, D.C., oder New York City. In der ohnehin mit Wohnungsnot kämpfenden New York City hat das eine Krise ausgelöst, etwa bei der Obdachlosigkeit.

Hohe Kosten für New York

Der größten Stadt der USA könnte die weitere Migration rund zwei Milliarden Dollar kosten, dabei hat sie schon jetzt ein großes Defizit im Haushalt.

Zuletzt hatte US-Präsident Joe Biden erstmals seit Beginn seiner Amtszeit die Südgrenze der USA im Bundesstaat Texas besucht. Biden traf in der Stadt El Paso Grenzbeamte und ging entlang der Grenzmauer zu Mexiko. Der Demokrat wurde zuvor am Flughafen der Grenzstadt kühl von dem texanischen Gouverneur Greg Abbott empfangen.

Der Republikaner überreichte Biden einen Brief, in dem er der Regierung schwere Vorwürfe machte. Der Besuch komme zwei Jahre zu spät, Bidens »Versagen« sei für das »Chaos« an der Grenze verantwortlich. El Paso hatte sich zuletzt zu einem Schwerpunkt der Migration in die USA entwickelt – im Dezember hatte sich die Situation dramatisch zugespitzt.

Abschiebungen nach Mexiko

New Yorker Bürgermeister sieht »keinen Platz« für Migranten

Tausende Migranten harren derzeit an der Grenze zu den USA aus und hoffen auf eine Gelegenheit, in das Land zu gelangen. Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hatte zuletzt entschieden, die umstrittene Richtlinie Title 42 vorerst in Kraft zu lassen. Die Regelung sieht vor, dass die meisten Migranten ohne Papiere an der Grenze sofort abgewiesen werden, ohne auch nur einen Asylantrag stellen zu können. Damit sollte zunächst die Ausbreitung der Coronapandemie eingedämmt werden. Mittlerweile fürchten Politiker und Behörden in den USA aber wohl vor allem eine stark zunehmende Migration, wenn die Richtlinie kassiert wird.

Angesichts der dramatischen Lage und der anhaltenden Kritik hatte Biden zuletzt einen neuen Anlauf gestartet, um die illegale Einwanderung in die USA einzudämmen. Demnach sollen unter bestimmten Voraussetzungen bis zu 30.000 Migranten pro Monat aus Venezuela, Nicaragua, Kuba und Haiti legal in die USA einreisen. Im Gegenzug sollen 30.000 illegale Einwanderer pro Monat aus diesen Ländern nach Mexiko abgeschoben werden.

til/Reuters

Graphic

REUTERS - New Yorks Bürgermeister Eric Adams in El Paso in Texas

Load-Date: January 16, 2023

End of Document

Lindner und Buschmann fordern Senkung von Leistungen für Asylbewerber

SPIEGEL ONLINE

28. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; »Irreguläre Migration«

Length: 518 words

Byline: Patrick Beuth

Highlight: Die beiden FDP-Minister fordern in einem Gastbeitrag eine Kürzung von Leistungen für Asylbewerber unter bestimmten Bedingungen sogar »quasi auf null «.

Body

Bundesfinanzminister Christian Lindner und Bundesjustizminister Marco Buschmann haben Kürzungen bei den Leistungen für Asylbewerber gefordert. »Unter ganz besonders engen Voraussetzungen wäre sogar eine Absenkung von Leistungen quasi auf »null« denkbar«, schrieben die beiden FDP-Politiker in einem Gastbeitrag in der »Welt am Sonntag«. Sie schlagen dies bei Menschen vor, »denen humanitärer Schutz in dem für sie nach den Dublin-Regeln zuständigen EU-Staat zusteht, die sich aber weigern, den Schutz dort in Anspruch zu nehmen. In diesen Fällen wäre es denkbar, die Leistung auf die Erstattung der notwendigen Reisekosten in den zuständigen Staat abzusenken.«

Lindner und Buschmann plädieren zudem dafür, Betroffenen nicht wie bisher nach 18 Monaten sogenannte Analogleistungen auszuzahlen, die in der Höhe dem Bürgergeld entsprechen. Stattdessen sollen sie nach den Vorstellungen der FDP-Politiker so lange nur Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, bis ihr Aufenthaltsstatus rechtskräftig geklärt ist. In diesem Zusammenhang mahnen die Minister, Asylgerichtsverfahren müssten »deutschlandweit einheitlicher und schneller« werden.

Außerdem kritisieren die Minister die Höhe der Grundleistungen für Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen. So könne man »mit guten sachlichen Gründen bezweifeln, ob für Menschen in einer Erstaufnahmeeinrichtung, die mit Medien häufig in Gemeinschaftsräumen versorgt werden«, Ausgaben etwa für Zeitungen und Zeitschriften »wirklich anfallen«, die in den Leistungen derzeit vorgesehen sind.

»Wir schaffen das« sei »naiv« gewesen

Sie sprechen sich zudem für die Einführung einer elektronischen Bezahlkarte für Asylbewerber aus. Lindner knüpfte überdies eine Einigung mit den Bundesländern über Asylkosten an Sachleistungen oder Bezahlkarten für Asylbewerber. »Wenn die Länder eine Übereinkunft mit dem Bund in Finanzfragen über die Kosten der Migration haben wollen, dann erwarte ich umgekehrt die flächendeckende Einführung von Bezahlkarten oder Sachleistungen«, sagte er unter anderem der »Stuttgarter Zeitung«.

Lindner und Buschmann fordern Senkung von Leistungen für Asylbewerber

In ihrem Gastbeitrag für die »Welt am Sonntag« fordern Lindner und Buschmann »eine neue Realpolitik auf dem Gebiet der irregulären Migration«. Aus einem »naiven Wir schaffen das « müsse ein »realistisches Wir müssen es besser machen «, schreiben Lindner und Buschmann mit Bezug auf den von Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) geprägten Satz von 2015. Sie werben für die Reform der Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik, die zum Ziel habe, »dass offensichtlich unbegründet Schutzsuchende bereits an der europäischen Außengrenze ihre abschlägigen Bescheide erhalten und erst gar nicht zu uns kommen«.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte zuletzt im SPIEGEL-Gespräch einen härteren Ton in der Asylpolitik angeschlagen: »Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben.« Das Bundeskabinett billigte diese Woche einen entsprechenden Gesetzentwurf. Einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey für den SPIEGEL zufolge stimmen 86 Prozent der Deutschen der Aussage des Kanzlers zu.

pbe/dpa

Load-Date: October 28, 2023

End of Document

Finnland schließt vier Grenzübergänge nach Russland

SPIEGEL ONLINE

18. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Streit über illegale Migration

Length: 460 words

Byline: Henrik Bahlmann

Highlight: Weil Russland verstärkt Migranten nach Finnland schleusen soll, hat Helsinki mehrere Grenzübergänge dicht gemacht. Das betrifft wohl vor allem den Verkehr ins nahe Sankt Petersburg und sorgte schon für Stress bei Pendlern.

Body

Ein Großteil des Reiseverkehrs zwischen Finnland und Russland läuft über die Grenzübergänge Vaalimaa, Nuijamaa, Imatra und Niirala im Südosten Finnlands ab. Um Mitternacht (Ortszeit) sind sie geschlossen worden. Das berichten die Nachrichtenagentur Reuters und finnische Medien.

Durch die Maßnahme soll der Zustrom von Asylbewerbern gestoppt werden, der nach Ansicht der finnischen Regierung von Moskau angezettelt wurde. Die nun geschlossenen Übergänge liegen verkehrsgünstig in der Nähe der russischen Stadt Sankt Petersburg. Asylanträge würden an den Hunderte Kilometer weiter nördlich gelegenen Grenzstationen Salla und Vartiuss angenommen, hieß es unter der Woche.

Die finnische Tageszeitung »Helsingin Sanomat« veröffentlichte am Freitagabend Bilder von einer langen Autoschlange auf russischer Seite vor dem Grenzübergang nach Vaalima. Die Zeitung berichtet von Grenzübergängern, die etwa Freunde in Sankt Petersburg besucht haben und drohten, nicht rechtzeitig zu kommen. »Ich war kurz davor, zu rasen, aber am Ende bin ich ruhig geblieben«, sagte ein Mann demnach.

Finnland wirft Moskau Schleusen vor

Nach Auffassung der finnischen Regierung schleust Russland verstärkt Migranten über die finnischen Grenzen. Laut dem Grenzschutz sind in dieser Woche rund 300 Asylbewerber, vor allem aus dem Irak, Jemen, Somalia und Syrien, in Finnland eingetroffen. Hintergrund ist nach finnischen Angaben, dass Russland das Land für seine Entscheidung bestrafen wolle, in Sachen Verteidigung enger mit den USA zusammenzuarbeiten. Russland weist das zurück.

Die russische Regierung teilte am Freitag mit, Finnland begehe mit der Schließung der Grenzübergänge einen »großen Fehler« und zerstöre die bilateralen Beziehungen. Finnlands 1340 Kilometer lange gemeinsame Grenze mit Russland ist auch eine Außengrenze der EU. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex erklärte am Freitag gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters, sie werde Beamte nach Finnland entsenden, um den Grenzschutz zu unterstützen.

Finnland schließt vier Grenzübergänge nach Russland

Innenministerin Mari Rantanen (Wahre Finnen) hatte unter der Woche angekündigt, dass die Regelung bis zum 18. Februar in Kraft bleiben solle. Es handle sich nicht um einen einwanderungspolitischen Schritt, sondern um eine Reaktion auf das Vorgehen Russlands. Anders als früher würden die Menschen trotz fehlender Dokumente durchgelassen.

Seit Beginn des Ukrainekriegs ist der Ton gegenüber Russland auch in Finnland deutlich schärfer geworden. Bei der Parlamentswahl im Frühjahr war jedoch auch das Thema Migration präsent; die rechtspopulistischen Wahren Finnen, die eine EU-kritische und migrationsfeindliche Linie haben, wurden zweitstärkste Kraft und bildeten unter anderem mit der konservativen Nationalen Sammlungspartei von Ministerpräsident Petteri Orpo eine Koalition.

hba/Reuters

Load-Date: November 18, 2023

End of Document

Grüne Sozialarbeiterin wirft CDU-Politiker Frei Rassismus vor

SPIEGEL ONLINE

15. März 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; SPIEGEL-Spitzengespräch

Length: 712 words

Byline: Sophie Garbe

Highlight: Die Äußerungen des CDU-Abgeordneten Thorsten Frei zur Flüchtlingspolitik seien rassistisch, sagt Grünenmitglied Cansin Köktürk im SPIEGEL-Talk. Auch die Überforderung der Kommunen beim Umgang mit Geflüchteten ist Thema.

Body

Die Sozialarbeiterin und Autorin Cansin Köktürk (Grüne) wirft dem CDU-Bundestagsabgeordneten Thorsten Frei Rassismus in Bezug auf unterschiedliche Flüchtlingsgruppen vor. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion sagte im SPIEGEL-Spitzengespräch mit Moderator Markus Feldenkirchen, dass zwar sowohl Geflüchtete aus der Ukraine als auch aus Syrien eine Bereicherung für Deutschland sein könnten. »Aber nicht alle. Und natürlich kommt es doch darauf an, aus welchem kulturellen Hintergrund jemand kommt.«

Zudem sei die Flucht in Nachbarländer wie sie bei Ukrainerinnen und Ukrainern erfolge etwas anderes als die Flucht aus Syrien, sagte Frei. »Die Menschen, die aus Syrien gekommen sind, sind durch zehn oder elf Länder marschiert, bis sie nach Deutschland gekommen sind. Deutschland wird allein die Fluchtprobleme der Welt nicht lösen können.« Und man wolle das auch gar nicht allein lösen.

»Das ist Rassismus«, warf Köktürk dem CDU-Politiker nach seinen Ausführungen vor. Frei mache Unterschiede zwischen syrischen und ukrainischen Kriegsflüchtlingsgruppen auf. »Sie haben eine Verantwortung für die Menschen, und Sie sprechen zur Bevölkerung«, sagte Köktürk zu Frei. »Dann müssen Sie auch aufhören mit Ihrer durch die Blume geäußerten Unterscheidung der Menschen.«

»Ethisch hochproblematisch«

Frei wies diesen Vorwurf zurück. Ob Geflüchtete eine Bereicherung seien, komme auch auf ihre Integration an. »Wenn uns Integration nicht gelingt, wenn Parallelgesellschaften entstehen, dann ist es keine Bereicherung für unsere Gesellschaft«, erklärte Frei. Nicht jeder sei integrierbar.

Auch der SPD-Abgeordnete Helge Lindh äußerte sich in der Debatte kritisch zu den Aussagen des CDU-Kollegen. Er wolle nicht sagen, Frei sei ein Rassist, so Lindh. »Nur ist es natürlich schon eine Zweiklassenbehandlung, die Sie deutlich gemacht haben.« Frei mache eine Unterscheidung auf, »die sagt, es macht einen Unterschied, ob jemand hierherkommt, wenn er Ukrainer ist, weil er vermeintlich uns kulturell näher ist als jemand anders. Das ist ethisch hochproblematisch.«

Grüne Sozialarbeiterin wirf CDU-Politiker Frei Rassismus vor

Die Runde debattierte auch über den richtigen Umgang mit steigenden Flüchtlingszahlen. Jens Marco Scherf (Grüne), Landrat im Kreis Miltenberg in Bayern, sieht die Kommunen außerstande, unter den aktuellen Bedingungen weitere Flüchtlinge aufzunehmen. »Die Kommunen sind wirklich in einer Situation, wo sie an Belastungsgrenzen kommen, in manchen Bereichen auch darüber hinweg sind«, sagte Scherf in der Runde, zu der er sich aus Bayern zuschaltete.

Integration eine Frage der Quantität

Der Grünenpolitiker hatte bereits im Januar einen öffentlichen Brief an Kanzler Olaf Scholz geschickt, in dem er die aus seiner Sicht fatale Überforderung der Kommunen im Umgang mit den aktuellen Flüchtlingszahlen schilderte. An dieser schwierigen Situation hat sich laut Scherf seitdem wenig geändert.

Der Landrat warnte, dass die Lage für viele Kommunen prekär sei. Es fehle an Wohnraum, teilweise könne die ärztliche Versorgung in den überlasteten Kreisen nicht mehr gewährleistet werden. »Ich weiß nicht, ob das jetzt noch drei Wochen oder drei Monate gut geht.«

Der Bund müsse die Landkreise daher noch stärker finanziell unterstützen, forderte Scherf im SPIEGEL-Talk. Zudem brauche es eine besser strukturierte Migrationspolitik und schnellere Asylverfahren. »Wir müssen unsere Migrationspolitik auch darauf ausrichten, dass wir denen helfen, die wirklich unserer Unterstützung bedürfen«, sagte Scherf. »Wir können nicht jedem helfen, der in Syrien, Afghanistan, Iran oder der Türkei in Not ist. Das können wir einfach nicht schaffen.« Ob Integration gelingen könne, sei auch eine Frage der Quantität.

SPD-Politiker Lindh bekräftigte, man müsse darüber sprechen, wie man Kommunen grundsätzlich finanzieren wolle. Eine andere Frage im Umgang mit den aktuellen Geflüchtetenzahlen sei zudem, wie man irreguläre Migration reduziere, ohne dabei Recht zu brechen. »Der einzige Weg aus meiner Sicht dafür sind legale Zuwanderungswege. Also Menschen, die gegenwärtig gezwungen werden, ins Asylsystem zu gehen, Möglichkeiten über Arbeitsmigration zu schaffen«, sagte Lindh. Zudem könne Deutschland Migrationsabkommen mit anderen Ländern schließen. »Das ist leider mühsam und anstrengend, aber der einzig seriöse Weg aus meiner Sicht.«

sog

Load-Date: March 15, 2023

Faeser berät in Tunesien über erleichterte Abschiebungen und Einreisemöglichkeiten

SPIEGEL ONLINE

19. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Reise mit französischem Amtskollegen

Length: 444 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Die EU schottet sich mit ihrer Asylreform weiter ab, bleibt aber auf die Hilfe von Transitländern wie Tunesien angewiesen. Innenministerin Nancy Faeser versuchte nun vor Ort, Kompromisse auszuhandeln.

Body

Die EU riegelt ihre Außengrenzen zunehmend ab, dennoch sterben immer wieder Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren. Erst in der vergangenen Woche kamen bei einem Bootsunglück im Mittelmeer mindestens 78, vermutlich jedoch mehrere Hundert Menschen ums Leben.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ist nun nach Tunesien gereist, um mit ihren französischen und tunesischen Amtskollegen, Gérald Darmanin und Kamel Fekih, unter anderem über verstärkte Abschiebungen in das Land zu beraten. Hintergrund des Treffens ist ein sprunghafter Anstieg der Zahl der Migranten, die in selbst gebauten Booten von Tunesien nach Europa aufbrechen, in den vergangenen Monaten. Tunesien ist eines der wichtigsten Transitländer für Migranten auf dem Weg nach Europa.

Allein in den ersten fünf Monaten kamen nach Kenntnis der Bundespolizei rund 26.000 Menschen auf diesem Weg, nach rund 4000 Bootsmigranten im Vorjahreszeitraum. Unter den Migranten sind auch Tunesier, die auf ein besseres Leben in Europa hoffen.

Verschärfte Präsident Saied die Lage?

Ein Grund für die erhöhten Flüchtlingszahlen in den vergangenen Monaten waren nach Einschätzung der Bundespolizei Äußerungen von Präsident Kais Saied, die im Februar zu einer Welle von Gewalt und Schikanen gegen Ausländer aus afrikanischen Staaten südlich der Sahara geführt hatten.

Beamte der Bundespolizei, die in Tunesien seit 2015 ein Projekt für die Ausbildung und Ausrüstung der Sicherheitskräfte hat, hatten berichtet, in den Tagen nach der Rede des Präsidenten hätten sich praktisch keine Migranten aus diesen Ländern mehr auf die Straße gewagt. Später habe sich die Situation dann wieder entspannt.

Faeser betonte nach ihrer Ankunft in Tunis am Sonntag, es gehe ihr einerseits darum, Abschiebungen in das Land zu erleichtern. Andererseits soll es für tunesische Arbeitskräfte mehr Möglichkeiten der Erwerbsmigration nach Deutschland geben.

Faeser berät in Tunesien über erleichterte Abschiebungen und Einreisemöglichkeiten

Mit Indien hatte die Bundesregierung Ende 2022 ein sogenanntes Migrationsabkommen vereinbart. Georgien und Moldau sollen demnächst folgen – auch wenn die in der Bundesregierung besprochene Einstufung dieser beiden Staaten als sogenannte sichere Herkunftsländer noch etwas länger dauern könnte – und umstritten ist.

Tunesien war einst die Wiege des sogenannten Arabischen Frühlings, einer Serie von Aufständen, durch die 2011 mehrere langjährige arabische Machthaber hinweggefegt wurden. Der frühere tunesische Präsident Zine al-Abidine Ben Ali floh damals nach Saudi-Arabien. Nach anfänglichen demokratischen Fortschritten machte sich in Tunesien Ernüchterung breit, unter anderem wegen der nach wie vor hohen Jugendarbeitslosigkeit. Präsident Saïed regiert das Land autoritär.

fek/dpa

Graphic

dpa - Frankreichs Innenminister Darmanin, deutsche Innenministerin Faeser bei ihrem tunesischen Amtskollegen Fekih

Load-Date: June 19, 2023

End of Document

Merz stellt Bedingungen für Zusammenarbeit mit der Ampel

SPIEGEL ONLINE

29. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Flucht und Migration

Length: 447 words

Byline: Markus Sutera

Highlight: Kanzler Olaf Scholz hatte der Union einen »Deutschlandpakt« in der Migrationspolitik angeboten. CDU-Chef Merz stellt nun klar: Er habe »nicht die Absicht, eine Mitverantwortung zu übernehmen für dieses Problem«.

Body

Die CDU stellt eine Zusammenarbeit mit der Bundesregierung in der Migrationspolitik unter die Bedingung, dass dazu im Bundestag konkrete Gesetze zur Steuerung und Begrenzung beschlossen werden. Im Bundestag fänden die eigentlichen Entscheidungen über einen solchen »Deutschlandpakt« statt, sagte CDU-Chef Friedrich Merz am Samstag bei einem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen CDU in Hürth. »Und wir werden nur zustimmen, wenn es eine einigermaßen sichere Gewähr dafür gibt, dass im nächsten Jahr die Zahlen deutlich nach unten gegangen sind.«

Merz fügte hinzu: »Ich habe jedenfalls nicht die Absicht, eine Mitverantwortung zu übernehmen für dieses Problem und mit diesem Problem dann in die Europawahl im nächsten Jahr zu gehen.«

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte zuletzt in einem SPIEGEL-Interview ein härteres Vorgehen gegen abgelehnte Asylbewerber und die Begrenzung der irregulären Migration in Deutschland angekündigt. Am vergangenen Mittwoch brachten er und seine Ministerinnen und Minister im Kabinett ein sogenanntes Rückführungsverbesserungsgesetz auf den Weg. Damit soll die Zahl kurzfristig gescheiterter Abschiebungen reduziert werden. Die Pläne müssen noch vom Bundestag beschlossen werden.

In der Sache selbst sei seit der Ankündigung des Deutschlandpakts nichts passiert, kritisierte Merz. Er forderte außerdem von den Grünen, diese müssten ihren Kurs in der Einwanderungspolitik korrigieren. Den jüngsten Beschluss des Bundeskabinetts zu Abschiebungen nannte Merz unzureichend. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) warf der Ampel beim Landesparteitag in Hürth vor, »konsequent an den Sorgen der Menschen in Deutschland vorbei« zu regieren.

FDP fordert Kürzungen bei Leistungen für Asylbewerber

Am 6. November könnten Bund und Länder bei einer Konferenz der Ministerpräsidenten mit Scholz weitere Maßnahmen zur Migrationspolitik vereinbaren. Diskutiert wird unter anderem die Frage, ob Barzahlungen für Asylbewerber durch eine Bezahlkarte und Sachleistungen ersetzt werden sollten.

Merz stellt Bedingungen für Zusammenarbeit mit der Ampel

In einem Gastbeitrag für die »Welt am Sonntag« sprechen sich die FDP-Bundesminister Christian Lindner (Finanzen) und Marco Buschmann (Justiz) dafür aus. Sie fordern außerdem Kürzungen bei den Leistungen. »Unter ganz besonders engen Voraussetzungen wäre sogar eine Absenkung von Leistungen quasi auf null denkbar«, schreiben sie. Sie schlagen dies etwa bei Menschen vor, »denen humanitärer Schutz in dem für sie nach den Dublin-Regeln zuständigen EU-Staat zusteht, die sich aber weigern, den Schutz dort in Anspruch zu nehmen. In diesen Fällen wäre es denkbar, die Leistung auf die Erstattung der notwendigen Reisekosten in den zuständigen Staat abzusenken.«

mas/dpa

Load-Date: October 29, 2023

End of Document

Saudische Grenzbeamte sollen Hunderte Migranten getötet haben

SPIEGEL ONLINE

21. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Human Rights Watch

Length: 576 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: Mit Waffengewalt gehen saudische Grenzbeamte gegen Migranten vor. Laut Human Rights Watch wurden in den vergangenen Monaten Hunderte Menschen erschossen. Augenzeugen berichten von Leichenbergen.

Body

Saudische Grenzschutzbeamte haben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) zufolge Hunderte äthiopische Migranten und Asylsuchende getötet, die versucht haben, die saudisch-jemenitische Grenze zu überqueren. Menschen sollen aus nächster Nähe erschossen worden sein, darunter auch Kinder, hieß es in dem nun veröffentlichten Bericht. Demnach wurden außerdem Sprengwaffen gegen Migranten eingesetzt.

In dem Bericht wurde der Zeitraum zwischen März 2022 und Juni 2023 untersucht. Aktuelle Untersuchungen von HRW deuteten aber darauf hin, dass die Tötungen weiterhin stattfinden. Der Bericht beruht auf 38 Zeugeninterviews sowie Satellitenbildern und in Online-Netzwerken veröffentlichten Aufnahmen.

Bereits im vergangenen Jahr hatten Uno-Experten über »besorgniserregende Vorwürfe« berichtet, denen zufolge saudisch-arabische Sicherheitskräfte an der Grenze zum Jemen in den ersten Monaten des Jahres 2022 etwa 430 Migranten getötet hätten.

Augenzeugen berichteten den HRW-Menschenrechtsaktivisten nun von Leichenbergen entlang der Migrationsroute. »Wenn die saudischen Sicherheitsbeamten eine Gruppe (Migranten) sieht, schießen sie ununterbrochen«, sagte eine der Überlebenden den Helfern. Einschätzungen der Menschenrechtsorganisation zufolge hätten die saudischen Beamten Hunderte »möglicherweise Tausende« Migranten in dem Grenzgebiet getötet. Asylsuchende und Migranten sagten, die Route zwischen dem Jemen und Saudi-Arabien sei »voll von Missbrauch« und unter der Kontrolle von Menschenhändlern.

Fast alle Menschen auf »gefährlichen Ostroute« aus Äthiopien

Trotz des Bürgerkriegs kommen noch immer Migranten in den Jemen mit dem Ziel, ins benachbarte Saudi-Arabien zu gelangen. Schätzungen zufolge kommen weit mehr als 90 Prozent der Menschen auf der »gefährlichen Ostroute« vom Horn von Afrika über den Golf von Aden durch den Jemen nach Saudi-Arabien aus Äthiopien. Die Route wird HRW zufolge auch von Menschen aus Somalia, Eritrea und gelegentlich aus anderen ostafrikanischen

Saudische Grenzbeamte sollen Hunderte Migranten getötet haben

Ländern genutzt. In den vergangenen Jahren ist der Anteil der Frauen und Mädchen, die auf der Ostroute migrieren, gestiegen.

Im Jemen herrscht seit Ende 2014 ein verheerender Konflikt zwischen der Regierung, den Huthi-Rebellen und deren Verbündeten. Saudi-Arabien kämpft im Jemen gegen die von Iran unterstützten Huthis, die das Land 2014 überrannten und die weite Teile im Norden beherrschen. Die Vereinten Nationen betrachten den Konflikt im Jemen als eine humanitäre Katastrophe, die das Land an den Rand einer Hungersnot gebracht hat.

Linke: Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien müsse eingestellt werden

Die Linken-Bundestagsabgeordnete Clara Büniger forderte mit dem Blick auf den Bericht einen Kurswechsel der Bundesregierung gegenüber Saudi-Arabien. »Wer von sich selbst behauptet, feministische Außenpolitik sei wichtig, macht sich unglaublich, wenn man Staaten wie Saudi-Arabien mit Waffen unterstützt, die Menschen barbarisch an ihrer Grenze abschießen«, sagte Büniger dem Fachinformationsdienst »Table Media«.

Insbesondere die 2020 von der Bundesregierung getroffene Entscheidung, erneut saudi-arabische Grenzpolizisten durch die Bundespolizei ausbilden zu lassen, sei »ein großer Fehler« gewesen. Es müsse nun geklärt werden, »ob etwaige von Deutschland ausgebildete Kräfte an den Massenerschießungen und Menschenrechtsverletzungen beteiligt« gewesen seien. Diese Zusammenarbeit müsse ebenso wie Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien eingestellt werden.

czl/dpa/AFP

Graphic

Sam Tarling / Sana a Centre - Migranten im Jemen auf dem Weg zur saudi-arabischen Grenze (2020)

Load-Date: August 21, 2023

»Mehr war eben nicht drin«

SPIEGEL ONLINE

11. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Reaktionen auf Flüchtlings-Beschluss

Length: 959 words

Byline: Muriel Kalisch

Highlight: Mehr Geld für Kommunen, aber keine Planungssicherheit: Die Reaktionen auf den Flüchtlings-Beschluss nach dem Bund-Länder-Gipfel fallen gemischt aus.

Body

Die Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels von Bund und Ländern erhalten geteilte Reaktionen. Während sich Ampelpolitiker meist zufrieden zeigen, kommt von den Ministerpräsidenten der Oppositionsparteien Kritik.

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) hält den Beschluss für die Kommunen für noch nicht ausreichend. Dass der Bund sich bereit erklärt habe, die Flüchtlingspauschale an die Länder in diesem Jahr um eine Milliarde Euro zu erhöhen, sei zwar hilfreich, sagte Wüst am Mittwochabend nach dem Flüchtlingsgipfel in Berlin. Für die Kommunen sei es aber nicht ausreichend, weil es nur eine Einmalzahlung sei. »Mehr war eben nicht drin«, sagte Wüst. »Das muss man heute so klar sagen.«

Innenministerin Nancy Faeser erklärte, dieses Maßnahmenpaketspiegele »exakt die Grundlinien unserer Flüchtlingspolitik wider: Wir schützen die Menschen, die vor Krieg und Terror geflüchtet sind. Damit wir hierzu weiter in der Lage sind, begrenzen wir die irreguläre Migration.« Faeser weiter: »Uns geht es um eine nachhaltige Entlastung der besonders stark geforderten Kommunen. Wir sorgen jetzt für schnellere, effizientere und vor allem digitale Verfahren.« Sie verwies darauf, dass auch die konsequente Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern gestärkt werde.

Arbeitsgruppe trifft sich erst im November

Der Bund hatte bei dem Treffen am Mittwochabend eine Milliarde Euro als zusätzliche Beteiligung an den Kosten der Flüchtlingsversorgung für dieses Jahr zugesagt. Über die künftige Aufschlüsselung der Kosten soll aber zunächst in einer Arbeitsgruppe beraten und erst im November entschieden werden. Mit der Milliarde sollen die Länder dabei unterstützt werden, ihre Kommunen zusätzlich zu entlasten und die Digitalisierung der Ausländerbehörden zu finanzieren.

Der Bund hatte zuvor bereits 1,5 Milliarden Euro für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in diesem Jahr zugesagt sowie 1,25 Milliarden Euro für andere Geflüchtete. Nach Angaben von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) verständigten sich Bund und Länder unter anderem auch darauf, die maximale Dauer des Ausreisegewahrsams

»Mehr war eben nicht drin«

von derzeit 10 auf 28 Tage zu verlängern, um Abschiebungen konsequenter durchzusetzen. Sachsen, Bayern und Sachsen-Anhalt hielten in einer Protokollerklärung Vorbehalte gegenüber den Ergebnissen fest.

Nouripour: langfristige Lösungen finden

Der Grünavsitzende Omid Nouripour begrüßte zwar die zusätzlichen Mittel, forderte aber rasch weitere Schritte. »Jenseits aller anderen Diskussionen ging es darum, dass jetzt Geld fließt. Und das ist gelungen«, sagte Nouripour in der ARD. »Ich verstehe aber auch all diejenigen, die sagen: Wir müssen langfristige Lösungen genau für diese Frage finden. Und deshalb muss man jetzt so schnell wie möglich zu Lösungen kommen bei der Finanzierung. Wer sich von Gipfel zu Gipfel hangelt, der kriegt keinen Boden unter die Füße.« Die vereinbarte Arbeitsgruppe müsse daher so schnell wie möglich Lösungen für die Zeit nach 2023 finden.

Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer zeigte sich zufrieden. »Dass der Bund für dieses Jahr eine Milliarde zusätzlich zugesagt hat, ist ein wichtiges Signal und eine große Unterstützung, gerade auch für die Kommunen«, erklärte die SPD-Politikerin. Ihr Kollege aus Hessen, Boris Rhein (CDU), hingegen mahnte weitere Schritte an. EU-Außengrenzen müssten besser geschützt, Asylanträge an Grenzen entschieden und abgelehnte Asylbewerber konsequent zurückgeführt werden. »Es muss bei diesem Thema in den nächsten Monaten spürbare Fortschritte geben, nicht zuletzt auf europäischer Ebene«, mahnte er. Die Kommunen benötigten so schnell wie möglich Entlastung.

Politiker aus Oppositionsparteien kritisieren Beschlüsse

CSU-Innenexpertin Andrea Lindholz kritisierte in der ARD, es gebe zwar eine Milliarde Euro mehr. »Aber das, was die Kommunen eigentlich eingefordert haben, nämlich Planungssicherheit bei den Finanzen und eine Begrenzung der Zuwanderung, das ist beides ausdrücklich nicht beschlossen worden.«

Weidel und Chrupalla betonten: »Es ist völlig irrelevant, ob der Bund oder die Länder die finanziellen Lasten der ungebremsten Einwanderung nach Deutschland tragen: Am Ende zahlen die Bürger mit höheren Steuern und Abgaben.« Weiter erklärten sie, die Ankündigungen zu mehr Migrationspartnerschaften mit Herkunftsländern, einer stärkeren Sicherung der EU-Außengrenzen sowie der deutschen Grenzen wie auch beschleunigter Asylverfahren seien »nichts wert, wenn sie wie in der Vergangenheit nicht umgesetzt werden«.

Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) hat sich mit den Bund-Länder-Gesprächen zur Flüchtlingspolitik zufrieden gezeigt. »Die Sitzung hat etwas länger gedauert als geplant, aber sie hat ein gutes Ende genommen«, sagte Tschentscher am Mittwochabend in Berlin nach den Beratungen. Aus Hamburger Sicht habe es drei wesentliche Themen gegeben: die Finanzierung der Flüchtlingskosten, die Beschleunigung der Asylverfahren und die Verteilung der Geflüchteten innerhalb Deutschlands.

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) sieht in den Ergebnissen des Flüchtlingsgipfels einen Teilerfolg. »Wir haben sicherlich einen Teilschritt erreicht. Damit meine ich nicht nur, dass wir eine Milliarde gegenüber dem ursprünglichen Null-Angebot des Bundes mit eingebracht haben für die Kommunen«, sagte Haseloff am Mittwochabend der Nachrichtenagentur dpa. Für Sachsen-Anhalt seien das knapp 30 Millionen Euro.

Vielmehr habe der Bund nun anerkannt, dass es sich um eine Daueraufgabe handelt, »weil er ja die Rahmenbedingungen für die Zuwanderung durch Grenzsicherung ja/nein, europäische Abstimmung, Schengenraum-Sicherung und alles Mögliche zu verantworten und in der Hand hat«, so der Ministerpräsident. Die Länder und Kommunen hätten da keine Kompetenzen.

muk/dpa

Graphic

»Mehr war eben nicht drin«

dpa - Kanzler Olaf Scholz und NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst bei der Ministerpräsidentenkonferenz:
Zustimmung zur Einigung, Kritik am Beschluss

Load-Date: May 11, 2023

End of Document

Britischer Staatssekretär lässt Cartoon-Wandbilder in Asylzentrum für Kinder übermalen

SPIEGEL ONLINE

07. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Zu einladend?

Length: 428 words

Byline: Sven Scharf

Highlight: Willkommenskultur im Südosten Englands: In Kent sind Micky Maus und Balu der Bär von den Wänden eines Ankunftscenters für unbegleitete minderjährige Geflüchtete verschwunden. Die Bilder hätten die falsche Botschaft gesendet.

Body

Großbritanniens Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Zahl der Asylbewerber im Vereinten Königreich drastisch zu reduzieren. Die Vorgehensweise Londons wird teils scharf kritisiert.

Nun berichten britische Medien, dass der für Einwanderung zuständige Staatssekretär Robert Jenrick im vergangenen April die Übermalung von Cartoons an den Wänden in einem Aufnahmezentrum für unbegleitete Jugendliche angeordnet hat. Die Bilder in der Einrichtung in Kent im Südosten Englands seien als zu einladend empfunden worden und hätten die falsche Botschaft gesendet.

Laut dem »Guardian« hatten die Mitarbeiter des Aufnahmezentrums sich entsetzt gezeigt und erfolglos versucht, das Übermalen der Wandbilder, die unter anderem Micky Maus und Balu aus dem »Dschungelbuch« gezeigt haben, zu verhindern. Das Innenministerium hat laut dem Bericht auf eine entsprechende Nachfrage dazu nicht geantwortet.

Der für Einwanderung zuständige Schattenminister, Stephen Kinnock, sagte gegenüber »i newspaper«: »Die Vorstellung, dass das Übermalen von Wandgemälden und die Abschaffung von Unterhaltungsangeboten für unbegleitete Kinder in Einwanderungszentren die Boote irgendwie aufhalten wird, ist völlig absurd.«

»Wir tun alles, was wir können, um sicherzustellen, dass die Kinder sicher sind und unterstützt werden, während wir dringend nach Unterbringungsmöglichkeiten bei einer lokalen Behörde suchen«, zitiert der »Guardian« eine Sprecherin des Innenministeriums. Auf die übermalten Wandzeichnungen ging sie nicht ein.

Sunak unter Druck

Die Regierung von Premierminister Rishi Sunak will Tausende von Migranten abschieben, Basis ist ein im vergangenen Jahr mit Ruanda geschlossenes Abkommen. Es soll Migranten abschrecken, die in kleinen Booten von Frankreich aus über den Ärmelkanal nach Großbritannien kommen.

Britischer Staatssekretär lässt Cartoon-Wandbilder in Asylzentrum für Kinder übermalen

Ende Juni entschied ein Berufungsgericht in London, dass die Pläne der Regierung zur Abschiebung nach Ruanda in der angedachten Form rechtswidrig ist, da Ruanda kein sicheres Herkunftsland sei. Die Entscheidung war eine schwere Niederlage für Sunak, der den Stopp des Flüchtlingszustroms als eine seiner fünf Prioritäten bezeichnet hat.

Der erste geplante Abschiebeflug vor einem Jahr wurde durch eine einstweilige Verfügung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gestoppt. Dieser hatte das Vorhaben der britischen Regierung untersagt, solange die Gerichtsverfahren in Großbritannien nicht abgeschlossen sind. Im Dezember hatte der High Court in London geurteilt, die geplanten Abschiebungen seien rechtmäßig. Menschenrechtsgruppen riefen daraufhin das Berufungsgericht an.

svs

Graphic

dpa - Robert Jenrick ist der britische Staatssekretär für Einwanderung

Load-Date: July 7, 2023

End of Document

»Die Obergrenze ist absolut notwendig«

SPIEGEL ONLINE

23. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; EVP-Chef Weber zur Migrationskrise

Length: 1226 words

Byline: Markus Becker

Highlight: Manfred Weber, Chef der Christdemokraten im EU-Parlament, will die Zuwanderung nach Deutschland begrenzen. Der Bundesregierung wirft er vor, die gesamte Reform des EU-Asylrechts zu gefährden.

Body

SPIEGEL:Herr Weber, die Zahl der Asylbewerber in Deutschland steigt rasant. Wie lässt sich das schnellstmöglich in den Griff bekommen?

Weber:Durch ein ganzes Bündel an notwendigen Maßnahmen, aber vor allem, indem man das Tunesien-Abkommen umsetzt.

SPIEGEL:Der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien ist mittlerweile gut zwei Monate alt doch die Zahl der Menschen, die von Tunesien aus in Richtung Europa aufbrechen, ist zuletzt nicht gesunken, sondern massiv gestiegen. Warum?

Weber:Das hat zum einen damit zu tun, dass in Teilen Nordafrikas wie Libyen Chaos herrscht und in der Sahelzone Militärjuntas die Macht übernommen haben. Zum anderen war zu erwarten, dass es im Sommer eine Art Torschlusspanik unter Schmugglern geben wird, wenn klar ist, dass das Abkommen zwischen Tunesien und der EU kommt. Mein Eindruck nach meinen Gesprächen mit Präsident Kais Saied und seiner Regierung ist, dass er bereit ist zur Partnerschaft mit der EU und das Abkommen umsetzen will.

SPIEGEL:Bisher scheint es aber nicht zu wirken.

Weber:Wir sollten das Abkommen jetzt nicht schlechtreden, sondern alles für seine Umsetzung tun. Dazu gehört, die ersten 105 Millionen Euro für den Grenzschutz zügig an Tunesien ausbezahlen auch weil keine sinnvolle und schnell denkbare Alternative bleibt, um die Zuwanderung aus Tunesien in den Griff zu bekommen.

SPIEGEL:Wie relevant ist das Abkommen für Deutschland? Dort kommt fast die Hälfte der Asylbewerber aus Syrien und Afghanistan, dann folgen die Türkei, Irak und Iran. Über Tunesien dürften die wenigsten von ihnen kommen.

Weber: Wenn Sie sich die Entwicklungen des letzten Jahrzehnts anschauen, dann wird klar, dass es eine grundlegende Reform der EU-Migrationspolitik braucht. Dazu gehört weiter, dass wir auf Humanität und Solidarität setzen, aber vor allem auf Steuerung und Begrenzung. Und das bedeutet, strikte Kontrolle an der Außengrenze,

»Die Obergrenze ist absolut notwendig«

Verfahren an der Außengrenze und Abkommen, ähnlich dem mit der Türkei und Tunesien, mit möglichst vielen Nachbarn.

SPIEGEL:Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hat im Wahlkampf sogar mit einer Seeblockade gedroht, sollte die Zahl von Migranten aus Nordafrika nicht zurückgehen. Müsste man im Extremfall zu solchen Mitteln greifen?

Weber:Es geht nur mit Partnerschaft mit den Tunesiern und anderen Nachbarn. Man muss ihnen Respekt entgegenbringen und nicht über sie, sondern mit ihnen entscheiden. Dass dieser Ansatz erfolgreich sein kann, hat das Abkommen mit der Türkei bewiesen.

SPIEGEL:Was, wenn die Partnerschaft mit Tunesien trotzdem erfolglos bleibt?

Weber:Wenn das Tunesien-Abkommen scheitert, dann ist das Risiko groß, dass auch die Reform des EU-Asylsystems scheitert. Das wäre nicht nur politisch verheerend, sondern auch ein Konjunkturprogramm für den Rechtspopulismus. Wenn die Leute bei der Europawahl im kommenden Juni das Chaos auf Lampedusa im Kopf haben, wird das Folgen haben.

SPIEGEL:Derzeit scheint es allerdings auch aus anderen Gründen schlecht um die Reform des EU-Asylsystems zu stehen, die derzeit zwischen den Mitgliedsländern und dem Europaparlament verhandelt wird. Deutschland lehnt eine Krisenverordnung ab, die es in Ausnahmesituationen ermöglichen soll, Migranten und deren Familien bis zu zehn Monate an den EU-Außengrenzen festzuhalten und auch andere Standards zu senken. Das Parlament hat im Gegenzug die Gespräche über andere Teile des Pakets auf Eis gelegt.

»Die Bundesregierung gefährdet die Verhandlungen über die gesamte Asylreform.«

Weber:Die Bundesregierung gefährdet die Verhandlungen über die gesamte Asylreform. Sie kann man nur im Paket beschließen. Ich frage mich, ob die Ampelkoalition und insbesondere die Grünen den Ernst der Lage erkannt haben und die EU-Asylreform wirklich wollen. Wenn die Grünen nicht in der Lage sind, einem Kompromiss zuzustimmen, mit dem sogar Luxemburg keine Probleme hat, dann verlieren sie ein Stück weit den Anspruch, eine Europapartei zu sein.

SPIEGEL:CSU-Chef Markus Söder hat kürzlich eine Obergrenze von 200.000 Zuwanderern pro Jahr gefordert wieder einmal. Wird das dem Ernst der Lage gerecht?

Weber:Die Realität in Deutschland ist, dass der Migrationsdruck hoch ist, dass täglich zu viele Menschen kommen und die Kommunen überfordert sind. Deshalb ist es ein richtiges und wichtiges politisches Signal, eine solche Integrationsgrenze zu benennen damit wir uns als Deutsche bewusst werden, dass es eine Belastungsgrenze gibt, und endlich handeln.

SPIEGEL:Und dafür soll eine künstliche Obergrenze notwendig sein?

Weber:Ich finde, dass sie absolut notwendig ist. Damit wir uns fragen, was das Land leisten kann. Diese Debatte müssen wir führen. Und es ist gut, dass etwa der frühere Bundespräsident Joachim Gauck sie führt, weil sie damit ins richtige Licht gerückt wird weg von den dumpfen Parolen der Radikalen, hin zu abgewogenen Diskussionen in der gesellschaftlichen Mitte.

SPIEGEL:Eine solche Obergrenze dürfte sich kaum durchsetzen lassen. Deutschland kann nach 200.000 Asylbewerbern ja nicht einfach das Recht auf individuelles Asyl abschaffen. Zudem wäre die Rückführung dieser Menschen schwierig. Ist eine Obergrenze nicht ein Versprechen, dessen Unerfüllbarkeit am Ende den Rechtspopulisten nützt?

Weber:Einspruch! Das Problem ist ja nicht die Integrationsgrenze, sondern dass zu viele Menschen kommen. Wir müssen die Gesellschaft in Deutschland für diese riesige Integrationsaufgabe gewinnen. Das geht nur, wenn Maß und Mitte gelten. Und dass es eine Grenze der Aufnahmefähigkeit gibt, ist eine schlichte Tatsache.

SPIEGEL:Aber was genau soll aus ihr folgen?

»Die Obergrenze ist absolut notwendig«

»Ich behaupte nicht, dass übermorgen alle Probleme gelöst sind.«

Weber:Für mich ist eine Integrationsgrenze wie eine rote Warnlampe: Überschreitet man die Grenze, muss die Politik alles tun, um die Lage in den Griff zu bekommen. Nur habe ich nicht den Eindruck, dass die Bundesregierung das ernsthaft versucht.

SPIEGEL:Woran machen Sie das fest?

Weber:Zum einen an der deutschen Blockade der Krisenverordnung. Zum anderen am Verhalten der Bundesregierung gegenüber Tunesien und den südlichen EU-Ländern. Ich möchte von Bundeskanzler Olaf Scholz hören, dass er zu dem Abkommen steht. Aber bisher ist da Funkstille. Der Niederländer Mark Rutte und die Italienerin Giorgia Meloni waren mit Kommissionschefin Ursula von der Leyen in Tunis, um die Absichtserklärung festzuzurren. Scholz und übrigens auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron waren nirgendwo zu sehen. Im Gegenteil: Sie erschweren die europäische Kompromissuche.

SPIEGEL:Was sagt das über die Einigkeit in der EU und über die Chancen aus, die Migrationszahlen schnell senken zu können?

Weber:Ich behaupte nicht, dass übermorgen alle Probleme gelöst sind, selbst wenn alles optimal lief. Man muss realistisch bleiben und sagen, dass es lange dauern wird und schwierig ist. Es gibt bei der Migrationspolitik keine einfachen Lösungen. Dennoch bin ich optimistisch. Wenn uns bis Jahresende ein Kompromiss zur Asylreform gelingt und wir weitere Rückführungsabkommen abschließen, dann könnten wir sagen: Seht her, wir haben uns geeinigt. Wir wissen, wie wir es machen, auch wenn die Umsetzung Zeit in Anspruch nehmen wird. Das wäre die Botschaft, dass der Heilungsprozess dieser offenen Wunde, die Europa schon so lange hat, jetzt begonnen hat. Das wäre für die gesellschaftliche Akzeptanz wichtig, um weiterhin als Europäer den Menschen zu helfen, die Schutz in Europa brauchen.

Graphic

IMAGO/Chris Emil Janßen - EVP-Präsident Manfred Weber

AFP or licensors - Niederländischer Premier Rutte, Kommissionschefin von der Leyen, Tunesiens Präsident Kais Saied und Italiens Regierungschefin Meloni

Load-Date: September 23, 2023

Finnland schließt vier Grenzübergänge zu Russland

SPIEGEL ONLINE

16. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Zunehmende Zahl von Migranten

Length: 497 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Seit Tagen versuchen Migranten über Russland die Einreise nach Finnland. Helsinki vermutet dahinter gezielte Politik Moskaus und will nun die Hälfte aller Grenzübergänge dichtmachen.

Body

Die finnische Regierung wird zum Wochenende vier Grenzübergänge zu Russlandschließen. Die Grenzübergänge Imatra, Niirala, Nuijamaa und Vaalimaa im Südosten des Landes würden in der Nacht zu Samstag geschlossen, sagten Ministerpräsident Petteri Orpo und Innenministerin Mari Rantanen.

Die finnische Regierung wirft Russland vor, Migrantinnen und Migranten ohne Papiere über die Grenze zu schleusen, um das seit April zur Nato gehörende Finnland zu destabilisieren. In den vergangenen Monaten registrierten die finnischen Behörden einen Anstieg der Zahl von Schutzsuchenden aus dem Nahen Osten und Afrika, vor allem aus dem Irak, dem Jemen und aus Somalia. »Wir wollen, dass dieses Phänomen aufhört und dass die Grenzaktivität wieder normal wird«, sagte Regierungschef Petteri Orpo.

Die nun geschlossenen Übergänge liegen verkehrsgünstig in der Nähe der russischen Stadt Sankt Petersburg. Asylanträge würden an den Hunderte Kilometer weiter nördlich gelegenen Grenzstationen Salla und Vartius angenommen, hieß es weiter.

Maßnahmen sollen vorerst bis Februar gelten

Die Regelung soll bis zum 18. Februar in Kraft bleiben. Rantanen betonte, es handle sich nicht um einen einwanderungspolitischen Schritt, sondern um eine Reaktion auf das Vorgehen Russlands. Anders als früher würden die Menschen trotz fehlender Dokumente durchgelassen.

Orpo und Innenministerin Rantanen sagten, die Zahl der Grenzübertritte habe in den vergangenen Tagen deutlich zugenommen. Nach Angaben des Grenzschutzes in Südostfinnland wurden am Mittwoch 75 Asylbewerber registriert. Das waren mehr als in der gesamten Vorwoche.

Russland und Finnland teilen eine 1340 Kilometer lange Landgrenze. Die Beziehungen zwischen den Ländern haben sich seit dem Beginn des Ukrainekriegs im Februar 2022 deutlich verschlechtert. Die Führung in Moskau hatte den Nato-Beitritt Finnlands im vergangenen April als »Angriff auf die Sicherheit« Russlands verurteilt.

Finnland schließt vier Grenzübergänge zu Russland

Bislang sind die finnischen Grenzen vornehmlich mit leichten Holzzäunen gesichert, die vor allem Viehbestände im Land halten sollen. Finnland erbaut aber derzeit einen 200 Kilometer langen Zaun entlang eines Teils der finnisch-russischen Grenze. Er soll im Jahr 2026 fertiggestellt sein.

Irreguläre Einreisen auch in Estland

Auch Estland hat nach Angaben des dortigen Innenministers Lauri Läänemets die Einreise von Migranten ohne gültige Papiere über die russische Grenze registriert. Laut Läänemets habe Russland acht somalischen Bürgern trotz fehlender Dokumente die Weiterreise in das baltische EU- und Nato-Land ermöglicht. Mangels gültigen Schengen-Visums oder einer Aufenthaltserlaubnis sei den Migranten an der Grenzstation in Narva die Einreise untersagt und sie zurückgeschickt worden, so der Minister. An der Grenze zu Russland seien zudem weitere Personen gesichtet worden.

Läänemets kündigte an, künftige Schritte mit Finnland abzustimmen. »Die Botschaft, die wir senden, ist: So kann man nicht über Estland in die Europäische Union einreisen«, sagte er.

fek/dpa/AFP

Load-Date: November 16, 2023

End of Document

Musk verbreitet Verschwörungsmymen zu deutschen Seenotrettern

SPIEGEL ONLINE

29. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Flucht übers Mittelmeer

Length: 500 words

Byline: Steffen Lüdke

Highlight: Die Regierung in Rom wirft deutschen Organisationen vor, die irreguläre Migration nach Italien zu fördern. Nun ätzt auch Elon Musk gegen die NGOs das Auswärtige Amt reagiert prompt.

Body

Elon Musk hat am Freitagnachmittag auf X, ehemals Twitter, einen Post eines Accounts verbreitet, der die Rolle von deutschen Seenotrettern im Mittelmeerkritisiert. »Derzeit sind acht deutsche NGO-Schiffe im Mittelmeer unterwegs, um illegale Einwanderer einzusammeln, die in Italien eingeladen werden sollen«, heißt es in dem Post.

»Diese NGOs werden von der deutschen Regierung subventioniert. Hoffen wir, dass die AfD die Wahlen gewinnt, um diesen europäischen Selbstmord zu stoppen.« Elon Musk fragt: »Ist das der deutschen Öffentlichkeit bewusst?«

Der Account verbreitet offenbar regelmäßig rechtsradikale Inhalte. »Wenn wir die Invasion nicht stoppen, könnte das auch in der Schule Deines Kindes in Europapassieren«, heißt es in einem der Telegram-Posts des Accounts. Zu sehen ist eine Klasse verschleierter Mädchen, ein erwachsener Mann schlägt ein Kind. Immer wieder schmäht der Account Einwanderer als Invasoren und schreibt über den vermeintlichen »Selbstmord Europas«.

»Ja, das nennt man Leben retten«

Das Auswärtige Amt von Außenministerin Annalena Baerbock(Grüne) reagierte am Nachmittag auf den Post. »Ja, das nennt man Leben retten«, schrieb die deutsche Behörde auf Englisch. Mission Lifeline, eine der deutschen NGOs, die vor der libyschen und tunesischen Küste Flüchtlinge und Migranten retten, postete einen Spendenaufruf unter Musks Tweet.

Die Zahl der Menschen, die irregulär an Italiens Küsten anlanden, ist in diesem Jahr gestiegen obwohl Postfaschistin Giorgia Meloni im Wahlkampf das Gegenteil versprochen hatte. Monatelang hatte sie vor allem einen Deal mit dem Transitland Tunesien vorangetrieben. Nun jedoch hat sie ihre Taktik gewechselt und beklagt sich öffentlich über deutsche Seenotrettungsorganisationen.

Meloni macht der Bundesregierung Vorwürfe

In dieser Woche beschwerte sie sich schriftlich in Berlin, dass die Bundesregierung die Organisationen unterstütze und so die illegale Migration nach Italien fördere. Die Rettungsschiffe seien für einen Anstieg der Flüchtlingszahlen

Musk verbreitet Verschwörungsmythen zu deutschen Seenotrettern

verantwortlich, schrieb sie was laut mehreren Studien nicht stimmt. Beobachter werten das als Versuch Melonis, von ihrem eigenen Agieren abzulenken.

Laut dem italienischen Migrationsexperten Matteo Villa sind in diesem Jahr nur acht Prozent der Migranten von NGOs an Land gebracht worden; die Zahl der Flüchtlingsboote, die allein ankommen, sei gestiegen. Zudem rettet auch die italienische Küstenwache eine erhebliche Zahl an Menschen. Laut Villalegen zudem mehr Migranten von libyschen Küsten ab, wenn keine Seenotretter vor Ort sind.

Das Mittelmeer ist eine der tödlichsten Fluchtrouten der Welt. In diesem Jahr sind nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) mehr als 2000 Menschen auf der Route im zentralen Mittelmeer gestorben.

Die Bundesregierung vergibt durchaus Mittel an Seenotrettungsorganisationen. Es gibt dazu unter anderem einen Bundestagsbeschluss. Allerdings hatte Berlin bisher immer wieder versucht, auf die Befindlichkeiten in Italien Rücksicht zu nehmen.

slü

Load-Date: September 29, 2023

Mexikos Präsident sichert Biden Kooperation in Migrationsfragen zu

SPIEGEL ONLINE

10. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; US-Einwanderungspolitik

Length: 451 words

Byline: Muriel Kalisch

Highlight: Zehntausende Menschen sammeln sich derzeit an den Grenzübergängen zu den USA. Weil eine strikte Abschieberegung aus der Pandemie endet, rechnet Präsident Joe Biden mit einer »chaotischen« Lage.

Body

Vor dem Hintergrund des bevorstehenden Wegfalls einer strikten Abschieberegung in den USA hat der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador seinem US-Kollegen Joe Biden Kooperationsbereitschaft in Migrationsfragen zugesichert. »Wir sind gute Nachbarn und Freunde«, twitterte López Obrador nach einem virtuellen Treffen mit Biden. In dem einstündigen Gespräch hätten sie auch über die Zusammenarbeit im Kampf gegen den Drogen- und den Waffenhandel beraten.

Am 11. Mai läuft in den USA die sogenannte Titel-42-Regelung aus. Sie war unter dem früheren US-Präsidenten Donald Trump eingeführt worden und erleichterte unter Verweis auf die Coronapandemie eine schnelle Zurückweisung von Migranten. Die US-Regierung rechnet nun mit einer Verschärfung der ohnehin angespannten Lage an der Südgrenze, weil dort schon jetzt mehr Menschen aus Mittel- und Lateinamerika ankommen.

Soldaten an den Grenzen und Wiedereinreiseverbot

Washington kündigte deshalb umfassende Maßnahmen an, etwa die Verlegung zusätzlicher Soldaten an die Grenze, die Auslagerung der Erstregistrierung Asylsuchender nach Kolumbien und Guatemala und die Rückkehr zur Anwendung der sogenannten Titel-8-Regelung, die im Falle illegaler Einwanderung ein fünfjähriges Wiedereinreiseverbot vorsieht.

Biden rechnet trotzdem vorübergehend mit einer chaotischen Lage an der Grenze. Auf die Frage, ob die USA auf einen Ansturm von Menschen an der Grenze vorbereitet seien, sagte der US-Präsident: »Das bleibt abzuwarten. Es wird für eine Weile chaotisch sein.«

Derzeit sammeln sich an den Grenzübergängen Zehntausende Menschen, die Behörden in den USA rechnen mit einem starken Anstieg der Asylanträge. Im US-Bundesstaat Texas haben die Städte El Paso, Brownsville und Laredo den Ausnahmezustand erklärt. Dort halten sich bereits Hunderte Menschen auf, die aus Lateinamerika, aber auch aus China, Russland und der Türkei gekommen sind.

Mexikos Präsident sichert Biden Kooperation in Migrationsfragen zu

Die Behörden befürchten einen Ansturm von Flüchtlingen und Migranten, sobald Titel 42 ausläuft, weil der Eindruck einer Öffnung der Grenzen entstehen könnte. Die US-Regierung hat zuletzt mehrfach betont, sie werde weiter hart gegen illegale Grenzübertritte vorgehen, zugleich aber mehr Möglichkeiten für eine legale Einreise schaffen. Dafür sollen unter anderem Migrationszentren in lateinamerikanischen Staaten eröffnet werden.

Für Präsident Biden ist die Krise an der Grenze zu Mexiko politisch äußerst heikel und die Grenzpolitik ein schwieriger Balanceakt. Die oppositionellen Republikaner werfen dem Demokraten vor, ungehindert Hunderttausende Ausländer ins Land zu lassen, und schüren Ängste vor einer Zunahme von Kriminalität und Drogenproblemen. Ein Thema, mit dem sich gut Wahlkampf machen lässt.

muk/dpa/AFP

Graphic

IMAGO/USA TODAY Network - Hoffnung auf ein neues Leben: Tausende Menschen warten derzeit auf eine Möglichkeit zum Grenzübertritt in die USA

Load-Date: May 10, 2023

End of Document

Deutsche uneins über EU-Flüchtlingsdeal mit Tunesien

SPIEGEL ONLINE

20. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; SPIEGEL-Umfrage

Length: 478 words

Byline: Benjamin Schulz

Highlight: Ein Abkommen der Europäischen Kommission mit Tunesien soll irreguläre Migration nach Europa eindämmen. An der Vereinbarung gibt es Kritik auch in Deutschland gehen die Meinungen auseinander.

Body

Wir geben Geld, dafür kommen weniger Flüchtlinge: Zugespitzt ist das der Kern eines Abkommens zwischen der Europäischen Kommission und Tunesien. Das Land ist oft Startpunkt für Boote, auf denen Flüchtlinge versuchen, nach Europa zu gelangen. Immer wieder sterben dabei Menschen.

Im Kern sieht die Vereinbarung vor, dass Tunesien stärker gegen Schlepper und illegale Überfahrten nach Europa vorgehen soll, um irreguläre Migration einzudämmen. Im Gegenzug soll das wirtschaftlich schwer angeschlagene Land von der EU Finanzhilfen von bis zu 900 Millionen Euro erhalten. Unter anderem will die EU-Kommission etwa für Such- und Rettungsaktionen und Rückführungen von Migrant*innen gut hundert Millionen Euro zur Verfügung stellen (lesen Sie hier eine Analyse zu der Vereinbarung).

Das Abkommen ruft in der deutschen Bevölkerung ein geteiltes Echo hervor, wie eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Civey für den SPIEGEL zeigt. Demnach befürworten insgesamt 44 Prozent der Bevölkerung den Deal 26 Prozent sehen ihn als »eindeutig richtig«, weitere 18 Prozent als »eher richtig« an.

(Hintergründe und Informationen zur Civey-Methodik finden Sie hier.)

Es gibt aber auch erheblichen Widerstand. Insgesamt 37 Prozent stehen der Vereinbarung ablehnend gegenüber 11 Prozent finden sie »eher falsch«, 26 Prozent »eindeutig falsch«. Fast ein Fünftel der Bevölkerung ist in der Frage unentschieden.

Bemerkenswert ist, dass Männer der Vereinbarung positiver gegenüberstehen als Frauen. Rund die Hälfte der Männer (49 Prozent) befürwortet das Abkommen, bei den Frauen liegt dieser Anteil bei 38 Prozent. Der Anteil der Personen, die unentschieden sind, ist bei den Frauen deutlich größer als bei den Männern.

Die Abmachung mit Tunesien ist umstritten. Jüngst gab es Berichte, wonach die Behörden im Land 200 Migrant*innen ohne Wasser in der Wüste an der Grenze zu Libyen ausgesetzt haben sollen. Die Betroffenen wurden gerettet. Für Kritiker des EU-Abkommens mit der Regierung in Tunis zeigte der Vorfall, dass Tunesien in der Migrationsfrage kein Türsteher Europas sein sollte.

Deutsche uneins über EU-Flüchtlingsdeal mit Tunesien

Zudem warf die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch den Behörden im Land vor, afrikanische Migranten zu misshandeln. Die Rede ist unter anderem von Schlägen, Folter, willkürlichen Verhaftungen und Inhaftierungen, Zwangsräumungen und Diebstahl von Geld und persönlichen Gegenständen. Die Organisation forderte die EU dazu auf, ihre finanzielle Unterstützung für Tunesien zur Migrationskontrolle einzustellen.

Behörden in den Mittelmeerstaaten, vor allem in Italien, registrieren eine steigende Zahl von Menschen, die über die Mittelmeerroute versuchen, nach Europa zu gelangen. In Italien kamen in diesem Jahr offiziellen Angaben zufolge bis Mitte Juli rund 75.000 Flüchtlinge in Booten an. Im entsprechenden Vorjahreszeitraum waren es knapp 32.000. Mehr als die Hälfte der Menschen kam aus Tunesien.

ulz

Graphic

EPA - Flüchtlinge in einem improvisierten Lager vor der Zentrale der Internationalen Organisation für Migration in Tunis

dpa - Tunesiens Präsident Kais Saied, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen: Händeschütteln in Tunis

Load-Date: July 20, 2023

End of Document

SPD-Innenexperte warnt Ampelpartner vor »populistischer Verhetzung«

SPIEGEL ONLINE

18. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Streit wegen Bezahlkarten für Asylbewerber

Length: 385 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Die FDP ist dafür, die Grünen dagegen, die SPD muss vermitteln: Die Bezahlkarten für Asylbewerber sind das nächste Streitthema der Ampel. Innenexperte Helge Lindh ist beunruhigt.

Body

Gedankenspiele über die finanzielle Unterstützung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern drohen zu einem neuen Kernstreit der Ampel zu werden. Nun warnt der SPD-Bundestagsabgeordnete Helge Lindh die Ampelparteien vor »populistischen Verhetzungen« und appelliert an die »Verantwortungsgemeinschaft in der Ampel«.

Die gegenwärtige Verantwortung in der Migrationspolitik gehe »weit über persönliche Profilierung und parteiliche Befindlichkeiten hinaus«, sagte Lindh dem SPIEGEL. »Wir müssen höllisch aufpassen, nicht wieder in koalitionäre Selbstbeschäftigung zu rutschen.« Statt die Arbeitsteilung in der Ampel »im Sinne von Gut und Böse, moralisch-fortschrittlich und hart-restriktiv« aufzuteilen, müsse sich die Koalition zusammenraufen. »Die Gefahr notorischer populistischer Verhetzung samt Überbietungswettbewerb ist real«, so Lindh.

Worum geht es? Um mögliche Bezahlkarten für Asylbewerber. Mit dem System würden Asylbewerber die ihnen zustehenden Leistungen nicht mehr bar, sondern per Chipkarte erhalten. Damit soll dann ein Geldtransfer in die Heimatstaaten nicht mehr möglich sein. Der Sonderbevollmächtigte der Bundesregierung für Migrationsabkommen und FDP-Politiker Joachim Stamphatte die Bezahlkarten jüngst als sinnvoll bezeichnet. Der Grünenpolitiker Julian Pahlke warf ihm daraufhin »staatspolitische Verantwortungslosigkeit« vor.

Furcht vor neuer »parteipolitischer Debatte«

Durch die Einführung von Bezahlkarten würden sich nicht weniger Menschen auf die Flucht begeben, so Pahlke. Die Idee sei nicht im Sinne der Ampel, sondern nur Teil einer »parteipolitischen Debatte«.

Lindh, Mitglied im Innenausschuss, hält nun gegen den grünen Koalitionspartner: Zur Bezahlkarte könne und solle man geflissentlich streiten. Aber Pahlke sei »recht selbstwidersprüchlich«, wenn er Stamp parteipolitisches Agieren vorwerfe und dabei selbst eine parteipolitische Agenda betreibe. »Man muss nicht Vorschläge und Einlassungen des Sonderbevollmächtigten abnicken. Aber wir haben die Pflicht, Stamp nicht seiner Arbeitsfähigkeit zu berauben«, so Lindh. »Koalition geht anders.«

SPD-Innenexperte warnt Ampelpartner vor »populistischer Verhetzung«

Die Diskussion über die Bezahlkarten fußt auf einer Überlegung der Ministerpräsidentenkonferenz. Neben den Ländern dringt auch die Union auf die bundesweit einheitlich geregelte Bezahlkarte. Stamps Partei, die FDP, ist ebenfalls dafür.

mrc/cte

Load-Date: October 18, 2023

End of Document

Mindestens zehn Tote bei Bootsunglück vor der tunesischen Küste

SPIEGEL ONLINE

12. April 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Flucht nach Europa

Length: 568 words

Byline: Steffen Lüdke

Highlight: Auf dem Weg nach Europa sind erneut zahlreiche Flüchtlinge ertrunken. Die Fluchtroute über das zentrale Mittelmeer ist so tödlich wie seit 2016 nicht: Mehr als 400 Menschen starben in den vergangenen Monaten.

Body

Vor der tunesischen Küste ist erneut ein Flüchtlingsboot gesunken. Nach Angaben von Offiziellen starben dabei mindestens zehn Menschen, bis zu 30 werden vermisst. Die tunesische Küstenwache konnte 76 Migrantinnen und Migranten retten.

Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sind auf der Route über das zentrale Mittelmeerso viele Menschen ums Leben gekommen wie seit 2016 nicht mehr. Zwischen Januar und März dokumentierte die Uno-Organisation dort mindestens 441 Todesfälle.

Die wahre Zahl der Todesopfer liegt mit großer Wahrscheinlichkeit deutlich höher: IOM untersucht zahlreiche sogenannte unsichtbare Schiffbrüche. In diesen Fällen werden Boote vermisst, es wurde aber kein Notruf empfangen oder Wrack gefunden.

Kritik an Verzögerungen bei staatlichen Rettungsmissionen

»Die Verzögerungen bei der staatlichen Rettungsaktion und die Behinderung von NGO-Schiffen müssen ein Ende haben«, twitterte eine IOM-Sprecherin. »Die menschliche Katastrophe, die sich im Mittelmeer ereignet, ist nicht hinnehmbar«, sagte Direktor Antonio Vitorino. Er forderte »eine proaktive Koordination der EU-Staaten« bei der Suche und Rettung von in Seenot geratenen Migranten. Seit 2014 seien mehr als 20.000 Menschen auf dem Mittelmeer gestorben. Eine eigene EU-Mission zur Rettung von Flüchtlingen wurde vor Jahren eingestellt.

Laut IOM ist es bei mindestens sechs Schiffsunglücken zu Verzögerungen bei staatlichen Rettungsaktionen gekommen. In einem weiteren Fall habe es gar keine Rettungsaktion gegeben, dabei seien 73 Menschen gestorben.

NGOs kritisieren staatliche Stellen im Mittelmeer seit Jahren für zögerliche Rettungsaktionen. Zuletzt behauptete die Organisation »Sea Watch«, dass die maltesische Rettungsleitstelle Handelsschiffe angewiesen habe, Flüchtlinge nur mit Wasser und Benzin zu versorgen und nicht direkt zu retten.

Mindestens zehn Tote bei Bootsunglück vor der tunesischen Küste

Die italienische Küstenwache fährt zwar immer wieder zu Rettungseinsätzen aus. Private Seenotrettungsschiffe blockiert die Regierung in Rom allerdings nach Kräften. Ein Dekret regelt, dass die Retter nach jedem Einsatz unverzüglich einen Hafen anlaufen müssen, auch wenn sie weitere Migranten bergen könnten. Zudem schicken die Behörden die Schiffe immer wieder in Hunderte Kilometer entfernte Häfen.

Verhaftungswelle in Tunesien

Insbesondere aus Libyen und Tunesien legen derzeit viele Flüchtlingsboote ab. Die italienische Insel Lampedusa liegt weniger als 150 Kilometer von der tunesischen Küste entfernt. Laut IOM haben allein am Osterwochenende 3000 Geflüchtete Italienerreicht. Seit Beginn des Jahres seien mehr als 31.000 Menschen dort angekommen.

Der tunesische Präsident Kais Saied hatte am 21. Februar eine Rede gehalten, in der er illegal im Land lebende Migranten beschuldigt hatte, Teil einer Verschwörung zu sein. Er warnte vor kriminellen Horden, die die Demographie Tunesiens verändern sollten. Seine Rhetorik erinnerte an die rechtsextreme Verschwörungstheorie vom »großen Austausch«.

Saieds Rede führte zu einer Verhaftungswelle. Geflüchtete und Migranten aus Subsahara-Afrika, die oft seit Jahren in Tunesien leben und arbeiten, fürchten seither um ihr Leben, viele steigen auf Boote Richtung Europa. Zuletzt hatte sich die Situation im Land etwas beruhigt. Am Dienstag gab es dann erneut Aufruhr: Wie die »taz« berichtet, löste die Polizei den Protest von hunderten Migranten auf. Sie hatten vor dem Gebäude des Uno-Flüchtlingshilfswerks demonstriert.

slü/AFP

Graphic

Copyright 2022 The Associated Press. All rights reserved - Flüchtlingsboot vor Tunesien: Mindestens 441 Tote in drei Monaten

Load-Date: April 12, 2023

»Die EU schlafwandelt in eine neue Migrationskrise«

SPIEGEL ONLINE

17. April 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; EVP-Chef Manfred Weber

Length: 419 words

Byline: Anna-Lena Abbott

Highlight: In den vergangenen Monaten sind Zehntausende Menschen übers Mittelmeer in die EU gekommen. EVP-Chef Manfred Weber fordert deshalb einen Flüchtlingspakt mit Tunesien und eine Debatte im EU-Parlament.

Body

Angesichts steigender Flüchtlingszahlen über die Mittelmeerroute fordert EVP-Chef Manfred Weber(CSU), mit TunesienVerhandlungen über einen Flüchtlingspakt aufzunehmen. Die EVP wolle am Montag eine Debatte im Europäischen Parlament über das Thema beantragen, berichtete die »Bild«-Zeitung.

»Die EU schlafwandelt in eine neue Migrationskrise, obwohl der rasant steigende Migrationsdruck offensichtlich ist«, sagte Weber der Zeitung. »In Italiensind in den ersten drei Monaten dieses Jahres über 300 Prozent mehr Migranten als im vergangenen Jahr angekommen.« Der EVP-Chef mahnte mehr europäische Solidarität an: »Italien hat bereits den Notstand ausgerufen und die anderen EU-Staaten schauen weg«, sagte er. »Wir dürfen Italien nicht allein lassen.«

Italiens rechtsgerichtete Regierung hatte in der vergangenen Woche einen sechsmonatigen, landesweiten Ausnahmezustand verhängt. Damit soll es ermöglicht werden, den besonders betroffenen Regionen im Süden zunächst fünf Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Mit dem Ausnahmezustand sollen zudem einfacher neue Aufnahmezentren für Geflüchtete errichtet werden können.

Das Innenministerium in Rom zählte in diesem Jahr bereitsmehr als 32.700 Menschen, die auf Booten Italien erreichten im gleichen Vorjahreszeitraum waren es rund 7900 gewesen.

Dem Zeitungsartikel zufolge hat Tunesien mittlerweile Libyenals Haupt-Transferland abgelöst: 57 Prozent der in Italien ankommenden Migranten bestiegen dort die Schlepperboote. Die »Bild« beruft sich dabei auf ein Papier aus der EU-Kommission, das auf Basis von Erkenntnissen der EU-Grenzschutz-Agentur Frontex erstellt worden sein soll.

Die EU müsse »umgehend mit Tunesien über einen Migrationspakt verhandeln«, forderte Weber nun. »Ähnlich wie beim Türkei-Abkommen muss den Schlepperbanden gemeinsam das Handwerk gelegt werden.«

Italienische Küstenwache rettet rund 600 Migranten von Fischerboot

»Die EU schlafwandelt in eine neue Migrationskrise«

Erst am Sonntag hatte die italienische Nachrichtenagentur Ansa von einer weiteren Rettungsaktion im Mittelmeer südöstlich von Sizilien berichtet: Die italienische Küstenwache habe in der maltesischen Such- und Rettungszone rund 600 Migranten von einem in Seenot geratenen Fischerboot gerettet.

Mehr als hundert Gerettete seien bereits von einem Frontex-Schiff im sizilianischen Catania an Land gebracht worden, schrieb Ansa. Am Montagmorgen sollten dort 200 weitere eintreffen. Die übrigen 300 Menschen befanden sich dem Bericht zufolge an Bord eines Schiffs der Marine auf dem Weg in die sizilianische Stadt Augusta.

aar/AFP/Reuters

Graphic

IMAGO/ZUMA Press - Hunderte Migranten erreichten vergangene Woche auf diesem Boot das italienische Catania

IMAGO/Christian Spicker - Manfred Weber

Load-Date: April 16, 2023

Muss sich Europa auf Millionen Klimaflüchtlinge einstellen?

SPIEGEL ONLINE

28. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Migration

Length: 1169 words

Byline: Heiner Hoffmann

Highlight: Immer mehr Menschen weltweit fliehen vor den Auswirkungen der Erderwärmung. Kommt es zur Massenmigration? Die Generalsekretärin des Danish Refugee Council fordert schnelles Handeln – andernfalls könnte es sehr teuer werden.

Body

Während in Europa die Sommer heißer und trockener werden, hat die Klimakrise im Globalen Süden bereits deutlich heftigere Konsequenzen. Menschen ertrinken, verhungern oder müssen ihre Heimat verlassen. Laut UNHCR im vergangenen Jahr bereits die Hälfte der weltweiten Fluchtbewegungen auf den Klimawandel zurück, Tendenz steigend. Vor allem Konfliktländer wie Somalia, Südsudan oder Jemen sind überproportional betroffen. Doch bei ihnen kommt am wenigsten Hilfe an, wie die Nichtregierungsorganisation Danish Refugee Council (DRC) gerade in einer Datenanalyse festgestellt hat. DRC arbeitet in 40 Ländern weltweit mit Geflüchteten, immer häufiger auch im Kontext der Erderwärmung. Die Generalsekretärin Charlotte Slente warnt: Wenn nicht mehr investiert wird vor Ort, könnte sich die Zahl der Betroffenen verdoppeln.

SPIEGEL: Wird die Klimakrise bald eine Massenmigration auslösen?

Slente: Die Klimakrise löst schon jetzt große Migrationsbewegungen aus. Da gibt es zum einen die ganz direkten Folgen, Dürren oder Überschwemmungen, vor denen Menschen fliehen müssen. Und es gibt die langfristigeren Folgen – wie fehlender Zugang zu sauberem Trinkwasser oder zu fruchtbarem Ackerland. Der Klimawandel führt außerdem zu gewaltsamen Konflikten, die wiederum zu mehr Vertreibung führen. Solche Szenarien werden in Zukunft viel häufiger vorkommen.

SPIEGEL: Der Weltklimagipfel COP28 steht vor der Tür. Wird die Klimaflucht da eine Rolle spielen?

Slente: Ich hoffe doch sehr. Der Klimawandel trifft die Entwicklungsländer besonders stark, sie nehmen die meisten Vertriebenen auf. Aber die Klimazahlungen aus dem Globalen Norden kommen nicht in den Ländern an, die sie am meisten brauchen. Länder, in denen gewaltsame Konflikte herrschen, erhalten nur sehr wenige Mittel für die Klimaanpassung. Denn diese Mittel sind Teil der Entwicklungshilfe und wenn ein Konflikt ausbricht, wird diese meist ausgesetzt. Das muss auf der COP28 dringend diskutiert werden. Denn viele Konflikte hängen eng mit der Klimakrise zusammen, da ist es widersinnig, die Klimagelder zu streichen.

Muss sich Europa auf Millionen Klimaflüchtlinge einstellen?

SPIEGEL: Aber es gab jüngst verschiedene Skandale, zum Beispiel in Äthiopien oder Somalia, dort sollen Gelder gezielt abgezweigt worden sein – deswegen haben die Geber ihre Hilfe vorübergehend ausgesetzt.

Slente: Das ist natürlich immer ein Risiko, wenn man mit bestimmten Ländern zusammenarbeitet. Man muss sehr gute Kontrollmechanismen einrichten. Das machen wir als Organisation auch, und wir arbeiten in vielen Konfliktländern, wo das Risiko von Veruntreuung sehr groß ist. Es geht also, man muss es nur richtig machen.

SPIEGEL: Somalia wurde in den vergangenen Jahren von einer verheerenden Dürre heimgesucht, mehr als drei Millionen Menschen vertrieben. Jetzt hat der Regen endlich eingesetzt, aber mit ihm schwere Überschwemmungen, vor denen weitere 600.000 Menschen fliehen mussten. Müssen wir uns in Zukunft damit abfinden, dass manche Landstriche einfach nicht mehr bewohnbar sein werden?

Slente: Am Horn von Afrika wurden auch zahlreiche Flüchtlingslager überflutet; Klimavertriebene mussten also ein zweites Mal fliehen. Wir als Organisation versuchen vor Ort, die Zahl der Vertriebenen so gering wie möglich zu halten. Wir wollen den Leuten ein Leben in der Heimat ermöglichen. Wir versuchen, die Häuser stabiler zu bauen und neue Anbautechniken einzuführen, die klimaresistenter sind. Es muss viel mehr solche Programme geben. Außerdem müssen wir die Umweltzerstörung in den Gebieten eindämmen, in die Menschen fliehen, etwa rund um die Flüchtlingslager. Aber dafür braucht man eine Menge Geld.

SPIEGEL: Aber wenn Dürren und Überschwemmungen, extreme Wetterereignisse, immer häufiger auftreten – ist das nicht ein Kampf gegen Windmühlen?

Slente: Ja, ich gehe davon aus, dass in den nächsten Jahren immer mehr Orte unbewohnbar sein werden. Die Menschen müssen von dort weggehen. Nomaden müssen ihre Wandergebiete ausweiten, um zu überleben. Und das trifft die Ärmsten am stärksten, denn sie haben keine Ressourcen, um die Folgen der Klimakrise aufzufangen. Viele Menschen werden mehrfach vertrieben werden. Denn die Flüchtlingslager werden oft an Orten errichtet, an denen das Land unbrauchbar ist; man kann dort weder richtige Häuser bauen noch Ackerbau betreiben.

SPIEGEL: Die zunehmende Migration und der Kampf um knappe Ressourcen schüren gewaltsame Konflikte. Was erwarten Sie für die Zukunft?

Slente: Leider erleben wir bereits eine Welt, die immer brutaler wird. Viele neue Krisen entstehen durch die Auswirkungen des Klimawandels, viele alte Krisen ziehen sich dadurch in die Länge. Jedes Jahr sind mehr als 20 Millionen Menschen von klimabedingten Katastrophen betroffen. Diese Menschen brauchen humanitäre Hilfe. Und ich bin fest davon überzeugt, dass diese Zahl in den kommenden Jahren noch deutlich steigen wird.

SPIEGEL: Derzeit genießen Klimaflüchtlinge keinen rechtlichen Schutz durch die Genfer Konvention, sie haben also keinen Anspruch auf Asyl. Sollte sich das ändern?

Slente: Wir müssen neue Wege finden, um diese Menschen zu schützen. Es wäre schwierig, die Genfer Konvention zu ändern. Aber es kommt bereits zu ersten Klagen und Gerichtsverfahren, zum Beispiel von Inselbewohnern, die wegen des steigenden Wasserspiegels ihren Lebensraum verlieren. Sie kämpfen, um als Flüchtlinge anerkannt zu werden. Die Klimakatastrophe verändert die Art und Weise, wie wir in Zukunft mit Geflüchteten umgehen müssen.

SPIEGEL: Aber wenn wir allen Klimavertriebenen Schutz gewähren, würde es nicht zu einer Massenmigration kommen? Muss sich Europa dann auf Millionen Klimaflüchtlinge einstellen?

Slente: Aus der bisherigen Erfahrung wissen wir, dass klimabedingte Migration eher lokal stattfindet. Die Menschen neigen dazu, in andere Regionen ihres Heimatlandes oder in die direkten Nachbarländer zu flüchten. 80 Prozent der Geflüchteten leben in Entwicklungsländern. Ich glaube nicht, dass sich dieser Trend in den nächsten Jahren ändern wird.

»Das wird sehr teuer werden.«

Muss sich Europa auf Millionen Klimaflüchtlinge einstellen?

SPIEGEL: Auch viele europäische Länder haben mit steigendem Meeresspiegel zu kämpfen. Könnte auch eine Migration in die andere Richtung, von Norden nach Süden, stattfinden?

Slente: Ich glaube nicht. Länder wie die Niederlande oder Dänemark, wo ich lebe, haben die Ressourcen, um sich technologisch auf die Klimakrise einzustellen. Es ist eine völlig andere Situation als in vielen Konfliktländern im Globalen Süden.

SPIEGEL: Was muss jetzt passieren oder ist es schon zu spät?

Slente: Nein, es ist nie zu spät. Wir müssen dringend die Mittel für die Klimaanpassung aufstocken, vor allem in den am meisten betroffenen Ländern. Auch die Regierungen dieser Länder müssen dem Thema Klimamigration viel mehr Beachtung schenken, es muss ganz oben auf der Prioritätenliste stehen. Und humanitäre Organisationen müssen sich stärker auf Klimathemen konzentrieren, um die Zahl der Vertriebenen gering zu halten. Wenn wir nicht entschieden reagieren, dann wird sich die Zahl der Menschen, die humanitäre Hilfe benötigen, bis 2050 auf mehr als 200 Millionen pro Jahr verdoppeln. Das wird sehr teuer werden.

Graphic

© 2022 SOPA Images - Sandsturm in Dollow, Somalia

Load-Date: November 28, 2023

End of Document

»Einer der schwersten politischen Tage«

SPIEGEL ONLINE

10. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Baerbock verteidigt ihr Ja zum EU-Asylkompromiss

Length: 379 words

Byline: Ansgar Siemens

Highlight: Die EU will die Asylregeln deutlich verschärfen und damit illegale Migration eindämmen. Nun spricht die grüne Außenministerin über ihr inneres Ringen in der Frage - und über eine »bittere Wahrheit«.

Body

Außenministerin Annalena Baerbock(Grüne) hat die Zustimmung der Bundesregierung zum EU-Asylkompromiss als eine ihrer schwierigsten Entscheidungen bezeichnet. Es sei für sie »sicherlich einer der schwersten politischen Tage« gewesen, »diese Abwägung zu treffen«, sagte sie auf dem Evangelischen Kirchentag in Nürnberg.

Sie habe sich gefragt: »Wie mache ich den Status Quo, die wirkliche Realität besser.« Ziel sei es gewesen, »dass mehr Menschen human behandelt werden«. Dazu gehöre leider auch, »die bittere Wahrheit mit in Kauf zu nehmen, dass es für einige auch schlechter ist«.

»Nichthandeln keine Alternative«

Die vereinbarten Pläne für eine weitreichende Reform des EU-Asylsystems sehen zahlreiche Verschärfungen vor, um illegale Migration zu begrenzen. Geplant ist insbesondere ein deutlich härterer Umgang mit Menschen aus Ländern, die als relativ sicher gelten. Sie sollen künftig nach einem Grenzübertritt in streng kontrollierten Aufnahmeeinrichtungen untergebracht werden.

Sie habe sich für den Kompromiss entschieden, »weil ein Nichthandeln keine Alternative ist«, sagte Baerbock bei dem Podiumsgespräch mit Alt-Bundespräsident Joachim Gauck.

»Deutschland kann sich bei einem solchen Thema nicht enthalten«, betonte die Außenministerin. »Das hätte dazu geführt, dass Staaten wie Ungarn und Polen den Standard gesetzt hätten.« Ohne den Kompromiss »hätte es wieder nationale Binnengrenzen gegeben«, sagte die Grünen-Politikerin. »Dann wäre die Konsequenz gewesen, dass jeder Staat gesagt hätte: Ich mache, was ich will.«

Die Grünen sind in der Frage tief gespalten. Parteichef Omid Nouripour hatte die Einigung befürwortet, seine Co-Chefin Ricarda Lang sprach sich dagegen aus. »Diese Einigung bedeutet eine Verstärkung von Leid und Chaos«, sagte Filiz Polat, Migrationsexpertin der Grünen im Bundestag, den Zeitungen der Funke Mediengruppe.

»Einer der schwersten politischen Tage«

Die Grünen im Europaparlament kündigten Widerstand gegen die Reformpläne an. »Als Grüne im Europäischen Parlament halten wir den Ratsbeschluss nicht für tragfähig«, sagte die Co-Fraktionsvorsitzende Terry Reintke dem Redaktionsnetzwerk Deutschland.

»Wir werden in den Gesprächen mit der EU-Kommission und dem Europäischen Rat für Verbesserungen kämpfen. Am Ende werden wir nicht um jeden Preis eine Einigung unterstützen.«

sms/dpa/AFP

Graphic

Ritzau Scanpix / AFP - Außenministerin Annalena Baerbock: schwierige Entscheidung

Load-Date: June 10, 2023

End of Document

Rund 40 Vermisste nach Bootsunglück vor Lampedusa

SPIEGEL ONLINE

09. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Flucht nach Europa

Length: 367 words

Byline: Muriel Kalisch

Highlight: Die Zahl der Mittelmeerüberquerungen Richtung Italien ist im vergangenen Jahr stark gestiegen. Auf dem Weg nach Europa sind wohl erneut zahlreiche Flüchtlinge ertrunken.

Body

Nach einem Bootsunglück mit Flüchtlingen im Mittelmeer werden nach Angaben der italienischen Nachrichtenagentur Ansa mindestens 40 Menschen vermisst. Ein Flüchtlingsboot sei von der tunesischen Küstenstadt Sfax in Richtung Italiengefahren und vor der Mittelmeerinsel Lampedusagekentert, berichtete die Ansa unter Berufung auf vier gerettete Flüchtlinge.

Drei Männer und eine Frau wurden demnach von einem maltesischen Frachtschiff aus dem Wasser gerettet und von der italienischen Küstenwache nach Lampedusa gebracht. Sie berichteten von 41 Toten. Bisher wurden jedoch laut Ansa keine Leichen gefunden.

Menschen fliehen von Sfax nach Europa

Vor allem in Italien wird seit geraumer Zeit über die Ankunft Tausender Menschen diskutiert. In diesem Jahr stiegen die Migrationszahlen über die Mittelmeerroute massiv. Allein bis Mitte Juli zählte das Innenministerium in Rom mehr als 75.000 Geflüchtete, die seit Jahresbeginn an Italiens Küsten ankamen im Vorjahreszeitraum waren es rund 31.900. Bei den gefährlichen Mittelmeerüberquerungen auf meist ungeeigneten Booten kommt es immer wieder zu verheerenden Unglücken. So ertranken vor der griechischen Küste im Juni Hunderte Menschen.

Immer mehr Menschen stiegen zuletzt in Tunesien in Boote. Die Küstenlinie bei Sfax ist ein Anziehungspunkt für Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten, die vor Armut und Konflikten fliehen und nach Europa gelangen wollen. Angesichts steigender Zahlen von Migranten und ihrer lebensgefährlichen Mittelmeerüberfahrten hatten die EU und Tunesien im Juli ein Migrationsabkommen geschlossen. Tunesien soll härter gegen Schlepper und illegale Mittelmeerüberfahrten vorgehen. Das von einer schweren Wirtschaftskrise und hoher Arbeitslosigkeit geplagte Tunesien erhält dafür von der EU finanzielle Unterstützung von mehr als einer Milliarde Euro.

Die EU steht dafür in der Kritik auch, weil Tunesien zunehmend gewaltsam gegen Geflüchtete vorgeht. Präsident Kais Saied sprach etwa von »Horden« von Migrantinnen und Migranten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara, die das Land überlaufen würden. Sicherheitskräfte schafften Dutzende Menschen zuletzt in die Wüste zum benachbarten Libyen und brachten sie damit in Lebensgefahr.

muk/dpa

Graphic

dpa - Die Boote der Schlepper sind kaum seetüchtig und oft völlig überfüllt

Load-Date: August 9, 2023

End of Document

Stellvertretender Tory-Vorsitzender will »die Gesetze ignorieren«

SPIEGEL ONLINE

15. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Nach Urteil des Supreme Court zu Ruanda

Length: 386 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Die britische Regierung will Asylbewerber ohne Verfahren nach Ruanda verbannen ein rechtswidriges Vorgehen. Für den stellvertretenden Vorsitzenden der Regierungspartei offenbar kein Problem.

Body

Der Supreme Court in London hat entschieden: Die Pläne der britischen Regierung, Asylsuchende nach Ruanda abzuschieben, sind rechtswidrig. Ein seit Monaten schwelender Rechtsstreit zu dem Vorhaben der Regierung von Premierminister Rishi Sunak wurde durch das Urteil des Obersten Gerichts vorerst abgeschlossen.

Die Diskussion über Abschiebungen in Drittstaaten ist damit aber längst nicht beendet.

Der stellvertretende Vorsitzende der regierenden konservativen Partei, Lee Anderson, empfiehlt nun laut übereinstimmenden Medienberichten, sich über die Vorgabe des Gerichts hinwegzusetzen.

»Ich denke, dass wir die Gesetze ignorieren sollten und sie noch am gleichen Tag zurückschicken sollten«, sagte Anderson mit Blick auf internationale Vereinbarungen zum Umgang mit Asylsuchenden. Die Regierung müsse »echte Führung« zeigen. »Ich denke, das britische Volk war sehr geduldig und erwartet jetzt Handlungen«, sagte Anderson. Die zuständigen Minister sollten »jetzt Flugzeuge in die Luft schicken«.

Innenminister will sich an geltendes Recht halten

Der Vorstoß stößt innerhalb der Partei offenbar nicht nur auf Zustimmung. Darauf angesprochen, ob er sich von den Äußerungen Andersons distanzieren, sagte Innenminister James Cleverly, die britische Regierung halte sich an das Recht.

Sie respektiere das Urteil und werde die Entscheidung bei der Inkraftsetzung des Ruanda-Plans berücksichtigen, so Cleverly weiter. Dieses werde völlig im Einklang mit internationalem Recht sein.

Der Supreme Court hatte sein ablehnendes Urteil damit begründet, dass die Gefahr bestehe, dass Asylbewerber in dem ostafrikanischen Land kein faires Asylverfahren erhielten. Das Gericht berief sich unter anderem auf Erfahrungsberichte des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNHCR.

Stellvertretender Tory-Vorsitzender will »die Gesetze ignorieren«

Die konservative Regierung von Premierminister Sunak will mit den Abschiebungen nach Ostafrika Migranten von der irregulären Einreise in kleinen Booten über den Ärmelkanal abschrecken. Dafür hatte London noch unter Ex-Premier Boris Johnson ein Abkommen mit dem ostafrikanischen Land geschlossen.

Der Oberste Gerichtshof des Vereinigten Königreichs wurde erst 2009 geschaffen. Das Gericht hat weniger Befugnisse als etwas der Supreme Court in den USA, verhandelt aber unter anderem verfassungsrechtliche Zuständigkeiten und Verstöße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention.

fek/mrc

Load-Date: November 15, 2023

End of Document

Landkreise fordern Arbeitspflicht für alle Flüchtlinge

SPIEGEL ONLINE

13. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/GESELLSCHAFT; Vor Spitzentreffen im Kanzleramt

Length: 387 words

Byline: Alexander Preker

Highlight: »Wer gesund ist, muss arbeiten«: Die Landkreise erhöhen vor Beginn des Flüchtlingsgipfels von Bund, Ländern und Opposition den Druck auf die Politik. Und sie kritisieren, dass sie nicht eingeladen seien.

Body

Vor Beginn des Flüchtlingsgipfels von Bund, Ländern und oppositioneller Union an diesem Freitag pocht der Deutsche Landkreistag auf eine Arbeitspflicht für alle Migranten in Deutschland. »Wer gesund ist und nicht gehandicapt ist, muss arbeiten. Eine Arbeitspflicht muss her«, sagte Verbandspräsident Reinhard Sager der »Bild«-Zeitung. Dabei sei es egal, ob es sich beispielsweise um gemeinnützige Arbeit oder eine Arbeit in der Gastronomie handle.

Sager kritisierte zugleich, nicht zum Spitzengespräch im Kanzleramt eingeladen worden zu sein. »Wir sind beim Gipfel nicht dabei, haben nichts von Scholz gehört. Wir tragen die Hauptlast und sitzen nicht am Tisch. Wir brauchen dringend die Unterstützung der 16 Ministerpräsidenten«, sagte er. Zuletzt hatte Bundeskanzler Olaf Scholz in der Migrationsfrage einen »Migrationspaket« vorgelegt, der mehr Abschiebungen vorsieht, aber auch die Zahl der arbeitenden Flüchtlinge erhöhen soll.

Boris Rhein: Flüchtlingsfinanzierung wichtigstes Thema

SPD-Politiker Scholz will sich im Lauf des Tages im Kanzleramt mit den Ministerpräsidenten der Länder und dem Unionsfraktionsvorsitzenden Friedrich Merz (CDU) treffen, um über Maßnahmen zur Eindämmung der irregulären Migration und generell zur Modernisierung des Landes zu beraten.

Nur Stunden vor dem Spitzentreffen will die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) unter dem Vorsitz des hessischen Regierungschefs Boris Rhein(CDU) ihr zweitägiges Treffen in Frankfurt beenden. Die Länder wollen vor allem die für 6. November geplante Runde mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) vorbereiten. Dann ist eine Grundsatzentscheidung über dauerhaft höhere Bundesmittel für die Flüchtlingskosten geplant.

Der MPK-Vorsitzende Rhein sagte am Donnerstag beim Auftakt der zweitägigen Konferenz in Frankfurt, diese sei im föderalen System in Deutschland noch wichtiger als das folgende Spitzentreffen im Kanzleramt. Er sagte, es sei am wichtigsten, dass die Länder beim Thema Flüchtlinge und ihrer Finanzierung eine Einigung haben, »mit der wir natürlich dann eben auch wirklich den Bund mit unseren Argumenten überzeugen können«.

Landkreise fordern Arbeitspflicht für alle Flüchtlinge

Im ARD-»Morgenmagazin« ergänzte Rhein, es komme darauf an, »dass Maßnahmen ergriffen werden, dass weniger Menschen kommen und dass wir es schaffen, dass diejenigen, die abgelehnt werden, dann auch wirklich zurückgehen müssen.«

apr/dpa

Load-Date: October 13, 2023

End of Document

Lindner will Überweisungen in Heimatländer unterbinden

SPIEGEL ONLINE

05. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Geld für Asylbewerber

Length: 451 words

Byline: Sven Scharf

Highlight: Der Finanzminister plant, die »Attraktivität unseres Sozialstaats« zu reduzieren. Christian Lindner will prüfen lassen, ob die Überweisung staatlicher Geldzahlungen durch Asylbewerber in ihre Heimatländer blockierbar ist.

Body

Der Ruf nach einer Begrenzung vermeintlicher finanzieller und sozialer Anreize für Geflüchtete ist in den vergangenen Tagen lauter geworden und häufiger zu hören. Nun hat der Finanzminister angekündigt, Möglichkeiten zu prüfen, um die Überweisung staatlicher Geldzahlungen durch Asylbewerber in ihre Heimatländer zu blockieren.

Deutschland müsse »die Attraktivität unseres Sozialstaats reduzieren«, sagte Christian Lindner in einem Interview mit t-online. Geldüberweisung in Heimatstaaten Geflüchteter könnten auch »eine Finanzierungsquelle der Schlepperkriminalität sein«.

»Ich möchte dafür Wege finden«

»Als Finanzminister lasse ich meine Fachleute prüfen, wie wir blockieren können, dass von Sozialleistungen Geld in Herkunftsländer überwiesen wird«, sagte Lindner. Auf die Frage, ob er das technisch und juristisch für umsetzbar halte, sagte Lindner: »Ich möchte dafür Wege finden. Generell befürworte ich Sachleistungen statt Geld.« Deutschland müsse »die Kontrolle über Einwanderung zurückgewinnen«.

Auch FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai sprach sich für ein Verbot von Auslands- oder Rücküberweisungen für alle Asylbewerber aus. Er sagte den Zeitungen der Mediengruppe Bayern, Pull-Faktoren also Anreize für die Flucht nach Deutschland müssten begrenzt werden, »um die Migrationslage wieder in den Griff zu bekommen«. Dazu gehöre auch, »dass wir die Möglichkeit für Asylbewerber, Geld in ihre Herkunftsländer zu überweisen, unterbinden.«

CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt forderte unterdessen Leistungskürzungen bei abgelehnten Asylbewerbern, wie sie auch CDU-Chef Friedrich Merz ins Spiel gebracht hatte. »Die Sozialleistungen für Migranten haben eine erhebliche Magnetwirkung«, sagte er der Mediengruppe Bayern. »Selbst bei abgelehnten Asylgesuchen werden die Leistungen voll weiter bezahlt. Es braucht eine konsequente Umsetzung des Sachleistungsprinzips und Leistungskürzungen bei abgelehnten Asylverfahren.«

Lindner will Überweisungen in Heimatländer unterbinden

Merz hatte sich zuletzt dafür ausgesprochen, bei abgelehnten Asylbewerbern die Frist der Ausweitung von Gesundheitsleistungen von 18 Monaten auf drei Jahre zu verlängern. Er will damit Anreize zum Verbleib in Deutschland beseitigen. Zuvor hatte der CDU-Chef mit Aussagen über Ausreisepflichtige, die Deutschen die Zahnarztterminewegnehmen würden, für Aufsehen gesorgt.

In dem Interview mit t-online zeigte Lindner sich zudem offen dafür, die Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Bei Geflüchteten aus diesen Ländern wird generell keine Verfolgung in den Heimatstaaten angenommen, ihre Asylanträge haben deshalb geringe Aussichten auf Erfolg. Bei Georgien und Moldau hat dies die Bundesregierung Ende August beschlossen. Der Bundestag muss noch zustimmen.

svs/AFP

Load-Date: October 5, 2023

End of Document

Deutsche Sozialleistungen wirken laut Lindner »wie ein Magnet«

SPIEGEL ONLINE

29. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; FDP-Finanzminister

Length: 363 words

Byline: Dominik Peters

Highlight: Christian Lindner verteidigt seinen Vorstoß, Sozialleistungen für Asylbewerber zu kürzen. Kritik bekommt er dafür indirekt vom grünen Koalitionspartner.

Body

Er bleibt dabei: Christian Lindner hat seinen Vorstoß zu Kürzungen von Sozialleistungen für Asylbewerber verteidigt. »Es gibt Menschen, die sind nicht auf der Flucht, jedenfalls nicht vor Bürgerkrieg oder vor Naturkatastrophe. Sondern, die kommen aus wirtschaftlichen Gründen zu uns. Und die haben eigentlich kein Aufenthaltsrecht. Die wollen in Deutschland möglicherweise auch gar nicht arbeiten, sondern unseren Sozialstaat nutzen. Und das muss unterbunden werden«, sagte der FDP-Chef und Bundesfinanzminister am Sonntagabend in der ARD-Sendung »Bericht aus Berlin«. Deutschlands Sozialstaat biete im Vergleich zu anderen Ländern sehr hohe Leistungen, die wie ein Magnet wirkten. »Das muss abgeschaltet werden«, sagte Lindner.

In einem Gastbeitrag für die »Welt am Sonntag« hatten sich Lindner und Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) für Kürzungen bei den Leistungen ausgesprochen. »Unter ganz besonders engen Voraussetzungen wäre sogar eine Absenkung von Leistungen quasi auf »null« denkbar«, schrieben sie. Sie schlugen dies bei Menschen vor, »denen humanitärer Schutz in dem für sie nach den Dublin-Regeln zuständigen EU-Staat zusteht, die sich aber weigern, den Schutz dort in Anspruch zu nehmen. In diesen Fällen wäre es denkbar, die Leistung auf die Erstattung der notwendigen Reisekosten in den zuständigen Staat abzusenken.«

Grünen-Fraktionsvize Andreas Audretsch warnte in der »Welt« vor einem »Wettlauf rhetorischer Eskalation aus verschiedenen Richtungen«, der nicht weiterhelfe.

Lindner warb zudem erneut dafür, finanzielle Leistungen für Asylbewerber über Bezahlkarten abzuwickeln, um Migrationsanreize zu senken. Hessens Ministerpräsident Boris Rhein(CDU), der derzeit Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz ist, sagte im »Bericht aus Berlin«, die Länder seien dafür. Sinn mache dies aber nur flächendeckend.

Am 6. November wollen Bund und Länder bei einer Konferenz der Ministerpräsidenten mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) über weitere Maßnahmen zur Migrationspolitik sprechen. Rhein machte erneut deutlich, dass die Länder mehr Geld vom Bund erwarten. Die Bundesländer leisteten den »übergroßen Anteil« zur Finanzierung der Kosten der Migration.

Deutsche Sozialleistungen wirken laut Lindner »wie ein Magnet«

dop/dpa

Load-Date: October 29, 2023

End of Document

Scholz bittet Merz in Brief um Zusammenarbeit bei Migrationspolitik

SPIEGEL ONLINE

24. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Bund-Länder-Treffen

Length: 388 words

Byline: Milena Hassenkamp

Highlight: Vor dem Treffen zwischen Bund und Ländern zum Umgang mit Migration hat Bundeskanzler Olaf Scholz einen Brief an CDU-Parteichef Merz geschrieben. Viele der nun geplanten Maßnahmen seien im Sinne der Union.

Body

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat Oppositionschef Friedrich Merz (CDU) in einem Brief um Mitwirkung in der Migrationspolitik gebeten. »Es ist mir ein wichtiges Anliegen, dass die Bundesregierung, die Länder und die Opposition gemeinsam zu Vereinbarungen kommen, um die irreguläre Migration nach Deutschland spürbar zu reduzieren«, heißt es in dem auf Montag datierten Brief des Kanzlers an den CDU-Chef, der dem SPIEGEL vorliegt.

»Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erwarten zu Recht, dass die Zahl derjenigen schnell und deutlich sinkt, die ohne Aussicht auf ein Bleiberecht zu uns kommen«, schrieb Scholz weiter. Der Kanzler wies in seinem Schreiben darauf hin, dass das Bundeskabinett am Mittwoch den Entwurf eines Gesetzespakets für schnellere Rückführungen beschließen werde.

»Das Vorhaben ist zuvor intensiv mit den Ländern beraten worden, um möglichst viele Hinweise aus der Praxis aufzunehmen«, heißt es im Kanzlerbrief. »Auch hier würde ich mich freuen, wenn der Gesetzentwurf nicht nur die Zustimmung der CDU-geführten Landesregierungen, sondern auch Ihrer Fraktion erfahren würde und wir das Gesetzgebungsverfahren noch in diesem Jahr gemeinsam zum Abschluss bringen könnten.«

Der Kanzler wies den CDU-Chef darauf hin, dass viele dieser Maßnahmen auch in den Vorschlägen enthalten seien, die die Unionsfraktion in einem Papier vom 13. Oktober formuliert hatte. »Ich bin daher zuversichtlich, dass die entsprechenden gesetzlichen Vorhaben im Deutschen Bundestag auch von Ihrer Fraktion unterstützt werden«, schreibt Scholz.

Für ihn sei es »sehr wichtig«, dass Bund und Länder bei dem bevorstehenden Spitzentreffen am 6. November »zu konkreten Verabredungen« in der Migrationspolitik kommen, betonte der Kanzler. Das gemeinsame Papier der Länderchefs von ihrem Treffen Mitte Oktober biete »einen guten Anknüpfungspunkt dafür«.

Viele der dort von den Ländern vereinbarten Maßnahmen »finden sich ebenfalls in dem Papier Ihrer Fraktion wieder, so etwa zur Nutzung von Geldkarten statt Barzahlungen, zu vermehrten Sachleistungen für Asylantragsteller oder zu gemeinnützigen Diensten«, schrieb Scholz an Merz. »Ich unterstütze diese Vorschläge

Scholz bittet Merz in Brief um Zusammenarbeit bei Migrationspolitik

ausdrücklich.« Der Kanzler dankte dem CDU-Chef in dem Schreiben für die »Bereitschaft, konstruktiv mit der Bundesregierung beim Thema irreguläre Migration zusammenzuarbeiten«.

mfh/AFP

Load-Date: October 24, 2023

End of Document

Baerbock kritisiert Forderung nach Auslagerung von Asylverfahren

SPIEGEL ONLINE

18. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Ruanda-Besuch

Length: 583 words

Byline: Alexander Kauschanski

Highlight: Mit Großbritannien hat Ruanda kürzlich ein umstrittenes Abkommen abgeschlossen. Auch in Deutschland gibt es solche Pläne. Außenministerin Baerbock hat bei ihrem Besuch in dem Land nun klargestellt, was sie davon hält.

Body

Bei ihrem Besuch in Ruanda hat Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) Forderungen nach einer Auslagerung von Asylverfahren aus Europa eine Absage erteilt. Sie sei »doch etwas verwundert«, dass »insbesondere von konservativen Politikern« die Forderung nach einer Übernahme des Ruanda-Modells in der Asylpolitik nach britischem Vorbild erhoben werde, sagte Baerbock am Montag in Ruandas Hauptstadt Kigali.

Es handle sich hier um »theoretische Diskussionen«, die von der eigentlichen Aufgabe ablenkten der Umsetzung einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik, kritisierte Baerbock. Die Debatte über das Ruanda-Modell werde in Deutschland von jenen vorangetrieben, die »in der Realität und Praxis offenbar nicht zu Lösungen kommen« wollten.

Unions-Fraktionsvize Jens Spahn hatte in der »Neuen Osnabrücker Zeitung« für ein Konzept von Drittstaatenregelungen verbunden mit einer Kontingentlösung in der Migration geworben. Ein entsprechender Vorschlag befindet sich auch im Entwurf für das neue CDU-Grundsatzprogramm. Migranten, »die irregulär die EU erreichen«, sollten nach Ghana, Ruanda oder in osteuropäische Nicht-EU-Länder gebracht werden. »Wenn wir das vier, sechs, acht Wochen lang konsequent durchziehen, dann werden die Zahlen dramatisch zurückgehen«, sagte der CDU-Politiker.

Nach Großbritannien eingereiste Ruander sollen ohne Asylprüfung zurückgeschickt werden

Großbritannien und Ruanda hatten kürzlich ein umstrittenes Abkommen geschlossen: Die britische Regierung will irregulär eingereiste Ankömmlinge künftig ohne Prüfung ihres Asylantrags in das afrikanische Land schicken. Eine Rückkehr nach Großbritannien ist nicht vorgesehen. Ruanda soll für die Aufnahme bezahlt werden. Wegen gerichtlicher Interventionen kam bislang allerdings noch keine Überstellung nach Ruanda zustande. Kritiker sehen einen Verstoß gegen internationales Recht.

Der ruandische Außenminister Biruta verteidigte die umstrittene Zusammenarbeit seines Landes. Ruanda arbeite mit Großbritannien und »gerne auch mit anderen Partnern« zusammen, um eine Lösung für das globale

Baerbock kritisiert Forderung nach Auslagerung von Asylverfahren

Migrationsproblem zu finden. Es fänden »schreckliche Verbrechen auf dem Rücken der Menschen« statt, sagte er laut offizieller Übersetzung.

Die Kritik an der Kooperation sei unfair, sagte Biruta. So würden Mechanismen geschaffen, die helfen sollten, Asylbewerber in die Gesellschaft zu integrieren. Es gehe zudem um eine Partnerschaft zur Wirtschaftsentwicklung. »Das ist auch eine große Chance für diese Menschen, ein besseres Leben in unserem Land aufzubauen.«

Baerbock besucht Eröffnung erster kommerziellen mRNA-Impfstofffabrik in Afrika

Am Montag nimmt Baerbock in Kigali zudem an der Eröffnung der ersten kommerziellen mRNA-Impfstofffabrik auf dem afrikanischen Kontinent teil. Nach dem Treffen mit Biruta ist ein Gespräch Baerbocks mit Präsident Paul Kagame geplant. Im Anschluss wollte Baerbock der Opfer des Völkermordes an den Tutsi gedenken. 1994 hatten Milizen der Hutu-Mehrheit in Ruanda in einem etwa 100 Tage dauernden Massaker mindestens 800 000 Menschen ermordet, vor allem Angehörige der Tutsi-Minderheit. Hunderttausende wurden Opfer sexueller Gewalt.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Ruanda sind eng. Deutschland hat Ruanda für den Zeitraum von 2022 bis 2024 insgesamt 93,6 Millionen Euro an Hilfszahlungen zugesagt. Die deutsche Kolonialzeit Ruanda war von 1884 bis 1916 Teil der Kolonie Deutsch-Ostafrika spielt nach Einschätzung des Auswärtigen Amts in den Beziehungen nur eine untergeordnete Rolle.

aka/AFP/dpa

Load-Date: December 18, 2023

FDP lehnt Aufnahme weiterer Geflüchteter aus Italien ab

SPIEGEL ONLINE

18. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Lage auf Lampedusa

Length: 451 words

Byline: Francesco Collini

Highlight: Hunderte Menschen kommen täglich in Lampedusa an. Nun drängt die FDP darauf, keine Geflüchteten aus Italien mehr in Deutschland aufzunehmen. Viele Kommunen seien bereits überfordert.

Body

Wegen der zahlreichen Ankünfte und der dramatischen Lage auf der italienischen Insel Lampedusa wollen sich die Innenminister der Europäischen Union (EU) erneut beraten. Kurz vor den Konsultationen hat sich die FDP gegen die Aufnahme weiterer Geflüchteter aus Italien ausgesprochen. »Deutschland sollte derzeit keine Migranten aus Italien aufnehmen«, sagte FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai der Zeitung »Rheinische Post«.

»Unsere Kapazitäten sind begrenzt und viele Kommunen sind bei der Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern schon jetzt akut überfordert.« Für die Bewältigung des Problems durch die EU empfahl Djir-Sarai eine Verstärkung an den Außengrenzen. »Wir müssen dringend die Grenzschutzfähigkeit der EU verbessern dazu gehören physische Grenzen ebenso wie eine strengere Überwachung des Mittelmeeres.«

Seit Wochen kommen täglich Hunderte Menschen in überfüllten Booten auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa an. Lampedusa wird von zahlreichen Schlepperbooten aus Nordafrika angesteuert. Allein am vergangenen Dienstag kamen mehr als 5000 Menschen an – so viele wie noch nie an einem einzigen Tag. Zeitweise war das kleine, für wenige hundert Menschen ausgelegte Erstaufnahmelager mit rund 6800 Menschen völlig überfüllt.

Italien und die EU wollen auf den starken Anstieg der Migranten- und Geflüchtetenzahlen in den vergangenen Tagen schnell reagieren. Am Wochenende hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gemeinsam mit der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni Lampedusa besucht. Von der Leyen hatte Italien Unterstützung zugesagt. Die EU und ihre Grenzschutzbehörde Frontex könnten Italien dabei helfen, die große Zahl von Migranten auf der Insel zu bewältigen, indem diese auf andere Staaten in der Union verteilt würden. Außerdem könne Frontex dabei behilflich sein, »eine schnelle Rückführung der Menschen zu organisieren, wenn sie keine Chance auf Asylrecht haben«, sagte von der Leyen.

Deutschland bleibt bei Stopp des Solidaritätsmechanismus

Aus Protest dagegen, dass Italien derzeit keine Geflüchteten mehr nach den Regeln des sogenannten Dublin-Verfahrens zurücknimmt, hatte die Bundesregierung die Übernahme von Migranten aus Italien nach dem

FDP lehnt Aufnahme weiterer Geflüchteter aus Italien ab

freiwilligen EU-Solidaritätsmechanismus ausgesetzt. Trotz der Verwirrung um Aussagen von Innenministerin Nancy Faeser (SPD) hält die Bundesregierung weiter an dem Stopp fest.

Faeser hatte in der »Tagesschau« gesagt, es sei »natürlich klar, dass wir unseren solidarischen Verpflichtungen auch nachkommen«. Das wurde so aufgefasst, als wolle Deutschland doch wieder Migranten aus Italien aufnehmen. Das Ministerium stellte jedoch klar, dass es bei der Aussetzung der Aufnahme aus Italien bleibt.

col/Reuters/dpa

Load-Date: September 18, 2023

End of Document

Mehr als 200 Migranten aus Lastwagen in Mexiko befreit

SPIEGEL ONLINE

14. April 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/GESELLSCHAFT; Flucht aus Süd- und Mittelamerika

Length: 368 words

Byline: Alexander Preker

Highlight: Mit Hilferufen machten die Menschen auf sich aufmerksam: In Mexiko haben die Behörden 209 Migranten aus einem verlassenen Lastwagen herausgeholt. Eine Person musste mit Erstickungserscheinungen in ein Krankenhaus.

Body

Im Osten von Mexiko sind 209 Migranten in einem verlassenen Lastwagen entdeckt worden. Die Menschen aus Mittel- und Südamerika wurden nahe Nuevo Teapa im Bundesstaat Veracruz aus dem Fahrzeug befreit, nachdem Hilferufe zu hören waren, wie die Einwanderungsbehörde INM mitteilte.

Auch Kinder und Jugendliche waren darunter. Ein Migrant sei mit Erstickungserscheinungen in ein Krankenhaus gebracht worden, hieß es in der Mitteilung weiter. Demnach war in die geschlossene Ladefläche des Lkw eine Zwischendecke eingezogen worden, um noch mehr Menschen transportieren zu können. Die meisten Migranten stammten aus Guatemala. Auch Menschen aus Honduras, El Salvador und Ecuador waren in dem Lastwagen.

Ermittlungen nach Brand in Sammelstelle

Vor zwei Wochen waren bei einem Brand in einer Sammelstelle des INMin der mexikanischen Stadt Ciudad Juárez an der Grenze zu den USA 40 Migranten ums Leben gekommen und fast 30 weitere verletzt worden. Die Männer waren eingeschlossen und konnten sich nicht in Sicherheit bringen.

Die Generalstaatsanwaltschaft ermittelt in dem Fall wegen Mordverdachts. Fünf Beamte und ein Migrant sitzen in Untersuchungshaft, weitere Haftbefehle sollen folgen. Der Migrant soll Matratzen in Brand gesteckt und damit das verheerende Feuer entfacht haben. Die Beamten wiederum hätten keine Hilfe geleistet.

Diese jüngsten Vorkommnisse könnten auch den Streit über den Umgang mit den Migranten in den USA weiter verschärfen. Die Regierung von Präsident Joe Biden hatte zuletzt vorgeschlagen, die Migranten sollten entweder in einem der Transitländer oder über eine Internet-App einen Antrag auf US-Asyl stellen müssen, um dann einen Termin bei einem Einwanderungsbeamten erhalten zu können. Auf anderem Weg einreisende Menschen sollten automatisch das Recht auf Asyl verlieren.

Hintergrund dieser Pläne ist, dass die USA Berichten zufolge befürchtet, dass die Zahl der illegalen Einreisen noch einmal deutlich größer werden könnte. Zuletzt war von täglich bis zu 13.000 Menschen die Rede, wenn die noch

Mehr als 200 Migranten aus Lastwagen in Mexiko befreit

unter der Regierung Donald Trumps eingeführten Regeln zur schnellen Rückführung durch die Grenzbehörden auslaufen. Das wären fast doppelt so viele wie zu Spitzenzeiten im vergangenen Jahr.

apr/dpa

Graphic

picture alliance/dpa/Instituto Nacional de Migración - Beamte der Einwanderungsbehörde neben dem Lkw: Zwischendecke, um noch mehr Menschen transportieren zu können

Load-Date: April 14, 2023

End of Document

EU einigt sich auf schärfere Asylpolitik

SPIEGEL ONLINE

10. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Gipfel in Brüssel

Length: 815 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Verschärfter Grenzschutz, raschere Abschiebungen, Verhinderung »irregulärer **Migration**«: Die EU hat sich auf ihrem Gipfel in Brüssel auf eine härtere **Migrationspolitik** verständigt.

Body

Seit Jahren ringt die Europäische Union um den richtigen Kurs in der **Migrationspolitik**, sicherere Grenzen und einen gerechten Verteilungsschlüssel von Schutzsuchenden innerhalb der EU. Nun haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf eine Verschärfung ihrer gemeinsamen **Asyl-** und **Migrationspolitik** verständigt. Kanzler Olaf Scholz und seine Kollegen einigten sich am frühen Morgen beim EU-Gipfel in Brüssel darauf, illegale Einreisen möglichst von vorn herein zu verhindern beziehungsweise unattraktiver zu machen. Dies soll etwa durch mehr Grenzschutz, schnellere Abschiebungen und einen verstärkten Kampf gegen Menschenhändler geschehen.

»Wir werden handeln, um unsere Außengrenzen zu stärken und irreguläre **Migration** zu verhindern«, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Scholz (SPD) betonte: »Wir sind in der Lage, hier uns zusammenzufinden und gemeinsame Positionen zu entwickeln, die uns für die Zukunft helfen.« Notwendig seien sowohl die Kontrollen an den Außengrenzen als auch die Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern. Die EU habe großen Bedarf an Fachkräften, weshalb auch legale **Migration** notwendig sei.

Pilotprojekt Außengrenze

Nach Angaben von der Leyen soll es in einem ersten Schritt zwei Pilotprojekte geben. Eines sehe vor, die Grenze zwischen dem EU-Land Bulgarien und der Türkei etwa mit Fahrzeugen, Kameras, Straßen und Wachtürmen zu sichern. Diese sollten aus EU-Mitteln, dem bulgarischen Haushalt und Beiträgen der EU-Staaten finanziert werden. Bei dem zweiten Projekt soll es von der Leyen zufolge um die Registrierung von Migrantinnen und Migranten, ein schnelles Asylverfahren sowie um Rückführungen an der Außengrenze gehen. Den möglichen Standort ließ die deutsche Politikerin offen.

Politisch umstritten war vor dem Gipfel vor allem die Frage, ob künftig auch Zäune entlang der Außengrenzen aus dem EU-Haushalt finanziert werden sollten. Länder wie Österreich oder Griechenland fordern dies vehement, die EU-Kommission, Deutschland und Luxemburg sind dagegen. »Es wäre eine Schande, wenn eine Mauer in Europa gebaut würde mit den europäischen Sternen drauf«, sagte Luxemburgs Regierungschef Xavier Bettel am

EU einigt sich auf schärfere Asylpolitik

Rande des Gipfels. In der Abschlusserklärung wird die EU-Finanzierung von Zäunen nicht genannt. Es heißt lediglich, dass EU-Mittel unter anderem für »Infrastruktur« an den Grenzen mobilisiert werden sollten.

Mehr Druck bei Rücknahme abgelehnter Asylbewerber

Einig sind sich die EU-Staaten hingegen darin, dass mehr Druck auf Länder gemacht werden sollte, die bei der Rücknahme abgelehnter Asylbewerber nicht kooperieren. Dies soll dazu führen, dass mehr Menschen ohne Bleiberecht die EU verlassen und so die teils stark überlasteten Asylsysteme entlastet werden. Zudem wollen die Mitgliedstaaten künftig gegenseitig Rückführungsentscheidungen anerkennen. Auch das soll Abschiebungen beschleunigen.

Druck auf unkooperative Herkunftsstaaten wollen die EU-Staaten etwa über eine verschärfte Visa-Politik, die Handelspolitik und die Entwicklungshilfe machen. Zugleich sollen aber auch Möglichkeiten für legale Migration geschaffen werden. Österreichs Kanzler Karl Nehammer feierte die Beschlüsse und sprach von einem »neuen Schwerpunkt« in der Migrationspolitik, der nun weiterentwickelt werden müsse. »Den Worten müssen Taten folgen.«

Auf der Gipfel-Tagesordnung stand das Thema vor allem deshalb, weil die Zahl der Asylanträge 2022 im Vergleich zum Vorjahr um fast 50 Prozent auf 924.000 gestiegen ist. Hinzu kamen rund 4 Millionen Geflüchtete aus der Ukraine, die nicht Asyl beantragen müssen.

Knackpunkt in der Asyl- und Migrationspolitik war früher lange die Frage gewesen, ob Schutzsuchende verpflichtend von allen EU-Staaten aufgenommen werden sollten. Länder wie Ungarn, Polen und Österreich lehnten derlei Quoten kategorisch ab. Mittlerweile konzentrieren die EU-Staaten sich eher auf Themen wie einen stärkeren Außengrenzschutz, bei denen es Gemeinsamkeiten gibt. Die oft emotionale Debatte soll versachlicht werden. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron sagte nach dem Gipfel, die Stimmung sei sehr viel ruhiger gewesen als noch 2018.

Bereits am Donnerstagmittag war der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj zu Gast beim Gipfel. Er forderte vor allem weitere Waffen für den Kampf gegen Russland. Später stand außerdem die EU-Reaktion auf Subventionen in dreistelliger Milliardenhöhe für grüne Industrieprojekte in Ländern wie den USA auf der Tagesordnung.

Der Gipfel folgte nun dem Vorschlag von der Leyens, flexiblere Subventionen für klimafreundliche Technologien zu ermöglichen. So sollen Staaten künftig Steuervorteile für strategisch wichtige Industriezweige gewähren können, wie aus Abschlusserklärung hervorgeht. »Das Ziel dieser Investitionen ist natürlich, auch privates Kapital freizusetzen«, sagte von der Leyen. Zudem soll Geld aus bestehenden EU-Töpfen zur Unterstützung von Unternehmen bereitgestellt werden.

mrc/dpa

Graphic

AFP or licensors - Schutzsuchende harren in Zelten entlang der polnisch-belarussischen Grenzen aus

Load-Date: February 10, 2023

Finnland will zwei Grenzstationen zu Russland wieder öffnen

SPIEGEL ONLINE

12. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Nach Abriegelung

Length: 274 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Weil Russland offenbar gezielt Migranten über die Grenze schickte, schloss Finnland im November die Übergänge zum Nachbarland. Nun sollen zwei Posten geöffnet werden unter Vorbehalt.

Body

Finnland will nach einer Schließung ab Donnerstag wieder zwei Grenzübergänge zu Russland öffnen. Bei den Stationen handelt es sich laut dem Sender Yle um Vaalimaa und Niirala. Beide befinden sich im eher südlichen Abschnitt der insgesamt mehr als 1340 Kilometer langen Grenze, die zugleich EU-Außengrenze ist. Sechs andere Posten sollen auch weiterhin geschlossen bleiben, teilte Finnlands Premierminister Petteri Orpo mit.

»Ohne die Beschränkungen aufzuheben, können wir nicht überprüfen, ob sich (durch die Schließung, Anm. d. Red.) die Lage bessert. Wenn das Phänomen bestehen bleibt, werden wir diese Grenzübergänge schließen«, begründete Premier Orpo die Lockerung.

Das Land hatte die Grenze zu Russland Ende November geschlossen, um den illegalen Übertritt von Migranten zu erschweren. Finnland wirft Moskau vor, Geflüchtete ohne die erforderlichen Papiere über die Grenze nach Finnland zu lassen, wo sie dann Asyl beantragen.

Nach Angaben des finnischen Grenzschutzes sind allein im November rund 900 Asylbewerber aus Ländern wie Kenia, Marokko, Pakistan, Somalia, Syrien und dem Jemen aus Russland nach Finnland eingereist. Zuvor waren es im Schnitt weniger als einer pro Tag.

»Wir haben Beweise dafür, dass die russischen Grenzbehörden im Gegensatz zu früher nicht nur Menschen ohne ordnungsgemäße Papiere an die finnische Grenze lassen, sondern ihnen auch aktiv dabei helfen, in die Grenzzone zu gelangen«, sagte Finnlands Außenministerin Elina Valtonen.

Finnland hatte die Straßen nach Russland Ende November vorläufig bis zum 13. Dezember geschlossen. Die nun beschlossene teilweise Öffnung soll zunächst bis zum 14. Januar gelten.

fek/Reuters

Load-Date: December 13, 2023

Finnland will zwei Grenzstationen zu Russland wieder öffnen

End of Document

CDU-Chef Merz gibt Thorsten Frei Rückendeckung bei umstrittenem Vorstoß

SPIEGEL ONLINE

19. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Abschaffung des Asylrechts

Length: 741 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: Für Thorsten Frei's Vorschlag, das bestehende Asylrecht abzuschaffen, hagelte es Kritik. CDU-Chef Friedrich Merz stellt sich nun hinter ihn. »Das ist ein wichtiger Beitrag, um ein Problem zu lösen, das wir seit Jahren sehen.«

Body

Der CDU-Abgeordnete Thorsten Frei hat für seinen umstrittenen Asylvorstoß die Rückendeckung von Partei- und Fraktionschef Friedrich Merz bekommen. »Das ist ein wichtiger und guter Beitrag, um ein Problem zu lösen, das wir seit Jahren sehen, und wo es im Augenblick keine wirklich guten und überzeugenden Lösungen gibt«, sagte Merz bei der Klausur der CSU-Landesgruppe im oberbayerischen Kloster Andechs. Die CSU begrüßte den Vorschlag zwar, gab aber zu bedenken, dass er nicht geeignet sei, die aktuellen Probleme infolge der stark gestiegenen Asylbewerberzahlen zu lösen.

Frei's Vorschlag läuft auf eine Abschaffung des Asylrechts in der bestehenden Form hinaus. Merz sagte, man werde sich über das ganze Thema eines europäischen Asylsystems nochmals von Grund auf unterhalten müssen. »Und dazu leistet der Beitrag von Thorsten Frei einen guten und wichtigen Beitrag.« Auf die Frage, ob dieser Vorstoß mit ihm eng abgestimmt sei, sagte der CDU/CSU-Fraktionschef: »Gehen Sie mal davon aus, wenn führende Mitglieder unserer Fraktion Namensbeiträge veröffentlichten, dass ich das vorher weiß.«

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Markus Söder bewertete den Vorstoß skeptischer. »Das ist ein spannender Vorschlag. Ob er allerdings in der Kürze der Zeit umsetzbar ist und ob er tatsächlich die erwünschten Erträge bringt, das glaube ich steht noch offen«, sagte Söder in Andechs. Forderungen Bayerns wie etwa verstärkte Grenzkontrollen brächten »einen schnelleren Ertrag«.

Die Bundesregierung machte deutlich, dass sie am individuellen Anspruch auf Asyl nicht rütteln will. Regierungssprecher Steffen Hebestreit antwortete in Berlin auf eine entsprechende Frage eines Journalisten: »Solche Überlegungen sind mir innerhalb der Bundesregierung nicht bekannt, und würden mich auch überraschen.«

Frei verteidigt sich gegen Kritik

Frei, der als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine herausgehobene Stellung hat, hatte ein grundsätzlich anderes Asylmodell vorgeschlagen. In einem Gastbeitrag für die »Frankfurter

CDU-Chef Merz gibt Thorsten Frei Rückendeckung bei umstrittenem Vorstoß

Allgemeine Zeitung« plädierte er dafür, das Recht des einzelnen Menschen, auf europäischem Boden Asyl zu beantragen, abzuschaffen. Es solle ersetzt werden durch Kontingente für die Aufnahme von Geflüchteten in Europa. Diese 300.000 bis 400.000 Geflüchteten pro Jahr sollten direkt im Ausland ausgewählt und dann in Europa verteilt werden.

CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindtsagte bei der Klausur, es handele sich um zwei unterschiedliche Diskussionsebenen. Bei Freis Vorstoß gehe es darum, wie man langfristig in Europa zu einem veränderten Asylsystem kommen könne. »Diese Diskussion gibt es. Und da hat Thorsten Frei einen wichtigen Beitrag dazu geleistet.« Der CSU gehe es aber akut darum, wie man aktuell eine Begrenzung der Zuzugszahlen hinbekommen könne. Dabei handele es sich um Instrumente innerhalb des bestehenden Systems wie einen stärkeren Schutz der EU-Außengrenzen, Asylverfahren schon an den Grenzen oder das Reduzieren von Anreizen bei Asylleistungen.

Die Ampelparteien kritisierten Freis Vorstoß scharf. Auch von AfD und Linken kam Kritik. Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Alexander Throm (CDU), sagte hingegen der Nachrichtenagentur dpa, Frei habe zu Recht darauf hingewiesen, »dass unser Migrationssystem derzeit völlig falsche Zustände verursacht«. Menschen lieferten sich Schleppern aus, durchquerten manchmal die halbe Welt »und dabei viele sichere Länder«, um Europa als »Wunschort« auszusuchen. Dabei blieben die Schwachen auf der Strecke. Dieser Effekt sei nie beabsichtigt gewesen, weder von den Vereinten Nationen noch vom deutschen Grundgesetz.

Frei verteidigte sein Konzept als eine Antwort auf die stark steigenden Asylbewerberzahlen. »Wenn Sie allein das Jahr 2022 nehmen, wo etwa 1,3 Millionen Menschen schutzbedürftig nach Deutschlandgekommen sind und hier Asyl beantragt haben, dann muss man sagen, ist es eine Zahl, die man mit Sicherheit nicht jedes Jahr wiederholen kann, weil das die Leistungskraft, auch die Integrationskraft der Gesellschaft überfordern würde«, sagte er im RTL/n-tv- »Frühstart«.

Nach Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) stellten im vergangenen Jahr 217.774 Menschen in Deutschland einen Asylantrag 47 Prozent mehr als im Jahr zuvor und so viele wie seit 2016 nicht mehr. Zusätzlich fanden eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine Aufnahme, ohne dass sie Asyl beantragen mussten.

czl/dpa

Graphic

IMAGO/photothek - CDU-Mann Thorsten Frei und sein Parteichef Friedrich Merz

Load-Date: July 19, 2023

Tunesien zahlt 60 Millionen Euro an die EU zurück

SPIEGEL ONLINE

12. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Umstrittener Migrationsdeal

Length: 331 words

Byline: Anika Freier

Highlight: Tunesien steckt in einer schweren Wirtschaftskrise EU-Gelder im Rahmen des Migrationsabkommens hat das Land nun dennoch abgewiesen. Die EU will trotzdem weiter an dem Deal arbeiten.

Body

Nach Spannungen im Zuge des umstrittenen Migrationsdeals hat Tunesien 60 Millionen Euro Haushaltshilfe an die EU zurückgezahlt. Das teilte eine Sprecherin der EU-Kommission in Brüssel mit. Das nordafrikanische Land hatte zuvor bereits angekündigt, die Mittel abzulehnen.

Tunesien »nimmt nichts an, was Gnaden oder Almosen ähnelt«, hatte Präsident Kais Saied vergangene Woche gesagt. Die Ankündigungen der EU stünden im Widerspruch zu einer zuvor unterzeichneten Grundsatzvereinbarung. Worin Tunis genau einen Widerspruch sieht, wurde zunächst nicht genannt. Man werde trotz der Rückzahlung weiter an dem Abkommen arbeiten, sagte die Sprecherin der EU-Kommission.

Allerdings mehren sich Zweifel, ob das umstrittene Abkommen zur Migration zwischen Brüssel und Tunis Bestand haben wird. Im Rahmen einer entsprechenden Absichtserklärung vom Juli sollte Tunesien Finanzhilfen von bis zu 900 Millionen Euro erhalten und im Gegenzug stärker gegen Schlepper und illegale Überfahrten vorgehen. Die EU will damit erreichen, dass weniger Schleuserboote über Tunesien nach Italien kommen. Tunesien ist eines der Haupttransitländer für Flüchtlinge aus Afrika mit Ziel Europa.

Die EU-Kommission hatte damals viel Kritik geerntet, weil der tunesischen Regierung Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Selbst die Vereinten Nationen äußerten sich entsprechend. In der Absichtserklärung würden »wichtige und detaillierte Menschenrechtsgarantien fehlen«, hieß es in einem Brief. (Mehr dazu lesen Sie hier).

Die Brüsseler Behörde hatte dann im September angekündigt, Tunesien rund 127 Millionen Euro auszuzahlen, um die Migration über das Land zu verringern und die schwächelnde Wirtschaft des Landes anzukurbeln. 67 Millionen Euro davon sollten für neue Schiffe und Wärmekameras, Such- und Rettungsaktionen, Maßnahmen gegen Schleuser und Rückführung von Flüchtlingen verwendet werden. Dazu kamen noch die 60 Millionen Euro Haushaltsunterstützung, damit sich das Land von der Coronakrise erholen könne.

ani/dpa

Tunesien zahlt 60 Millionen Euro an die EU zurück

Load-Date: October 12, 2023

End of Document

In Berlin lebender Künstler Jesse Darling gewinnt den Turner-Preis

SPIEGEL ONLINE

06. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: KULTUR; Wichtigste britische Kunst-Auszeichnung

Length: 438 words

Byline: Felix Bayer

Highlight: Seine Schau kommentiert das restriktive Grenzregime, verbogene Gitter symbolisieren das kaputte Großbritannien: Jesse Darling hat den mit 25.000 Pfund dotierten Turner-Preis für moderne Kunst erhalten.

Body

Mit einem Werk, das die feindselige Migrationspolitik der britischen Regierung widerspiegelt, hat Jesse Darling den renommierten Turner-Preis gewonnen. Der in Berlinlebende Künstler erhielt am Dienstagabend in Eastbourne für seine Ausstellung aus Drängelgittern, gebogenen Schienen, ausgebleichenen britischen Fahnen und Stacheldraht die bedeutendste britische Auszeichnung für moderne Kunst. Der Preis ist mit 25.000 Pfund (29.160 Euro) dotiert.

Sein zweiteiliges Werk »Enclosures, No Medals, No Ribbons« sei von den Jahren der Sparpolitik, dem Brexit, der Pandemie und dem »feindseligen Umfeld« der britischen Einwanderungspolitik inspiriert worden, sagte der 41-Jährige. Jurychef Alex Farquharson, Direktor der Galerie Tate Britain, sagte, Darlings Ausstellung reflektiere teilweise den Zustand der Nation.

Die Auszeichnung erfolgte an dem Tag, an dem der britische Innenminister James Cleverly in Ruanda ein neues Migrationsabkommen unterzeichnete. Asylsuchende, die irregulär nach Großbritannien einreisen, sollen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft in das ostafrikanische Land abgeschoben werden. Sie können dort Asyl beantragen. Eine Rückkehr ist ausgeschlossen. Damit will die konservative Regierung Migranten abschrecken. Gegner kritisieren, das Vorhaben verstoße gegen internationale Gesetze.

Jesse Darling arbeitete mit Skulpturen, Installationen, Video, Zeichnungen, Text, Sound und Performance. Das Grundthema seines Werks ist, was es bedeutet, ein Körper in der Welt zu sein. Diese Bedeutung sei aber politisch aufgeladen und kulturell determiniert. Den Humor und die Alltagsnähe seiner Herangehensweise zeigte er in einem Video, das er für die Londoner Tate Gallery aufgenommen hat. Wo andere gravitativ in der Landschaft herumstehen, erzählt er auf dem Beifahrersitz erst mal einen Witz: »Wie viele Performancekünstler braucht man, um eine Glühbirne zu wechseln?«

Die Turner-Jury lobte seinen Gebrauch von Alltagsgegenständen, die eine »vertraute und doch irre gewordene Welt« heraufbeschwören. Jesse Darling sagte der BBC, man müsse »etwas lieben, um es kritisieren zu können.« Zum Ende seiner Dankesrede zog er laut BBC eine palästinensische Flagge aus der Jackentasche und schwenkte sie.

In Berlin lebender Künstler Jesse Darling gewinnt den Turner-Preis

Der Turner-Preis wurde 1984 ausgeschrieben und ist nach dem britischen Maler J.M.W. Turner benannt. Die renommierte Auszeichnung ehrt Künstlerinnen und Künstler, die in Großbritannien geboren oder ansässig sind, für eine herausragende Ausstellung oder Präsentation in den vergangenen zwölf Monaten. Vier für eine Shortlist ausgewählte Kunstschaaffende präsentierten ihr Werk in einer Sonderschau im Seebad Eastbourne.

feb/dpa/Reuters

Load-Date: December 6, 2023

End of Document

»Das ist eine Wortwahl, die hätten Sie so von mir nicht gehört«

SPIEGEL ONLINE

02. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Ministerpräsident Rhein über Friedrich Merz

Length: 396 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: Seine Äußerung über Zahnbehandlungen von Asylbewerbern hatte CDU-Chef Friedrich Merz heftige Kritik eingebracht. Jetzt äußert sich auch Hessens Ministerpräsident Boris Rhein und distanziert sich von der Wortwahl seines Parteifreundes.

Body

Hessens CDU-Ministerpräsident Boris Rhein hat sich von der Wortwahl seines Parteichefs Friedrich Merz bei einer Äußerung über die Gesundheitsversorgung von abgelehnten Asylbewerbern distanziert. »Das ist eine Wortwahl, die hätten Sie so von mir nicht gehört«, sagte der Spitzenkandidat in einer Fernsehdebatte (»Triell«) des Hessischen Rundfunks zur Landtagswahl am kommenden Sonntag. Über Migrationsthemen sollte allerdings »auch in der Mitte der Gesellschaft« debattiert werden, »damit sie eben nicht an den rechten Rändern diskutiert werden«.

Merz hatte in einer Talksendung des Fernsehsenders »Welt« gesagt, abgelehnte Asylbewerber ließen sich in Deutschland die Zähne machen und nähmen so Deutschen die Zahnarzttermine weg. Er erntete empörte Reaktionen von SPD, Grünen und Linken. Bundeskanzler Olaf Scholz wies darauf hin, dass die Behauptung von Merz nicht einmal der rechtlichen Lage in Deutschland entspreche. (Lesen Sie hier mehr dazu.)

Tatsächlich steht Geflüchteten in Deutschland zunächst nur eine zahnärztliche Notversorgung zu. Erst wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen, können sie eine Krankenversicherungskarte bekommen (mehr zu den Regelungen in diesem Faktencheck). Migranten sind in der deutschen Krankenversicherung allerdings nicht bessergestellt als andere Patienten und müssen die gleichen, gerade bei Zahnersatz oft umfangreichen Zuzahlungen leisten.

Weniger Widerspruch kam aus der Union. Einige Christdemokraten wie Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst ordneten die Äußerung als Beitrag in einer berechtigterweise geführten größeren Debatte über die Migrationsbelastung ein. Der Vizechef des CDU-Sozialflügels Christian Bäumler forderte Merz hingegen auf, seine Äußerungen zurückzunehmen oder auf die Kanzlerkandidatur zu verzichten. »Die Entgleisungen von Merz sind mit dem christlichen Menschenbild nicht vereinbar. Viele CDU-Mitglieder schämen sich für ihren Parteivorsitzenden«, sagte Bäumler der Nachrichtenagentur dpa. Merz spaltete die CDU.

Im Triell nannte Rhein ein inzwischen gelöscht Wahlkampfvideo der hessischen SPD, das eine Zusammenarbeit von CDU und AfD als möglich dargestellt hatte, »widerwärtig« und »ehrabschneidend«. Niemand reibe sich dabei

»Das ist eine Wortwahl, die hätten Sie so von mir nicht gehört«

so sehr die Hände wie die AfD. Von ihr trenne die CDU aber nicht nur eine Brandmauer, sondern auch ein »ganz tiefer Graben« die AfD sei mit den Werten der CDU unvereinbar.

czl/dpa

Load-Date: October 2, 2023

End of Document

Hälfte der ukrainischen Flüchtlinge überqualifiziert im Job

SPIEGEL ONLINE

03. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; IAB-Untersuchung

Length: 312 words

Byline: Kristina Gnirke

Highlight: Experten sehen einen ausgeprägten Wunsch nach Erwerbstätigkeit bei Geflüchteten aus der Ukraine. Erst nach einem Jahr Aufenthalt indes steigt der Jobanteil merklich. Dabei sind viele hoch qualifiziert.

Body

Geflüchtete aus der Ukraine brauchen in Deutschlands Arbeitsmarkt gehörig Anlauf. Erst ab einer Aufenthaltsdauer von zwölf Monaten steige die Erwerbstätigenquote »deutlich auf 28 Prozent«, hat das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) analysiert. Fast die Hälfte der Erwerbstätigen arbeite dann in Berufen, für die sie formal überqualifiziert seien. 68 Prozent der Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter hätten ein Hochschulexamen, weitere 16 Prozent eine Berufsausbildung.

Der mittlere Monatsverdienst der vollzeitbeschäftigten Ukrainer liegt laut IAB mit 2550 Euro fast 1000 Euro unter dem Durchschnittsverdienst aller Vollzeitbeschäftigten in Deutschland.

Ukrainische Flüchtlinge unterliegen keinen Beschäftigungsverboten, müssen keine Asylverfahren durchlaufen und sind in die Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch II (Bürgergeld) integriert. Die Studie beruht auf einer repräsentativen Befragung von rund 6000 ukrainischen Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 64 Jahren, die sich seit Februar 2022 in Deutschland aufhalten.

Rund 18 Prozent aller erwerbsfähigen ukrainischen Flüchtlinge sind der Studie zufolge erwerbstätig, weitere 57 Prozent nehmen an Sprachkursen teil oder besuchen Bildungseinrichtungen. Angesichts der hohen Teilnahmequote an Sprach- und Integrationskursen und der ausgeprägten Erwerbstätigkeitswünsche »ist nach Abschluss der Kurse eine beschleunigte Integration zu erwarten«, sagt Yuliya Kosyakova, Leiterin des IAB-Forschungsbereichs Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung.

80 Prozent der ukrainischen Flüchtlinge im erwerbsfähigen Alter seien Frauen, die Hälfte von ihnen hat Kinder. Bislang arbeiteten nur 39 Prozent der Erwerbstätigen in Vollzeit, 36 Prozent in Teilzeit, 18 Prozent seien geringfügig beschäftigt, sieben Prozent seien in Ausbildung oder machten ein Praktikum.

kig/dpa-AFX

Graphic

picture alliance/dpa - Ein Ukrainer aus Kiew arbeitet in einem Grillrestaurant in Deutschland

Load-Date: August 3, 2023

End of Document

Habeck warnt in Asyldebatte vor »Misstrauensvotum«

SPIEGEL ONLINE

25. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Parteitag der Grünen

Length: 520 words

Byline: Johanna Pankow

Highlight: In Karlsruhe diskutiert die Partei auch über Migrationspolitik. In dem Änderungsantrag der Grünen Jugend zu Asylrechtsverschärfungen sieht Habeck ein »Misstrauensvotum in Verkleidung« mit Konsequenzen für die Regierung.

Body

In einer hochemotionalen Debatte zum Thema Migration auf dem Karlsruher Parteitag hat Vizekanzer Robert Habeck vor einem »Misstrauensvotum« gegen die grünen Regierungsmitglieder gewarnt. Die Grüne Jugend will in einem Antrag erreichen, dass in der Regierung keine weiteren Asylrechtsverschärfungen mitgetragen werden dürfen. »Diese Abstimmung wird Konsequenzen haben für das Regierungshandeln, für uns in der Regierung«, sagte Habeck.

Änderungsantrag sei Misstrauensvotum in Verkleidung

Es handele sich nicht um einen Änderungsantrag, sondern »es ist ein Misstrauensvotum in Verkleidung, das in Wahrheit sagt, verlässt die Regierung«, mahnte der Grünen-Wirtschaftsminister. Das werde dann »nur dazu führen, dass andere die Politik machen und dadurch wird sich nichts verändern«.

In dem Antrag der Grünen Jugend heißt es: »Weiteren Asylrechtsverschärfungen, wie etwa restriktiveren Regelungen für Rückführungen, der Kürzung von Sozialleistungen für Geflüchtete, der Absenkung von Schutzstandards, einer Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten, Schnellverfahren an Außengrenzen, der Unterbringung von Flüchtenden in Außengrenzlagern sowie der Zurückweisung von Flüchtenden in vermeintlich sichere Drittstaaten dürfen weder die grünen Minister*innen in Bund und in den Ländern noch grüne Fraktionen zustimmen.«

»Wer den Rechten hinterherläuft, der gerät in Stolpern«

Zahlreiche junge Rednerinnen und Redner forderten Zustimmung zu dem Änderungsantrag. Die neue Bundessprecherin der Grünen Jugend, Katharina Stolla, sagte: »Wer den Rechten hinterherläuft, der gerät in Stolpern.« Es gebe keinen Grund für weitere Asylrechtsverschärfungen. Sie forderte »Politik aus Liebe zu allen Menschen und nicht Politik aus Liebe zum Koalitionspartner«.

Habeck warnt in Asyldebatte vor »Misstrauensvotum«

Der Kölner Delegierte Leon Schlömer sagte, er könne in Deutschland eine »Debattenverschiebung nach Rechts« erkennen. Ebenso wie andere Delegierte forderte er, die Grünen müssten die Partei sein, »die sagt: Kein Mensch ist illegal«.

»Wir als Regierungspartei werden daran gemessen, ob wir Antworten liefern«

Parteichef Omid Nouripour verteidigte den Kurs der Grünen in der Regierung. »Wir als Regierungspartei werden daran gemessen, ob wir Antworten liefern«, sagte er. Es müsse Lösungen etwa für die Situation am Wohnungsmarkt und für die Integration geben, die in vielen Kommunen kaum noch möglich sei. Es gehe darum, alles dafür zu tun, »damit die Belastung überschaubar und beherrschbar wird«. Deshalb trage der Dringlichkeitsantrag des Parteivorstands die Überschrift »Humanität und Ordnung«.

Es müsse auch über das Thema Rückführung geredet werden, sagte Nouripour. Wer ein Einwanderungsgesetz mache, überlege, wer kommen solle »und wer nicht«. In dem Dringlichkeitsantrag des Parteivorstands heißt es: »Steuerung, Ordnung und Rückführung gehören zur Realität eines Einwanderungslandes wie Deutschland dazu.« Darin wird auch davor gewarnt, dass die Politik die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger verliere, wenn sie ihrer Verantwortung nicht nachkomme.

Über den Dringlichkeitsantrag des Parteivorstands und den Änderungsantrag der Grünen Jugend soll im Anschluss abgestimmt werden.

jpa/AFP

Load-Date: November 25, 2023

Emmanuel Macron verteidigt kontroverses Einwanderungsgesetz

SPIEGEL ONLINE

20. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Kritik aus den eigenen Reihen

Length: 320 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: Das französische Parlament hat das umstrittene Einwanderungsgesetz beschlossen auch mithilfe des rechtsnationalen Rassemblement National. Macron verteidigte dies: Man müsse die Probleme angehen, die die Partei stark machen.

Body

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat das vom Parlament beschlossene Einwanderungsgesetz gegen Kritik auch aus den eigenen Reihen verteidigt. Das Gesetz zielt ganz klar darauf ab, Migranten von der irregulären Einwanderung nach Frankreich abzuhalten und damit auch eine Überlastung des Sozialsystems zu verhindern, sagte Macron am Abend im Fernsehsender »France 5«. Zugleich sollten bisher ohne Aufenthaltspapiere arbeitende Migranten unter bestimmten Voraussetzungen einen Aufenthaltstitel bekommen, so der französische Regierungschef.

Das umstrittene Gesetz war am späten Dienstagabend vom Parlament beschlossen worden, allerdings in einer unter Druck der konservativen Oppositionspartei Les Républicains deutlich verschärften Fassung. Da die Regierung an einigen Punkten verfassungsrechtliche Zweifel hat, will Macron das Gesetz dem Verfassungsrat vorlegen. Der Rat prüft das Gesetz dann auf seine Rechtmäßigkeit. Unter Umständen müssen Passagen nachgebessert werden, ehe das Vorhaben in Kraft tritt.

Der jüngste Kompromiss des Gesetzes sieht unter anderem vor, dass nicht-europäische Ausländer künftig erst nach fünf Jahren Aufenthalt in Frankreich Anspruch auf Wohngeld haben. Ausnahmen sind vorgesehen für berufstätige Migranten sowie für Studierende und anerkannte Asylbewerber. Dieser Punkt war bis zuletzt besonders umstritten gewesen.

Kritik gab es auch daran, dass das Gesetz nur deshalb das Parlament passieren konnte, weil das rechtsnationale Rassemblement National nicht gegen, sondern für das Vorhaben stimmte. Statt sich klar von der Partei von Marine Le Pen abzuschotten, habe die Regierung sich der rechten Partei angenähert, lautete der Vorwurf. »Ich sage ganz offen, dass unsere Landsleute auf dieses Gesetz gewartet haben und wenn man möchte, dass das Rassemblement National mit seinen Ideen nicht an die Macht kommt, dann muss man die Probleme angehen, die die Partei stärken«, sagte Macron dazu.

czl/dpa

Load-Date: December 20, 2023

End of Document

Mindestens sechs Tote nach Bootsunglück im Ärmelkanal

SPIEGEL ONLINE

12. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/GESELLSCHAFT; Migration nach Großbritannien

Length: 432 words

Byline: Patrick Beuth

Highlight: Während der britische Premierminister versucht, mit einer rigiden Asylpolitik die Zahl der Migranten zu verringern, wagen immer wieder Menschen die Überfahrt. Am Samstag kenterte ein völlig überladenes Boot.

Body

Nach dem Kentern eines Bootes mit Geflüchteten im Ärmelkanal sind mindestens sechs Menschen ums Leben gekommen. Etwa 50 Personen seien gerettet worden, teilten die französischen Behörden am Samstag mit. Die Menschen hätten am frühen Morgen versucht, mit dem Boot von Frankreich aus den Ärmelkanal zu überqueren und nach Großbritannien zu gelangen.

Gegen sechs Uhr am Morgen sei eine umfassende Rettungsaktion begonnen worden, als Dutzende Boote gleichzeitig die Überfahrt versucht hätten, sagte der örtliche Bürgermeister Franck Dhersin. »Mehrere Boote hatten ernsthafte Schwierigkeiten.« In der Nähe der Küstenstadt Sangatte seien leider tote Menschen geborgen worden. Die britische Küstenwache teilte mit, sie habe bei dem Untergang eines anderen Bootes alle Insassen retten können.

Der Ärmelkanal zwischen Frankreich und Großbritannien ist einer der verkehrsreichsten Schifffahrtswege der Welt, die Strömungen sind stark. Daher ist eine Überfahrt mit kleinen Booten gefährlich. Dennoch versuchen immer wieder Migranten, illegal von Frankreich nach Großbritannien zu gelangen. Schlepperbanden überladen oft klapprige Schlauchboote, sodass sie kaum über Wasser bleiben und Gefahr laufen zu kentern.

Schon 16.000 Migranten kamen 2023 über den Kanal

»Wir haben 54 Menschen gerettet, darunter eine Frau«, sagte Anne Thorel, eine Freiwillige auf einem der Rettungsboote. Sie schilderte die verzweifelten Bemühungen der Migranten, mit ihren Schuhen Wasser aus ihrem sinkenden Boot zu schöpfen. »Es waren zu viele von ihnen auf dem Boot.«

Frankreichs Ministerpräsidentin Elisabeth Borne kündigte an, dass der stellvertretende Minister für maritime Angelegenheiten, Hervé Berville, nach Calais zur Unglücksstelle reisen werde. »Meine Gedanken sind bei den Opfern«, schrieb sie im Kurznachrichtendienst X, ehemals Twitter. Auch die britische Innenministerin Suella Braverman erklärte, sie sei in Gedanken und Gebeten bei den Opfern. Britische und französische Behörden würden bei den Rettungsaktionen zusammenarbeiten.

Mindestens sechs Tote nach Bootsunglück im Ärmelkanal

Nach Daten der britischen Regierung hat die Zahl der Migranten, die seit Anfang 2018 den Ärmelkanal überquerten, diese Woche 100.000 überstiegen. In diesem Jahr sind es demnach bislang knapp 16.000, allein am Donnerstag wurden insgesamt 755 Menschen in 14 Booten gezählt – so viele wie noch nie in diesem Jahr.

Premierminister Rishi Sunak versucht, mit einer restriktiven Asylpolitik die Zahl der nach Großbritannien kommenden Migranten zu verringern. Er baut darauf, damit die Popularität seiner Konservativen Partei zu verbessern, die in Umfragen derzeit schlecht abschneidet.

pbe/Reuters

Graphic

dpa - Rettungsboot in Dover am vergangenen Donnerstag: 755 Menschen in 14 Booten – an einem Tag

Load-Date: August 14, 2023

End of Document

Von der Leyen sagt Meloni Unterstützung zu aber keine europäische Seemission

SPIEGEL ONLINE

17. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Besuch auf Lampedusa

Length: 405 words

Byline: Sebastian Stoll

Highlight: Zahlreiche Migranten erreichen derzeit Lampedusa. Italiens Regierungschefin Meloni fordert einen EU-Einsatz zum Stopp von Booten. Kommissionspräsidentin von der Leyen verspricht Hilfe, geht aber auf dieses Anliegen nicht näher ein.

Body

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat Italien Unterstützung bei der aktuellen Migrationskrise auf Lampedusazugesagt. Die EU und ihre Grenzschutzbehörde Frontex könnten Italien dabei helfen, die große Zahl von Migranten auf der Insel zu bewältigen, indem diese auf andere Staaten in der Union verteilt würden. Außerdem könne Frontex dabei behilflich sein, »eine schnelle Rückführung der Menschen zu organisieren, wenn sie keine Chance auf Asylrecht haben«, sagte von der Leyen bei einem Besuch auf der Insel zusammen mit Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni.

Zudem wolle man gegen die Infrastruktur der Schmuggler vorgehen und legale Migration nach Europa erleichtern, sagte von der Leyen. Die Kommissionspräsidentin appellierte darüber hinaus an die Hilfsbereitschaft der weiteren EU-Länder: »Wir bitten andere Mitgliedstaaten dringend, Solidarität zu beweisen.« Ebenso solle die Unterstützung für die italienische Küstenwache intensiviert werden.

Lampedusa ist mit dem Zustrom von Menschen derzeit überfordert. Seit Wochenbeginn haben mehrere tausend Bootsmigranten die kleine Insel zwischen Sizilien und Nordafrika erreicht. Allein am Dienstag kamen mehr als 5000 Menschen an – so viele wie noch nie an einem einzigen Tag. Zeitweise war das kleine Erstaufnahmelager mit rund 6800 Menschen völlig überfüllt. Meloni hatte von der Leyen nach Lampedusa eingeladen, »um sich persönlich den Ernst der Lage, in der wir uns befinden, bewusst zu machen«.

Notstand auf Lampedusa

Meloni bekräftigte nach dem Treffen ihre bekannte Position: »Wir müssen den Zustrom illegaler Migranten stoppen. Wir können keine Lösung finden, die einem Land dient und dem anderen nicht.« Vor wenigen Tagen hatte sie in einer Videobotschaft eine europäische Mission gefordert, um Migrantenboote auf dem Weg nach Europa zu stoppen. Falls nötig müsse die Marine eingesetzt werden und eine solche Mission »sofort« starten, sagte sie darin. Von der Leyen sagte nun lediglich, sie unterstütze es, Optionen zur Ausweitung bestehender Marineeinsätze im Mittelmeer auszuloten oder an neuen Einsätzen zu arbeiten.

Von der Leyen sagt Meloni Unterstützung zu aber keine europäische Seemission

Wegen der Nähe zur tunesischen Küstenstadt Sfax gehört Lampedusa seit Jahren zu den Brennpunkten der Migration nach Europa. Der Stadtrat rief angesichts der Lage den Notstand aus. »Der Migrationsdruck, den Italien seit Anfang dieses Jahres erlebt, ist unhaltbar«, sagte Meloni. Die Regierungschefin fordert daher ein Eingreifen der EU.

sol/dpa

Load-Date: September 17, 2023

End of Document

Scholz und Macron beschwören Freundschaft zur »Verteidigung der Demokratie«

SPIEGEL ONLINE

10. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Treffen in Hamburg

Length: 484 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Erst Europa retten, dann Fischbrötchen bei Schmuddelwetter essen: Kanzler Scholz hat sich in Hamburg mit Frankreichs Präsident Macron getroffen. Beide versicherten sich ihrer Nähe vor allem im Kampf gegen Rechts.

Body

Ein Krieg in der Ukraine, Angriffe auf Israel, ein in Migrationsfragen zerstrittenes Europa: Angesichts multipler Krisen haben sich Berlin und Paris eine stärkere Partnerschaft versprochen. »Frankreich und Deutschland sind ein ganz wichtiges Paar für Europa«, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) an der Seite von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in Hamburg. Wie bei jedem Paar üblich, gebe es mal unterschiedliche Perspektiven, »aber es ist möglich, einen gemeinsamen Standpunkt zu entwickeln und sich von Wertschätzung zueinander tragen zu lassen«, sagte Scholz.

Auch Macron betonte die Einheit. Gemeinsam werde man ein Europa bauen, »das souveräner und stärker ist«. In einer unübersichtlicher werdenden Welt, müsse man dafür Sorge tragen, Europa als souveränen, autonomen und wettbewerbsfähigen Kontinent zu stärken. »Wenn Deutschland und Frankreich sich näher sind, ist das eine wichtige Voraussetzung dafür.«

Scholz sprach davon, die Einheit der liberalen Demokratien sei gerade mit Blick auf das Erstarken rechter Strömungen in Europa ein wichtiger Pfeiler. »Es geht um die Verteidigung der Demokratie«, so Scholz. Der Kanzler bezog sich auf die hohen Gewinne der in Teilen rechtsextremen AfD bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern. Auch in Frankreich erstarken rechte Bewegungen wie »Rassemblement National«.

Einigkeit bei »Schmuddelwetter«

Scholz und Macron hatten sich anderthalb Tage lang mit den deutschen und französischen Regierungsmitgliedern zu einer gemeinsamen Kabinettsklausur getroffen. Neben den Gesprächen fanden beide laut Scholz auch Zeit für ein Fischbrötchen bei »Hamburger Schmuddelwetter«.

In den Gesprächen ging es neben der EU-Asylreform vor allem um Fragen des technologischen Fortschritts und den Chancen von Künstlicher Intelligenz für die EU. Mit Blick auf den Ukrainekrieg versprachen beide eine

Scholz und Macron beschwören Freundschaft zur »Verteidigung der Demokratie«

»langfristige« Unterstützung des von Russland angegriffenen Landes. Scholz versprach Bürokratieabbau und eine enge Zusammenarbeit in Migrationsfragen.

Die Reform des EU-Asylsystems müsse nun rasch im Europaparlament vorangebracht werden, so Scholz. »Wir brauchen ein gemeinsames europäisches System, das Ordnung, klare Regeln und effektive Verfahren in die irreguläre Migration bringt.« Zuletzt hatten sich bereits die Staats- und Regierungschefs der EU auf die Reform geeinigt. Nun muss auch das Parlament dem schärferen Kurs zustimmen.

Überschattet wurde das Treffen von den Ereignissen in Israel. Hamas-Terroristen hatten am Wochenende vom Gazastreifen aus in einer beispiellosen Attacke Hunderte Menschen getötet. »Wir stehen gemeinsam an der Seite Israels«, sagte Scholz. Zugleich warnten er und Macron vor einer Gewaltspirale in der Region. Israel habe das Recht, sich gegen alle Angriffe zu verteidigen, sagte Scholz. Es dürfe aber keine weitere Eskalation geben. Berlin und Paris stünden daher auch mit vielen anderen Ländern in der Region im intensiven Kontakt.

mrc

Load-Date: October 10, 2023

End of Document

Grünenpolitiker fordert Bundespolizei-Einsatz zur Seenotrettung

SPIEGEL ONLINE

11. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Flüchtlinge im Mittelmeer

Length: 375 words

Byline: Anna-Sophie Schneider

Highlight: Hunderte Menschen sind in diesem Jahr bereits auf den Flüchtlingsrouten im Mittelmeer ertrunken. Eine europäische Seenotrettung gibt es nicht. Grünenpolitiker Pahlke sieht nun die deutschen Behörden in der Pflicht.

Body

Immer wieder ertrinken Migranten auf den Flüchtlingsrouten übers Mittelmeer. Der Grünen-Innenpolitiker Julian Pahlke hat nun vorgeschlagen, Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) solle die Bundespolizei anweisen, im Mittelmeer Bootsmigranten vor dem Ertrinken zu retten. »Solange es keine europäische Seenotrettung gibt, sollte die Bundespolizei von der Innenministerin in einen humanitären Hilfseinsatz geschickt werden«, sagte der Bundestagsabgeordnete der Nachrichtenagentur dpa. Die Bundespolizei verfüge schließlich auch über Schiffe, die für einen solchen Einsatz durchaus geeignet wären, fügte er hinzu.

Pahlke, der selbst an Einsätzen privater Rettungsorganisationen im Mittelmeer teilgenommen hat, forderte: »Bei allen Rufen nach Ordnung in der Migrationspolitik muss vor allem auch die Humanität geschützt werden.« Um das tausendfache Sterben im Mittelmeer zu verhindern, würden deutlich mehr Rettungskräfte gebraucht. Nicht staatliche Rettungsorganisationen füllten hier seit Jahren eine Lücke.

Im Koalitionsvertrag, den SPD, Grüne und FDP im Herbst 2021 vereinbart hatten, heißt es: »Es ist eine zivilisatorische und rechtliche Verpflichtung, Menschen nicht ertrinken zu lassen.« Die zivile Seenotrettung dürfe daher nicht behindert werden. Außerdem hielt die Ampelkoalition fest: »Wir streben eine staatlich koordinierte und europäisch getragene Seenotrettung im Mittelmeer an«.

Um die Dringlichkeit seiner Forderung zu unterstreichen, verwies Pahlke auf Berichte über Bootsunglücke in den vergangenen Tagen, bei denen Dutzende Menschen ums Leben gekommen waren. Das Europaparlament hatte im Juli effektivere Einsätze gefordert, um mehr Flüchtlinge aus Seenot zu retten. Die EU-Länder und die europäische Grenzschutzagentur Frontex sollten genügend Schiffe, Ausrüstung und Personal zur Verfügung stellen für einen »proaktiveren und koordinierteren Ansatz« zur Rettung von Menschenleben, hieß es in einer in Straßburg verabschiedeten Resolution.

Laut Uno-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) sind seit Jahresbeginn rund 120.000 Flüchtlinge und Migranten mit Booten nach Italien, Spanien, Griechenland, Malta und Zypern gekommen. Von Jahresbeginn bis Ende Juli starben bei diesen gefährlichen Überfahrten nach Schätzungen des UNHCR 2078 Menschen.

asc/dpa

Graphic

dpa - Migranten in einem Holzboot im Mittelmeer: Seit Jahresbeginn sollen mehr als 120.000 Menschen nach Südeuropa gelangt sein

Load-Date: August 11, 2023

End of Document

Faerer dringt in EU-Asylstreit auf offene Grenzen

SPIEGEL ONLINE

08. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Gipfel in Luxemburg

Length: 741 words

Byline: Marc Röhl

Highlight: Die EU arbeitet an einer Verschärfung ihrer Asylpolitik, auch Innenministerin Faerer erwägt härtere Regeln. Vor Beginn des Gipfels in Luxemburg hat sie nun jedoch rote Linien für mögliche Kompromisse gezogen.

Body

In Luxemburg ringen die EU-Innenministerinnen und EU-Innenminister heute um eine Reform der europäischen Asylpolitik. Die bisherigen Regeln sollen deutlich verschärft werden. Doch vor Beginn der Beratungen hat Bundesinnenministerin Nancy Faerer (SPD) nun vor einer zu harten Gangart gewarnt.

»Für uns als Deutschland stehen die menschenrechtlichen Standards ganz vorne, und dafür werde ich auch heute hart kämpfen«, sagte die SPD-Politikerin vor Beratungsbeginn in Luxemburg. »Sollten wir heute scheitern oder in den nächsten 14 Tagen, dann ist es ein falsches Signal, das würde zu nationaler Abschottung führen«, betonte die Ministerin und fügte hinzu: »Das will ich nicht, ich möchte die Grenzen offenhalten.«

Asylverfahren künftig schon an EU-Außengrenzen?

Im Zentrum des Ministertreffens steht eine Überarbeitung des Gemeinsamen Europäischen Asyl-Systems (GEAS). Die EU versucht deshalb seit Jahren, ihre Asylregeln zu reformieren. Laut dem sogenannten Dublin-System sind die Länder, in denen die Neuankömmlinge erstmals in die EU einreisen, für die Registrierung verantwortlich. In der Flüchtlingskrise von 2015 und 2016 brach dieses System jedoch zusammen, Griechenland und andere Länder waren mit dem Massenzustrom aus Ländern wie Syrien überfordert.

Ein Streitpunkt ist die Verteilung anerkannter Schutzsuchender. Laut Kompromissvorschlag sollen Länder wie Ungarn und Polen, die partout keine Migranten aufnehmen wollen (außer aus der Ukraine), künftig für deren Unterbringung in anderen Ländern zahlen. Im Gespräch waren zuletzt rund 20.000 Euro pro Geflüchteten. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson nannte dies eine »Pflicht zur Solidarität«.

Ein weiterer zentraler Konflikt betrifft die Frage, ob Asylverfahren künftig schon an den Außengrenzen der EU stattfinden sollen. Insbesondere wer aus einem relativ sicheren Land in die EU eingereist ist, soll in streng abgeschirmten Auffangeinrichtungen landen, wo die Chance auf Asyl geprüft wird. Angedacht ist, dass dies für Menschen aus Herkunftsländern mit einer Asyl-Anerkennungsquote von weniger als 20 Prozent gelten soll.

Faeser dringt in EU-Asylstreit auf offene Grenzen

Migranten mit geringen Aufnahmechancen etwa aus der Türkei, Pakistan oder Albanien sollen von dort direkt in ihre Heimatländer zurückgeschoben werden, damit sie erst gar nicht in die EU kommen. Die Bundesregierung trägt ein solches Vorgehen im Grundsatz mit, will aber Familien mit Kindern und Jugendlichen von solchen Grenzverfahren ausnehmen. Es ist allerdings fraglich, ob dieser Vorschlag in der EU mehrheitsfähig ist. Faeser ließ offen, ob sie auch dann zustimmen würde, wenn die deutschen Vorschläge keinen Einzug in einen Beschluss finden. Ohne Deutschlands Zustimmung wäre die Reform gescheitert.

Faeser sagte, es gebe eine gemeinsame Haltung der Bundesregierung. »Deswegen wundere ich mich über manche Diskussion, die es dieser Tage gibt«, sagte die Ministerin mit Blick auf kritische Stimmen aus den Reihen von SPD und Grünen vor allem zu den Grenzverfahren. Vor allem die FDP hatte sich für schärfere Grenzregeln ausgesprochen, bei Grünen und SPD gab es einen Aufschrei. Hunderte Grünenmitglieder unterzeichneten einen Protestbrief.

Eine EU-Einigung erfordert eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedsländer, also mindestens 15 der 27 Staaten, die zusammen 65 Prozent der EU-Bevölkerung umfassen. Danach müssen sich die Länder noch mit dem Europaparlament verständigen. Ein Jahr vor der Europawahl gilt dies als schwierig.

»Einigung, aber nicht um jeden Preis«

Deshalb halten Beobachter es für gut möglich, dass die Verhandlungen scheitern oder zumindest vertagt werden. Faeser gab sich zurückhaltend: »Es könnte die Chance geben auf Einigung, aber nicht um jeden Preis.«

Auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) warb für einen Schutz der EU-Außengrenzen, der »human und in Einklang mit geltendem Recht« ist. Zugleich forderte er eine gerechtere Verteilung von Schutzsuchenden unter den EU-Staaten, sagte Scholz der italienischen Zeitung »Corriere della Sera«. Italien und andere EU-Mittelmeerstaaten seien ebenso wie Deutschland auf besondere Weise betroffen: »Wir brauchen eine solidarische Verteilung von Verantwortung und Zuständigkeit zwischen den EU-Staaten sowie die Einhaltung der Standards für Schutzsuchende in den Asylverfahren und bei der Integration in den EU-Staaten«, sagte er deshalb.

In Rom kommt Scholz heute mit der italienischen Regierungschefin Giorgia Meloni zusammen. Die Postfaschistin steht für einen deutlich rigideren Asylkurs.

mrc/dpa/Reuters

Graphic

EPA - Bundesinnenministerin Nancy Faeser mit Bundeskanzler Olaf Scholz (beide SPD): »Menschenrechtliche Standards ganz vorne«

Load-Date: June 8, 2023

Innenpolitiker und Kommunen streiten über den Umgang mit Geflüchteten

SPIEGEL ONLINE

07. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Vor dem Bund-Länder-Gipfel

Length: 1621 words

Byline: Matthias Kaufmann

Highlight: Wie verfahren mit der wachsenden Zahl Geflüchteter? Die Vorschläge reichen von neuen Geldquellen für die Unterbringung über einfache Arbeitserlaubnisse bis hin zu härteren Grenzkontrollen. Vor allem die Finanzen sind strittig.

Body

Am kommenden Mittwoch hat die Bundesregierung zum so genannten Flüchtlingsgipfel geladen: Die Regierungschefs der Länder sollen mit Bundeskanzler Olaf Scholzbesprechen, wie sie mit der steigenden Zahl von Geflüchteten umgehen wollen. Der Handlungsdruck ist groß, denn aus allen Bundesländern mehren sich die Hilferufe von Kommunen, die große Probleme haben, die Neuankömmlinge unterzubringen.

So fordert etwa der Fuldaer Oberbürgermeister Heiko Wingefeld (CDU), der auch Präsident des Hessischen Städtetags ist, mit Blick auf das Treffen eine Kurskorrektur. »Wir versuchen in den Kommunen über Parteigrenzen hinweg, das Bestmögliche für die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge zu leisten«, so Wingefeld. »Aber es frustriert, wenn auf der Bundesebene die Realitäten nicht wahrgenommen, sondern ausgeblendet werden. Man darf die Probleme nicht schönreden, sondern muss die wirkliche Situation anerkennen und die richtigen Strategien entwickeln.«

Eines der drängendsten Probleme sieht der Städtetagspräsident bei der Unterbringung der Geflüchteten. »Wir sind nicht nur in der Stadt Fulda, sondern hessen- und deutschlandweit absolut an der Kapazitätsgrenze, um die Menschen wenigstens halbwegs menschenwürdig unterzubringen«, warnte der Kommunalpolitiker.

Bereits vorm Wochenende hatte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst dem SPIEGEL gesagt, die Hilferufe der Kommunen würden von der Bundesregierung abgetan. »Für Unterbringung, Versorgung und vor allem Integration müssen deutlich mehr Mittel fließen – und zwar dauerhaft«, erklärte der CDU-Politiker.

Auch die deutschen Landkreise fordern klare Entscheidungen zur Begrenzung der Flüchtlingszahlen und zum Thema Finanzen. »Die Landkreise brauchen dringend eine verlässliche Perspektive«, sagte der Präsident des Landkreistags, Reinhard Sager, am Wochenende.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser will auf europäischer Ebene dafür sorgen, dass die Zahlen von Geflüchteten sinken, die in Deutschland ankommen. Sie plädiert für Asylzentren an den europäischen Außengrenzen. Bereits dort sollen die Entscheidungen über Asylanträge getroffen werden. Menschen, die Asyl bekommen, sollen dann

Innenpolitiker und Kommunen streiten über den Umgang mit Geflüchteten

nach einem neuen Schlüssel auf die Mitgliedstaaten verteilt werden, abgelehnte Bewerber direkt abgeschoben werden.

Neuordnung auf EU-Ebene?

Im SPIEGEL hatte Faesers Vorgänger Horst Seehofer den Vorschlag gelobt er ähnelt stark seinem eigenen Vorstoß von 2019. Doch viele Europapolitiker sehen wenig Chancen auf Verwirklichung. Länder wie Polen und Ungarn seien nicht bereit, sich auf einen solchen Verteilschlüssel einzulassen und bevorzugen eine Politik weitgehend geschlossener Grenzen, auch auf Kosten von Flüchtlingsrechten. Und Staaten mit einer Außengrenze würden für den Aufwand solcher Zentren und Verfahren massive Unterstützung aus den übrigen EU-Staaten benötigen.

Dennoch bekräftigte Faeser ihren Vorstoß für Asylzentren an den EU-Außengrenzen am Wochenende. »Über Asyl für Menschen, die kaum Aussicht auf Schutz in der EU haben, muss in Zukunft schon an den Außengrenzen entschieden werden«, sagte Faeser nun noch mal der »Bild am Sonntag« (BamS). Wer kein Recht auf Asyl habe, müsse »von dort in seine Heimat zurückkehren«. Gleichzeitig wolle sie, dass jeder an der EU-Außengrenze registriert werde, »damit Menschen nicht unkontrolliert weiterreisen«.

Die Blockade einer Reform des Asylsystems in der EU sieht Faeser durchbrochen. »Wir brauchen eine faire Verteilung in Europa«, sagte sie, darüber verhandele sie »mit aller Kraft«. Zugleich müssten aber auch die EU-Außengrenzen effektiv geschützt werden. Es bestehe die »historische Chance, die Migration in Europa endlich wirksam zu steuern und zu ordnen«, sagte die SPD-Politikerin.

Pro Asyl: »De-facto-Haftlager«

Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl zeigte sich empört über Pläne für Asylverfahren an den Außengrenzen der Europäischen Union. Sie forderte die Ampel-Koalition am Samstag auf, »für die Ziele im Koalitionsvertrag einzustehen und sich gegen die Zustimmung zu EU-Grenzverfahren auszusprechen«. Es drohen »De-facto-Haftlager und die Aushebelung des Flüchtlings- und Menschenrechtsschutzes an den EU-Grenzen«.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder(CSU) plädierte in der »Bild am Sonntag« dafür, Ländern, die abgelehnte Asylbewerber nicht zurücknehmen, die Entwicklungshilfe zu kürzen. »Wir stehen zum Grundrecht auf Asyl. Aber bei Ländern, die einer geordneten Rückführung nicht zustimmen, müssen wir künftig auch über Kürzungen bei der Entwicklungshilfe nachdenken«, sagte Söder.

Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer(CDU) forderte die konsequente Umsetzung bestehender Rückführungsabkommen. Mangelnder Kooperation der Herkunftsstaaten sei mit wirtschaftlichem, rechtlichem und diplomatischem Druck zu begegnen, sagte er der »Bild am Sonntag«.

Zudem müsse der Bund »gegenüber unseren europäischen Partnern auf die Einhaltung geltenden Rechts« drängen, appellierte der CDU-Politiker. »Das Durchleiten von Flüchtlingen aus anderen EU-Staaten muss ein Ende haben«, forderte Kretschmer.

Man müsste »nicht abgerufene Mittel der Wohnraumförderung einsetzen können, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, der zeitweise auch zur Unterbringung von Flüchtlingen dienen kann.«

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Rainer Haseloff (CDU) sagte der »BamS«, aus seiner Sicht sei bei einem Scheitern des Gipfels das Vertrauen in die Demokratie in Gefahr. Die Bundesregierung müsse endlich dafür sorgen, »dass Zuwanderung gesteuert wird«, forderte Haseloff. »Wenn wir uns in Deutschland nicht handlungsfähig zeigen, wird das Vertrauen in unsere Demokratie mehr und mehr untergraben.«

Die akuten Probleme der Kommunen sind damit nicht schnell zu lösen. Damit stehen die Zeichen für den Flüchtlingsgipfel auf Konflikt, denn die Bundesregierung plant offenbar keine wesentliche Erhöhung der Flüchtlingshilfen für Länder und Kommunen. Zudem will sie Asylverfahren und Abschiebungen beschleunigen. Das geht aus einem Entwurfpapier für den Gipfel hervor, das dem ARD-»Hauptstadtstudio« vorliegt.

Innenpolitiker und Kommunen streiten über den Umgang mit Geflüchteten

Bund will nicht mehr Geld rausrücken

Darin heißt es, der Bund unterstütze schon jetzt finanziell in Milliardenhöhe trotz eines Haushaltsdefizits, während Länder und Kommunen Milliardenüberschüsse verzeichneten. Auch der Vorwurf, die Länder würden das Geld des Bundes gar nicht in vollem Umfang an die Städte und Gemeinden weitergeben, wird in dem Beschlussvorschlag aufgegriffen. Mehrere Ministerpräsidenten hatten dennoch dauerhaft mehr Geld für die Unterbringung, Versorgung und Integration von Geflüchteten gefordert.

Um Asylverfahren zu beschleunigen, will der Bund die Länder dazu bringen, ihre Ausländerbehörden personell und technisch besser auszustatten und die Verfahren bis Ende 2024 komplett zu digitalisieren. Erklärtes Ziel ist es außerdem, Asylgerichtsverfahren zu verkürzen. EU-Beitrittsaspiranten wie Georgien oder die Republik Moldau sollen zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. Asylanträge aus diesen Ländern könnten dann leichter abgelehnt werden.

Die Länder wollen beim Flüchtlingsgipfel »von ihrer Forderung nach mehr Hilfen vom Bund nicht abrücken«, wie die saarländische Ministerpräsidentin Anke Rehlinger (SPD) der »Rheinischen Post« sagte. Sie schlug vor, »nicht abgerufene Mittel der Wohnraumförderung einsetzen zu können, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, der zeitweise auch zur Unterbringung von Flüchtlingen dienen kann«.

»Ich bin dafür, dass Geflüchtete, die den Kommunen zugewiesen werden, sofort arbeiten dürfen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.«

Städtetagspräsident Markus Lewe sprach sich dafür aus, Flüchtlingen schneller Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewähren. »Ich bin dafür, dass Geflüchtete, die den Kommunen zugewiesen werden, sofort arbeiten dürfen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus«, so Lewe. Dies erfordere eine Änderung des Integrationsrechts. Zudem müssten Qualifikationen viel unbürokratischer anerkannt werden, sagte der Oberbürgermeister von Münster.

Asylbewerber dürfen hierzulande in der Regel erst nach drei Monaten arbeiten. Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine müssen kein Asylverfahren durchlaufen und bekommen eine Arbeitserlaubnis direkt mit ihrer Aufenthaltsgenehmigung.

»Beachtliche Zurückweisungszahlen«

Derweil forderten die Landesinnenminister von Brandenburg und Sachsen von der Bundesinnenministerin stationäre Grenzkontrollen, um unerlaubte Einreisen zu verhindern. Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) verwies in der »Welt am Sonntag« auf die stationären Grenzkontrollen an der Grenze Bayerns zu Österreich, die kürzlich verlängert worden seien. Diese Kontrollen führten zu »beachtlichen Zurückweisungszahlen«.

Vor dem Hintergrund einer vergleichbaren Situation an den Grenzen zu Polen und Tschechien »haben wir die Bundesinnenministerin gemeinsam angeschrieben und um befristete Wiedereinführung von stationären Binnengrenzkontrollen gebeten«, so Schuster. Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) sagte: »Wenn wir die Freizügigkeit im Schengen-Raum erhalten wollen, müssen wir einen Kontrollverlust an der Bundesgrenze verhindern.« Er forderte »die umgehende Einführung stationärer Binnengrenzkontrollen«.

SPD, Grüne und FDP hatten im Koalitionsvertrag Migrationsabkommen mit Herkunftsstaaten als Ziel definiert. Außerdem wollten die Ampel-Partner prüfen, ob der Schutzstatus in Ausnahmefällen unter Achtung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention in Drittstaaten geprüft werden könne. Um Herkunftsländer zu mehr Kooperation zu bewegen, schlägt Teuteberg vor, den sogenannten Visa-Hebel konsequent zu nutzen. Damit ist gemeint, dass Deutschland oder die EU die Visapolitik gegenüber Staaten, die Abschiebungen ihrer Bürger verzögern oder verhindern, als Druckmittel einsetzen.

mamk/dpa/AFP

Graphic

EPA - Bundesinnenministerin Faeser

Load-Date: May 7, 2023

End of Document

Hunderte Flüchtlinge aus dem Senegal auf dem Weg nach Teneriffa vermisst

SPIEGEL ONLINE

10. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Bericht spanischer Hilfsorganisation

Length: 322 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Der Seeweg zu den Kanaren hat sich zu einer wichtigen Fluchroute entwickelt immer wieder kommt es zu tödlichen Unglücken. Nun fürchten Flüchtlingsretter um rund 300 vermisste Personen.

Body

Der Weg über die Kanaren entwickelt sich zur gefährlichen Fluchroute für Menschen aus Afrika. Hunderte Menschen werden nach Angaben der angesehenen spanischen Hilfsorganisation Caminando Fronteras seit Tagen im Atlantik vermisst. Die Migrantinnen und Migranten seien vom Senegalaus in Richtung Teneriffa aufgebrochen, teilte die Organisation am Sonntag mit.

Zwei Schiffe, eines mit etwa 65 Personen und das andere mit 50 bis 60 Personen an Bord, würden seit 15 Tagen vermisst. Ein drittes Boot habe den Senegal am 27. Juni mit etwa 200 Personen verlassen. Insgesamt ist demnach der Verbleib von rund 300 Personen ungeklärt. Die Familien der Vermissten hätten seit deren Abfahrt nichts mehr von ihren Angehörigen gehört. Alle drei Boote seien in Kafountine in Senegals Süden gestartet. Von dort sind es etwa 1700 Kilometer bis nach Teneriffa.

Die Familien seien sehr besorgt, sagte Helena Maleno von Caminando Fronteras. Die etwa 300 Menschen seien aus der gleichen Gegend im Senegal und wegen der Instabilität im Land geflohen

Hohe Opferzahlen im Atlantik

Die Kanarischen Inseln vor der Küste Westafrikas sind ein wichtiges Ziel für Schutzsuchende auf dem Weg nach Spanien. Die atlantische Migrationsroute wird in der Regel von Menschen aus den afrikanischen Ländern südlich der Saharagenutzt. Nach Angaben der Uno starben im Jahr 2022 mindestens 559 Personen bei dem Versuch, die Kanarischen Inseln zu erreichen.

Caminando Fronteras selbst gibt eine deutlich höhere Zahl an. Demnach seien mindestens 1784 Migrantinnen und Migranten im vergangenen Jahr bei dem Versuch gestorben, Spanien über den Atlantik zu erreichen. Das Hilfswerk gilt als in Afrika sehr gut vernetzt und beruft sich auf Kontakte zu Hinterbliebenen, um an Opferzahlen zu kommen. Die Uno-Organisation für Migration (IOM) hingegen gibt selbst an, dass tödliche Unfälle oft erst Wochen oder Monate später registriert werden und womöglich kein echtes Abbild zeigen.

mrc/Reuters

Graphic

REUTERS - Rettungskräfte bergen einen Ertrunkenen auf der Kanareninsel Lanzarote: Wichtiges Ziel für Schutzsuchende (Foto vom November 2020)

Load-Date: July 10, 2023

End of Document

BBC ermahnt Moderator Lineker wegen NS-Vergleich

SPIEGEL ONLINE

08. März 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; Kritischer Tweet zu Asylgesetz

Length: 302 words

Byline: Anna Ehlebracht

Highlight: Die britische *Flüchtlingspolitik* sei »grausam« und nutze eine Sprache, »die der von Deutschland in den Dreißigerjahren nicht unähnlich ist«: Für diesen Tweet wird BBC-Fußballmoderator Gary Lineker nun angegangen.

Body

Wegen einer Äußerung zur britischen *Flüchtlingspolitik* bittet die BBC ihren Fußballmoderator Gary Lineker zum Rapport. Der ehemalige englische Nationalspieler werde »an seine Verantwortung erinnert« werden, teilte der öffentlich-rechtliche Senderin der Nacht mit.

Lineker hatte per Twitter – wo er mehr als acht Millionen Follower hat – das neue Asylgesetz der konservativen britischen Regierung kritisiert und als »mehr als schrecklich« bezeichnet. Auf Reaktionen, er sei »nicht ganz bei Trost« (»out of order«), antwortete er: »Dies ist eine unermesslich grausame Politik, die sich gegen die am stärksten gefährdeten Menschen richtet, in einer Sprache, die der von Deutschland in den Dreißigerjahren nicht unähnlich ist, und ich soll nicht ganz bei Trost sein?«

Die britische Regierung will Migranten, die ohne offizielle Erlaubnis einreisen, zunächst in Unterkünften festhalten und dann nach Ruanda oder in andere Staaten ausweisen. Das Recht, Asyl zu beantragen, soll ihnen entzogen werden. Die Pläne könnten gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen. Innenministerin Suella Braverman hatte mit Blick auf die steigende Zahl von Menschen, die über den Ärmelkanal ins Land kommen, unter anderem von einer »Invasion« gesprochen.

Lineker steht nun allerdings auch selbst in der Kritik. Der konservative Abgeordnete Craig Mackinlay sagte der Zeitung »Telegraph«, Linekers Kommentar sei »faul, schlecht durchdacht und schändlich«. Die BBC müsse den 62-Jährigen entlassen.

Neutralität in der Berichterstattung ist ein Grundsatz der BBC – umso genauer werden Äußerungen von Personen beobachtet, die für den Sender arbeiten. Lineker hat die konservative Regierung wiederholt kritisiert. Der Ex-Stürmer gilt mit einem Grundgehalt von 1,35 Millionen Pfund (1,51 Mio. Euro) als bestbezahlter BBC-Moderator.

aeh/dpa

Graphic

dpa - Der Ex-Fußballspieler Lineker 2017 bei der Auslosung für die Weltmeisterschaft in Russland 2018

Load-Date: March 8, 2023

End of Document

»Ungeziefer«-Äußerung zu Wirtschaftsflüchtlingen scharfe Kritik an Ex-CSU-Minister Ramsauer

SPIEGEL ONLINE

31. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Gestrichene Interviewpassage

Length: 625 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: In einem Interview mit einem Magazin rückt CSU-Politiker Peter Ramsauer Migranten in die Nähe von Ungeziefer. Später will er es nicht so gemeint haben, die Aussage im Text wird angepasst die Wut im Netz ist enorm.

Body

Eine mittlerweile geänderte abfällige Äußerung des ehemaligen Bundesverkehrsministers Peter Ramsauer(CSU) hat für breite Empörung gesorgt. Der CSU-Politiker hatte sich in einem Interview rassistisch über Geflüchtete geäußert. Nach erster Kritik wurde die Passage in der Onlineversion des Gesprächs gestrichen.

Ramsauer hatte im Magazin »Mittelstand Digital«des Bunds der Selbständigen (BDS) Nordrhein-Westfalen und der Bundesvereinigung Mittelständischer Unternehmer (BVMU) über Zuwanderung gesprochen und dabei Wirtschaftsflüchtlinge indirekt als »Ungeziefer« bezeichnet. Die Passage ist im E-Paper mittlerweile geändert.

Im Netz kursieren weiterhin Screenshots der umstrittenen Aussage. Ramsauer zitiert den chinesischen Politiker Deng Xiaoping allerdings falsch. Im Original ist nicht von »Ungeziefer« die Rede. Deng sagt in Bezug auf die Öffnung Chinas zur westlichen Welt: »Wenn man das Fenster öffnet, um frische Luft zu bekommen, muss man damit rechnen, dass ein paar Fliegen hereinwehen.«

Die Reaktionen in den sozialen Medien ließen nicht lange auf sich warten. #Ramsauer trendete auf Twitter. Der CSU-Politiker wurde für seine Aussagen heftig kritisiert. »Der ehemalige Bundesminister Peter Ramsauer, CSU, bezeichnet Wirtschaftsflüchtlinge als Ungeziefer. Das ist kein sprachlicher Fauxpas, kein Missverständnis. Das ist das, was Ramsauer denkt. Ich frage mich jeden Tag mehr und mehr: was geht in diesem Land ab? Ich fasse es nicht«, so SPD-Politikerin Sawsan Chebli bei Twitter. Daniel Eliasson, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünenfraktion der Bezirksverordnetenversammlung Berlin Steglitz-Zehlendorf, schreibt, er habe Ramsauer wegen Volksverhetzung angezeigt.

Aus der Linkspartei kamen Forderungen, Ramsauer müsse sein Bundestagsmandat wegen der »lupenreinen Volksverhetzung« zurückgeben oder die Union ihn aus der Fraktion ausschließen.

Angeblich nicht zur Veröffentlichung gedacht

»Ungeziefer«-Äußerung zu Wirtschaftsflüchtlingen scharfe Kritik an Ex-CSU-Minister Ramsauer

Der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« sagte Ramsauer später, das Zitat sei zwar im Interview gefallen, aber nicht zur Veröffentlichung gedacht gewesen. »Ich würde auch niemals einen solchen entwürdigenden Vergleich mit zugewanderten Fachkräften oder Migranten machen«, so Ramsauer.

Allerdings äußerte sich Ramsauer im Interview auch sonst scharf. Den Atomenergieausstieg und die Flüchtlingspolitik von Ex-Kanzlerin Angela Merkel(CDU) nannte Ramsauer »katastrophalste politische Fehler«. »Nicht ohne Grund sage ich den AfD-Parlamentariern, dass sie Merkel ein Denkmal setzen müssten, weil die AfD ihre parlamentarische Existenz ausschließlich der Politik von Angela Merkel zu verdanken hat«, so der 69-Jährige.

Mit Blick auf die Debatte zum Asylrecht in Europa forderte Ramsauer eine massive Beschränkung der Zuwanderung direkt an den EU-Außengrenzen und weniger finanzielle Hilfen für Asylbewerber. Die Gemeinden in Deutschland seien längst mit der Aufnahme der Menschen überfordert. »Diese unselige Entwicklung in Deutschland haben wir ausschließlich Angela Merkel zu verdanken«, so Ramsauer. Er selbst habe »vollstes Verständnis für Ungarns Ministerpräsidenten Orbán, aber auch für die Polen, die eigenständig entscheiden wollen, wer in ihr Land kommen darf und wer nicht«.

Auch die Arbeit der aktuellen Bundesregierung kritisierte Ramsauer scharf: »Ich gehöre seit 33 Jahren dem Deutschen Bundestag an. In all meinen politischen Ämtern habe ich eine solche schandhafte und katastrophale Gesetzgebung noch nie erlebt.«

Ramsauer war von 2009 bis 2013 unter der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel Bundesverkehrsminister. Von 2017 bis 2021 war er Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Schon seit 1990 sitzt er für den bayerischen Wahlkreis Traunstein/Berchtesgadener Land im Bundestag.

mrc/czl

Graphic

dpa - CSU-Mann Peter Ramsauer: »Ich würde auch niemals einen solchen entwürdigenden Vergleich machen«

Load-Date: July 31, 2023

Berlin, Warschau und Prag bilden Taskforce gegen irreguläre Migration

SPIEGEL ONLINE

29. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Gemeinsame Grenzkontrollen

Length: 281 words

Byline: Muriel Kalisch

Highlight: Viele Migranten reisen derzeit über Polen und Tschechien ein. Um unerlaubte Grenzübertritte zu verhindern, sollen deutsche Polizisten künftig auch auf dem Staatsgebiet der Nachbarländer patrouillieren dürfen.

Body

Die Flüchtlingszahlen steigen, Migration steht wieder im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit. Diskutiert wird dabei vor allem die Frage, wie Migration begrenzt werden kann. Immer mehr Menschen reisen zuletzt über Polen und Tschechien nach Deutschland ein. Nun beabsichtigen die drei Nachbarstaaten, stärker gemeinsam gegen irreguläre Migration an ihren Grenzen vorzugehen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) vereinbarte mit ihren Kollegen, dass die Bundespolizei gemeinsam mit der polnischen und tschechischen Grenzpolizei auch auf dem Staatsgebiet der beiden Nachbarländer auf Streife geht, wie das Innenministerium mitteilte. Ziel sei, effektiv gegen Schleuser vorzugehen sowie unerlaubte Einreisen zu erkennen und zu verhindern.

Faeser hatte zuvor bereits Pläne für verstärkte flexible Kontrollen an den Grenzen zu Tschechien und Polen vorgestellt. Stationäre Grenzkontrollen, die bei der EU-Kommission beantragt werden müssen, schloss die SPD-Politikerin für die Zukunft nicht kategorisch aus. Aktuell gibt es seit Herbst 2015 vorübergehende stationäre Grenzkontrollen in Bayern an der Grenze zu Österreich. Die Union fordert sie auch für die Grenzen zu Polen und Tschechien. Noch vor Kurzem hatte Faeser stationäre Grenzkontrollen als »Symbolpolitik« abgelehnt.

»Wir wollen gemeinsam das grausame Geschäft der Schleuserbanden zerschlagen, die mit der Not von Menschen maximalen Profit machen und sie auf lebensgefährliche Weise über Grenzen schmuggeln«, sagte Faeser der Mitteilung zufolge. »Zugleich müssen wir unerlaubte Einreisen frühzeitig erkennen und verhindern.« Flexible und mobile Kontrollen sollten verhindern, dass Schleuser mit Ortswechseln die Streifen umgehen.

muk/dpa

Load-Date: September 29, 2023

Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Italien wegen Erniedrigung von Migranten

SPIEGEL ONLINE

16. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Vorfall aus dem Jahr 2016

Length: 215 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Erst mussten sie nackt auf einer Polizeiwache warten, dann wurden sie mit Bussen abtransportiert: Mehrere Geflüchtete aus dem Sudan hatten gegen Italien geklagt. Nun erhielten sie teilweise Recht und eine Entschädigung.

Body

Italien muss wegen der erniedrigenden Behandlung mehrerer Geflüchteter aus dem Sudan eine Geldstrafe zahlen. Das hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg entschieden und Italien zu einer Zahlung von 31.000 Euro verurteilt.

Geklagt hatten neun Sudanesen, die im Sommer 2016 per Boot nach Italien gelangt waren. Sie gaben an, dass sie sich nach ihrer Festnahme durch die Polizei für eine medizinische Untersuchung hatten nackt ausziehen müssen. Demnach mussten sie etwa zehn Minuten lang nackt bleiben, bevor ihre Fingerabdrücke genommen wurden. Später wurden sie mit einem Bus aus Süditalien ohne ausreichende Verpflegung 15 Stunden zu einem ihnen unbekannten Ziel gebracht.

Den Richtern des EGMR zufolge habe es keinen Grund gegeben, die Betroffenen unbedeckt unter zahlreichen anderen Migranten warten zu lassen, urteilten die Richter. Das Vorgehen dürfte bei den Betroffenen »erhebliche Not und Erniedrigungsgefühle« ausgelöst haben, hieß es.

Das Gericht kritisierte auch, dass die Migranten bei hohen Temperaturen lange Busfahrten »in einem Klima der Gewalt und Drohungen« auf sich nehmen mussten.

Einen Teil der Vorwürfe der Sudanesen wies das Gericht jedoch ab, unter anderem weil einige von ihnen inzwischen als Asylberechtigte anerkannt worden seien.

fek/AFP

Load-Date: November 16, 2023

End of Document

Hunderte Migrantinnen sind Opfer sexueller Gewalt geworden

SPIEGEL ONLINE

18. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Darién Gap in Lateinamerika

Length: 277 words

Byline: Alexander Sarovic

Highlight: Der Dschungel zwischen Kolumbien und Panama ist eine der gefährlichsten Routen der Welt.

Bewaffnete Männer entführen laut Ärzten ohne Grenzen systematisch Frauen und Mädchen. Fälle sexueller Gewalt stiegen »sprunghaft an«.

Body

Auf der Flucht durch den berüchtigten Darién-Dschungel sind nach Angaben der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen seit Jahresbeginn Hunderte **Migrantinnen** und **Migranten** Opfer sexueller Gewalt geworden. Wie die Organisation am Freitag mitteilte, wurden zwischen Januar und Oktober in dem Grenzgebiet zwischen Panama und Kolumbien 397 von der Organisation betreute Menschen Opfer sexueller Gewalt, die meisten von ihnen Frauen.

Die bereits zuvor alarmierenden Zahlen stiegen demnach im Oktober mit 59 Fällen sexueller Gewalt »sprunghaft an«. Dem Bericht zufolge haben bewaffnete Männer in dem Gebiet Zelte aufgestellt und entführen Frauen und Mädchen, um sie einzeln oder in Gruppen zu vergewaltigen.

Der 265 Kilometer lange Dschungel von Darién gilt wegen seiner reißenden Flüsse, wilden Tiere und kriminellen Banden als sehr gefährlich. Dennoch hat er sich zu einer wichtigen Flüchtlingsroute auf dem Weg Richtung USA entwickelt. (Mehr dazu lesen Sie hier.)

Nach Angaben der panamaischen Behörden passierten bis September mehr als 400.000 Menschen das Grenzgebiet – 62 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die meisten Flüchtenden sind Venezolaner, doch sind auch Menschen aus Ecuador, Haiti, China, Vietnam, Afghanistan und afrikanischen Ländern wie Kamerun und Burkina Faso darunter.

Wer sich auf den Weg durch den Darién Gap macht, dem steht ein etwa sechstägiger Fußmarsch durch eine feindliche Umgebung bevor, in der sich viele verirren, erschöpft zusammenbrechen und liegen bleiben. In dem Gebiet gilt es, reißende Flüsse zu durchqueren, giftige Schlangen und Pumas sind dort heimisch, zudem treiben kriminelle Banden ihr Unwesen, darunter Menschenschmuggler.

asa/AFP

Load-Date: November 18, 2023

Hunderte Migrantinnen sind Opfer sexueller Gewalt geworden

End of Document

Sozialdemokraten gehen auf Distanz zu Scholz

SPIEGEL ONLINE

20. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Nach SPIEGEL-Interview

Length: 589 words

Byline: Francesco Collini

Highlight: Im Gespräch mit dem SPIEGEL drängt der Bundeskanzler auf eine härtere Abschiebungspolitik. Nun gibt es massive Kritik aus den eigenen Reihen. Die Jusos finden einen internen Konflikt »unausweichlich«.

Body

Die Äußerungen von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) über Deutschlands Abschiebungspolitik im Interview mit dem SPIEGEL stoßen in den eigenen Reihen auf heftige Kritik. Besonders der SPD-Jugendverband geht klar auf Distanz zu Scholz: »Wenn der Kanzler behauptet, dass die SPD vollständig hinter seinem rigiden Abschiebekurs steht, kann ich sagen: Das stimmt nicht«, sagte Juso-Vize Philipp Türmer, der beim Bundeskongress im November für den Vorsitz des Jugendverbands kandidiert, dem SPIEGEL. Die Jusos sehen das anders, haben dies immer deutlich gemacht und seien »auf gar keinen Fall« die Einzigen in der Partei, fügte Türmer hinzu. »Rechtsstaatlichkeit, Humanität und faire Verfahren müssen Eckpfeiler unserer Asylpolitik bleiben«, sagte er.

Offenbar bahnt sich ein Schlagabtausch mit Scholz auf dem SPD-Parteitag im kommenden Dezember an: »Wenn sich die Äußerungen des Kanzlers bewahrheiten, dann sehe ich einen Konflikt auf dem Bundesparteitag der SPD im Dezember als unausweichlich an«, so Türmer weiter.

In einem Post auf X, ehemals Twitter, legte der Juso-Vize nach: »Es bringt gar nichts, in s (sic) Lied der Rechten einzustimmen. Baut Wohnungen, schafft die Beschäftigungsverbote ab, finanziert die Kommunen ordentlich, erlaubt den Spurwechsel. Das würde helfen. Ich könnte kotzen bei diesem Zitat«, schrieb er.

Die stellvertretende Bundesvorsitzende und SPD-Landeschefin in Schleswig-Holstein, Serpil Midyatli, mahnte zu einer sanfteren Rhetorik in der Flüchtlingspolitik: »In der Asylpolitik wird der Ton immer härter, immer schärfer. Ob das am Ende hilft, bezweifle ich«, sagte sie dem SPIEGEL mit Blick auf Scholz' Äußerungen.

»Klar ist, auch wir haben im Koalitionsvertrag auf der einen Seite mit dem Chancenaufenthaltsgesetz bessere Bleibeperspektiven geschaffen und auf der anderen Seite schnellere Abschiebungen verabredet«, fügte sie hinzu. Niemand habe etwas gegen geordnete Verfahren, dies müsse aber »rechtsstaatlich erfolgen, sonst stärkt es am Ende die Falschen und das will hoffentlich niemand«, so Midyatli.

Unmut auch in der SPD-Bundestagsfraktion

Sozialdemokraten gehen auf Distanz zu Scholz

Scholz Äußerungen stießen auch in der SPD-Bundestagsfraktion teils auf Kritik. Die SPD-Abgeordneten Rasha Nasr und Hakan Demir veröffentlichten eine Stellungnahme. Darin betonten sie, Abschiebungen seien in Zeiten hoher Inflation und um Hilfe rufender Unternehmen »nur ein kleiner Teil der Lösung«. Sie kritisierten: »Migration ist eines von vielen Themen, die wir bearbeiten müssen manche tun so, als gäbe es nur noch dieses Thema, dabei haben wir so viel zu tun.«

Auch der SPD-Politiker Steffen Krach, Präsident der Region Hannover, äußerte sich kritisch. Er teilte auf X die neue SPIEGEL-Titelseite und schrieb: »Das ist keine Antwort auf die #NoAFD.«

Der SPD-Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus, Orkan Özdemir, warf Scholz Populismus vor: »Zu suggerieren, dass die Abschiebung von 100.000 sofort »Abschiebepflichtigen« ohne Duldungstitel, irgendeines von Deutschlands Problemen löst, ist populistisch!«, schrieb Özdemir auf X.

Im Gespräch mit dem SPIEGEL hatte Scholz ein härteres Vorgehen gegen illegale Migration verlangt. »Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben«, sagte Scholz. Darauf angesprochen, dass eine harte Linie selbst innerhalb der SPD nicht gut ankommen könne, antwortete der Kanzler: »Die SPD steht voll hinter dieser Linie. Das gilt für die Parteiführung, für die Landesverbände, für die Bundestagsfraktion. Auch die Bundesregierung wird diese Linie gemeinsam verfolgen.«

col/cte/dpa

Load-Date: October 20, 2023

Empörung über Merz-Vorwürfe gegen abgelehnte Asylbewerber

SPIEGEL ONLINE

27. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; CDU-Chef in der Kritik

Length: 444 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: »Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen«: Friedrich Merz wettert gegen abgelehnte Asylbewerber und erntet scharfen Widerspruch. Mit Falschaussagen spielen die CDU-Chef Gruppen gegeneinander aus, sagt Ricarda Lang.

Body

Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz polarisiert mit einer Aussage über abgelehnte Asylbewerber im »Welt-Talk zur Migrationskrise« des TV-Senders »Welt«: »Der Leistungsbezug für die Asylbewerber hier in Deutschland gehört auf den Prüfstand«, forderte er. »Wir müssen uns über die Pull-Faktoren hier in Deutschland unterhalten.« Die Bevölkerung würde wahnsinnig, wenn sie sehe, dass 300.000 Asylbewerber abgelehnt würden, aber nicht ausreisen und die »volle Heilfürsorge bekommen«, behauptete Merz. »Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebelndran kriegen keine Termine.«

An die Adresse der Parteivorsitzenden von SPD und Grünen, Lars Klingbeil und Omid Nouripour, die ebenfalls an der Talkrunde teilnahmen, fügte er hinzu: »Was Sie hier machen, ist eine Katastrophe für dieses Land.«

Nouripour erwiderte: »Wenn wir uns bescheinen, das Abendland zu zerstören, geht es nicht weiter.« SPD-Chef Klingbeil wünschte sich, dass die »Schärfe« aus der Debatte verschwinde und warnte vor Populismus. Merz zeichne Bilder, die dazu beitrügen, »dass die stärker werden, die Sie nicht stark machen wollen«. Damit meinte er wohl die AfD.

Jenseits der Talkrunde erntete Merz ebenfalls scharfe Kritik. Die Grünevorsitzende Ricarda Lang schrieb auf der Plattform X (vormals Twitter): »Friedrich Merz spielt ganz bewusst Gruppen gegeneinander aus, verbreitet dabei Falschinformationen. So wird kein einziges Problem gelöst, aber Hass geschürt. Das ist einem Vorsitzenden einer Volkspartei unwürdig.«

Viele warfen Merz in den sozialen Medien vor, ungefiltert xenophobe AfD-Floskeln zu reproduzieren. Die Linken-Abgeordnete Clara Büniger unterstellte Merz »copy paste bei der AfD und ihren erfundenen Geschichten«.

Der Soziologe Steffen Mau antwortete auf den Post des Journalisten Mark Schiritz (»Ohne Zuwanderung gäbe es viele Zahnarztpraxen nicht mehr«) mit einem Gutachten aus dem vergangenen Jahr. Demnach hätten in Deutschland 130.000 Ärztinnen und Ärzte einen Migrationshintergrund.

Empörung über Merz-Vorwürfe gegen abgelehnte Asylbewerber

Auch CDU-Parteikollege Ruprecht Polenzwarf Merz vor, »dumpfe Vorurteile« zu bestätigen. Dazu postete der frühere Generalsekretär einen Screenshot aus dem Leitfaden »Asylverfahren und Anspruch auf medizinische Versorgung« des Landes Nordrhein-Westfalen, der Merz' Aussagen als falsch überführte. Asylbewerber haben demnach einen »im Vergleich zu GKV-Versicherten eingeschränkten Anspruch auf medizinische Leistungen«. Zahnersatz erfolge nur, soweit dies im Einzelfall aus medizinischen Gründen unaufschiebbar sei.

Andere Stimmen aus der CDU wurden noch nicht laut. Aber X-User sind sich einig. Die sogenannte Brandmauer der CDU zur AfD sei längst eingerissen.

czl/dpa

Load-Date: September 27, 2023

End of Document